

13/XI 1914.

L 70000
41

1914-16

13/XI - 30/XI

Handel u. Gew.
H.

Einzelne u.
andere Industrie

1

Der Verkauf von Gummireifen.

Die königliche Inspektion des Militär-Luft- und Kraftfahrwesens macht folgendes bekannt:

Das vom Kriegsministerium im Interesse wirtschaftlicher, sparsamer Verwendung der vorhandenen Bestände erfolgte Verbot des Verkaufs von Gummireifen hat Anlaß zu Anfragen aus dem Publikum gegeben. Es wird deshalb folgendes bemerkt:

Verboten ist jeder Verkauf und jede sonstige Abgabe von Bereifungen aller Art für Personen- und Lastkraftwagen sowie Motorräder, gleichviel, ob es sich um neue, alte oder mit Schönheitsfehlern behaftete Bereifungen handelt. Es ist nicht nur Händlern verboten, derartige Waren abzugeben, sondern auch Gummifabriken untersagt, die Händlerlager neu aufzufüllen und die zur Zeit der Bekanntmachung des Verbots erteilten Aufträge auf Lieferung von Reifen und Schläuchen zur Ausführung zu bringen.

Die Abgabe von Bereifungen darf nur erfolgen, wenn eine von der Inspektion des Militär-Luft- und Kraftfahrwesens erteilte Genehmigung zum Ankauf vorliegt. Diese Genehmigungen werden lediglich für gebrauchte, reparierte oder mit Schönheitsfehlern behaftete Reifen und Schläuche von Fall zu Fall erteilt, sofern die Verbesserung der vorhandenen Bereifung auch von den Gummifabriken nicht mehr vorgenommen werden kann.

Die Genehmigung wird bis auf weiteres nur in solchen Fällen erfolgen, in denen die Aufrechterhaltung eines öffentlichen Fuhrbetriebes, eines gewerblichen Unternehmens oder einer ärztlichen Praxis ohne den Betrieb eines bereiften Fahrzeuges nicht möglich ist.

Anträge auf Erteilung eines Erlaubnisscheines müssen demnach folgende Angaben enthalten:

- 1) ob die zu bereifenden Kraftfahrzeuge Privat- oder Erwerbszwecken dienen, erforderlichenfalls welchen,
- 2) ob polizeiliche Erlaubnis zum Betriebe des öffentlichen Fuhrwesens vorliegt,
- 3) die Anzahl der im Besitze des Antragstellers befindlichen Kraftwagen, Reifen und Schläuche, sowohl auf den Fahrzeugen wie in Reserve,
- 4) wieviel Reifen und Schläuche ausgewechselt werden müssen mit Angabe der Größen unter glaubwürdigem Nachweis des Bedarfs der Reifenerneuerung;
- 5) die Polizeinummer des Fahrzeuges, an welchem die Auswechslung erfolgen soll.

Anträge auf Erteilung eines Erlaubnisscheines sind unter ortspolizeilicher Bescheinigung der gemachten Angaben an die Bereifungsstelle der königlichen Inspektion des Militär-Luft- und Kraftfahrwesens in Berlin-Schöneberg, Fislafische Straße, zu richten; diese ist allein berechtigt, Erlaubnisscheine auszustellen.

Der Bedarf der Reifenerneuerung in Groß-Berlin ist von den Automobilbesitzern der Inspektion durch Vorführung der Wagen nachzuweisen.

In den Städten Düsseldorf, Köln-Deutz, Frankfurt a. M., Mannheim, Unter-Türkheim (Stuttgart), Bremen, Bielefeld, Braunschweig, Eisenach, Stettin, Breslau, Königsberg, Leipzig, Elbing, Aachen, Pforzheim, Straßburg i. E. ist der Nachweis des Vorliegens der Erneuerungsbedürftigkeit durch eine Bescheinigung der dortigen militärischen Depots, welchen die Fahrzeuge vorzuführen sind, zu erbringen.

Requisitionen von Bereifungen sind untersagt.

Die Fabrication von Bereifungen für Räder ohne Motorantrieb ist verboten.

Fabriken und Händlern ist es freigestellt, die zur Zeit vorhandenen Lager an solchen Reifen auch an Private abzugeben.

19. / XII. 1914.

(Eine Deputation der Holzinteressenten beim
Ackerbauminister.) Infolge des Beschlusses des
Oesterreichischen Holzinteressentenvereines erschienen
dessen Vertreter unter Führung des Reichsratsabge-
ordneten Baron Fuchs und des Landtagsabgeordneten
Lachner beim Ackerbauminister und ersuchten mit
Rücksicht auf die drückenden Verhältnisse, unter
welchen besonders die Alpenländer jetzt leiden, um
Entgegenkommen bei den Ausschreibungssterminen,
den Zahlungen und sonstigen Normen und mit Bezug
auf die früheren Höchstpreise um Nachlässe. Ackerbau-
minister Dr. Jenker sicherte dem Vereinspräsidenten
Deuberger das gewünschte Entgegenkommen zu,
und werden die Forst- und Domänen direktionen die
vorgebrachten Bitten tunlichst berücksichtigen.

in Zeit

20. VII 1914

3

Der Krieg und der Wiener Buchhandel.

In sämtlichen Wiener Buchhandlungen ist nachstehende Kundmachung plakatiert worden:
„Mit Rücksicht auf das fortwährende Steigen des Marktkurses wird der Umrechnungskurs für die Wiener Korporation auf 1 Mark gleich 130 Heller festgesetzt.“ Die Preiserhöhung für aus Deutschland bezogene Bücher und Notenhefte hat sich auch auf die bekannten Reklam-Bücher aus Leipzig erstreckt, die jetzt 26 Heller kosten.

Neuregelung des Elektrotechniker- gewerbes.

In der heute stattfindenden Plenarsitzung der Wiener Handels- und Gewerbekammer gelangt ein Bericht über die Revision der Ministerialverordnung vom 25. März 1883 betreffend die gewerbsmäßige Herstellung und den Betrieb von elektrischen Anlagen zur Verhandlung. Die ganz allgemein gehaltenen Bestimmungen dieser Ministerialverordnung haben sich nämlich als nicht mehr zu-

länglich erwiesen. Deshalb hat das Handelsministerium den Entwurf einer neuen Verordnung ausgearbeitet und den Kammern zur Begutachtung überwiesen. Die Wiener Kammer wird nunmehr nach Abschluß einer umfassenden schriftlichen Umfrage bei den interessierten Körperschaften ihr eingehend begründetes Gutachten abgeben. Der umfangreiche Bericht (Berichterstatte Kammersekretär Dr. Karl Göhinger) stellt fest, daß die geltende Verordnung gerade wegen ihrer allgemeinen Fassung die Entwicklung der Elektrotechnik und ihrer gewerblichen Anwendung nicht gehindert habe und daß daher die Neuordnung auch in der Zukunft über das unumgängliche Maß einer Reglementierung nicht hinausgehen dürfe. In Wahrung dieses prinzipiellen Standpunktes bezwecken denn auch die Anträge der Kammer eine Vereinfachung der Ministerialverordnung.

So werden an Stelle der vom Ministerium in Aussicht genommenen fünf verschiedenen Konzessionsstufen nur zweierlei Konzessionen empfohlen, eine Vollkonzession für die Herstellung und den Betrieb von elektrischen Anlagen ohne Unterschied der Art und Größe, und eine Teilkonzession für die Herstellung und den Betrieb von Niederspannungsanlagen (unter 600 Volt Gleichstrom oder 300 Volt Wechselstrom). Die Kammer befürwortete auch ein einfacheres und den Bedürfnissen des praktischen Lebens mehr entsprechendes Schema für die Erbringung des Befähigungsnachweises; für jede Konzessionsstufe wird ein gewisses Maß an theoretischer Vorbildung und an praktischer Betätigung gefordert, wobei letztere um so länger angelegt ist, je geringer die nachgewiesene theoretische Vorbildung ist. Für Absolventen von Werkmeisterschulen, Elektromonteurkursen und die Lehrlinge der zugelassenen Gewerbe wird neben der mehrjährigen praktischen Betätigung noch die Ablegung einer theoretischen Fachprüfung beantragt. Zum Unterschied vom Ministerialentwurf befürwortet die Kammer auch die Anerkennung einer mindestens sechs-jährigen ununterbrochenen angemessenen praktischen Tätigkeit ohne Nachweis einer theoretischen Vorbildung als Befähigungsnachweis. Weitere Anträge der Kammer beschäftigen sich mit der Genehmigungspflicht der elektrischen Betriebswerke, dann mit der Erlassung eines behördlichen Regulativs über die Ausführung und den Betrieb elektrischer Starkstromanlagen und endlich mit der Schaffung eines Elektrizitätsbeirates, der als beratendes Zentralorgan bei Erlassung einschlägiger Gesetze und Verordnungen und bei den Entscheidungen in der Ministerialinstanz beim Ministerium für öffentliche Arbeiten zu bestehen hätte. Der Bericht begründet schließlich auch die Notwendigkeit eines modernen Elektrizitätswegesetzes.

(Der Krieg und die Lage der elektrischen Industrie.) Gestern wurde die ordentliche Generalversammlung der Vereinigten Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Wien unter dem Vorsitz des Präsidenten Hofrat Dr. Leopold von Teltſcher abgehalten. Der Geschäftsbericht führt über die Lage der Gesellschaft folgendes aus: Unser am 30. Juni 1914 abgelaufenes Geschäftsjahr schließt knapp vor dem Ende der Friedensperiode, deren letzter Abschnitt in geschäftlicher Beziehung durch die Balkanwirren schon empfindlich nachteilig beeinflusst war. Seither sind die gewaltigen Ereignisse des Weltkrieges eingetreten, die auf das gesamte wirtschaftliche Leben tief einschneidend einwirken. Naturgemäß wird die Tätigkeit der Gesellschaften unseres Konzerns durch die Wirkungen des Krieges berührt, indem einerseits eine rückläufige Bewegung im Absatz elektrischer Energie für Licht- und Kraftzwecke, andererseits ein starker Rückgang in der Frequenz der meisten Bahnunternehmungen eingetreten ist. Auch die Beschäftigung der uns nahestehenden Fabrikationsgesellschaften ist, von einigen Kriegslieferungen abgesehen, sowohl zufolge der außerordentlich verminderten öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit als auch des gänzlichen Aufhörens des Exports stark zurückgegangen. Dauer und Tragweite der Ereignisse sind nicht absehbar, und insbesondere müssen wir uns vor Augen halten, daß eine Anzahl uns gehöriger, beziehungsweise nahestehender wichtiger Unternehmungen, deren Werte und Erträgnisse für uns von großer Bedeutung sind, sich in einem Gebiete befinden, welches den kriegerischen Operationen benachbart ist. Es ist somit selbstverständlich, daß wir uns hinsichtlich der Behandlung des Ergebnisses des Berichtsjahres in unsern Vorschlägen die durch die unbestimmte Zukunft gebotene Zurückhaltung auferlegen müssen, wenngleich der erzielte Gewinn die Verteilung einer Dividende mindestens in der Höhe des Vorjahres ohne weiteres gestattet hätte. Der bilanzmäßige Ueberschuß beträgt für das heurige Jahr inklusive des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre 920,497 K. Die Generalversammlung hat entsprechend dem Antrage des Verwaltungsrates beschlossen, aus demselben eine Kriegsspezialreserve von 500,000 K. zu errichten, 2½ Prozent des Aktienkapitals, das sind 250,000 K. (gegen 6½ Prozent im Vorjahre) als Dividende zu verteilen, dem ordentlichen Reservefonds 50,000 K. zuzuwenden, wodurch sich derselbe auf 1,450,000 K. erhöht, und den sonach verbleibenden Gewinnrest von 120,497 K. auf neue Rechnung vorzutragen. Die ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrates, die Herren Ingenieur Ernst Egger, Maxime Krassny Edler v. Krassien und Hofrat Dr. Leopold von Teltſcher, wurden wiedergewählt.

[Der Geschäftsgang in der Elektrizitätsindustrie.] Die Geschäftsabschlüsse der deutschen Großfirmen, die in der letzten Zeit nacheinander veröffentlicht wurden, mußten sich zugleich, wenn auch die Berichtsperiode noch auf ein Friedensjahr zurückreichte, doch schon mit der durch den Krieg geschaffenen Situation befassen und abfinden. Für die deutsche Elektrizitätsindustrie ist das Merkmal des Weltkrieges besonders einschneidend; ihre Stellung ist eine weltbeherrschende, sie hat also aus der Unterbindung des Exports am stärksten zu leiden. Für unsere heimische Fabrikation fällt in dieser Hinsicht vorwiegend der Verkehr mit dem Balkan ins Gewicht, der somit völlig gestört ist. Freilich schneidet, wie gerade in der gestrigen Generalversammlung unserer hierländischen elektrischen Finanzierungs-gesellschaft berichtet wurde, auch das Inlandgeschäft nicht sehr günstig ab. Vom Baue neuer Zentralen ist es bis auf wenige Ausnahmen in Steiermark und im Küstengebiet, wo wasserelektrische Großkraftwerke neu im Entstehen begriffen sind, ziemlich still und nennenswerte Erweiterungen sind lediglich bei den böhmischen Ueberlandwerken zu melden. Die meisten und wichtigsten Projekte sind aufgeschoben, selbst vorgeschrittene Vertragsverhandlungen wurden abgebrochen, um die Wiederkehr normaler Verhältnisse abzuwarten, zumal nicht absehbar ist, ob und inwieweit sie nicht die herkömmliche Basis zu tangieren vermöchten. Die fabrizierende Elektrizitätsindustrie mußte sich solcherart auf andere Erzeugungen werfen, welche für den staatlichen Bedarf aktuelleren Anwert besitzen und bei der Anpassungsfähigkeit ihrer Maschinen und Werkvorrichtungen sind sie zur Erzeugung von Geschossen und sonstigem Material übergegangen. Allerdings hat sich stellenweise ein stärkerer Bedarf auch nach elektrischen Maschinen, Motoren und Apparaten eingestellt, und zwar auch dieser wieder für solche Respektanten, die, mit raschen öffentlichen Lieferungen betraut, ihre Produktion beschleunigen und zu diesem Ende ihre motorischen Betriebe ausgestatten und modernisieren mußten. Der Nutzen aus solchen Bestellungen wird allerdings wieder durch die Verteuerung der Rohstoffe geschmälert. Großen Schwierigkeiten begegnet die ungestörte Ausreicherung der stromliefernden Anlagen. Daß der Stromabjaß zurückgeht, ist eine natürliche Erscheinung, weil das gesellschaftliche Leben in diesen ernsten Zeiten und damit der Bedarf an Lichtstrom eingeschränkt wird. Der Bezug von Kraftstrom verringert sich andererseits durch die Einschränkung der industriellen und gewerblichen Arbeit. Auch die Zahlweise ist, abgesehen vom Moratorium, verschlechtert. Der Zuwachs an Anschlüssen bleibt zumelst aus, weil Installations- und Akquisitionstätigkeit größtenteils brachgelegt sind. Diese kommerziellen Hemmungen verschärfen sich aber durch die betriebstechnischen Erschwernisse.

Der Bezug der Betriebsmaterialien leidet unter den Transportbehinderungen; der Mangel an Heiz- und Schmiermaterial macht sich empfindlich fühlbar, so daß mit der Abschwächung des Bedarfes auch hier eine erhebliche Verteuerung des Betriebes einhergeht. Im Schwachstromgeschäft sieht es nicht viel besser aus. Für diesen Industriezweig kommen hauptsächlich die staatlichen Bestellungen in Betracht, die sich aber angesichts der gegenwärtigen Einengung des Telegraphen- und Telephonbauprogramms sehr reduziert haben. Der private Bedarf wieder hängt mit der Variabilität zusammen und diese liegt bekanntlich darnieder. Es kann daher nicht überraschen, wenn die Elektrizitätsindustrie mit den von ihr befruchteten Branchen, wie die Fabrikation von Lampen, Kohlenstiften, Installationsobjekten, Akkumulatoren, Kabeln, Drähten usw., soweit nicht ein Teil auf ärarische Lieferungen abfällt, unter den Wirkungen des Krieges nicht wie sonst gedeihen und vorwärtsschreiten kann. Die Bedeutung der elektrischen Energie wurzelt eben, abgesehen von ihrer Lichtwirkung, viel zu sehr in ihrer Verwertung zur Vervollkommnung des Arbeitsprozesses und dafür ist der Krieg keine beförmliche Epoche. Für die Traktionsprobleme wird er aber entscheidend sein; denn schon regt sich fürsprache und Widerrede, welcher Verkehr vom Dampfkomotiven oder den elektrischen Bahnen gebührt: den Dampfkomotiven oder den elektrischen Bahnen. So wird die Elektroindustrie, die alle Erscheinungen des Wirtschaftslebens rührig verjolat, auch aus dem Kriege mancherlei Lehren und Nutzenwendungen ziehen.

9. / 1. 1915.

(Erhöhung der Verkaufspreise für Papier.) Der „Verein der österreichischen Papier-Interessenten in Wien“ hat den Beschluß gefaßt, daß dessen Mitglieder vom 1. Jänner 1915 an die Verkaufspreise für Papier u. zw. holzfrei Schreib-, Zellulose-, Badpapiere, Lösch-, Seiden-, überhaupt alle Papierforten, um vorläufig 10 Prozent Teuerungszuschlag erhöhen. Die Veranlassung zu diesen Maßnahmen bildet die enorme Verteuerung von Hadern, Schwefel, Harz, Filze, endlich der damit im Zusammenhang stehende, um zirka 12 Prozent erhöhte Markkurs.

10.7.11. 1915.

9

Erhöhung der Papier- und Pappenpreise durch die Fabrikanten. Samstag, den 6. d. M., fand eine Sitzung des großen Komitees des Vereines der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten statt, die aus allen Kronländern zahlreich besetzt war. In dieser Sitzung wurde über die Bemühungen Bericht erstattet, die der Verein der Papierfabrikanten im Einvernehmen mit dem k. u. k. Kriegsministerium und dem k. k. Ministerium des Innern in der letzten Zeit darauf gerichtet hat, in Oesterreich-Ungarn in größerem Stile die Erzeugung von Artikeln für Heeres- und Spitalzwecke anzunehmen. Es wurde festgestellt, daß die Verwendung von Papierbinden und Zellstoffwatte als Ersatz für Kalikotbinden und Baumwollwatte in den Militär- und Zivilspitälern sehr befriedigende Ergebnisse gezeitigt hat, daß sich die Verwendung der Holzstoffpappe als inneres und äußeres Verkleidungsmittel von Baracken und als geeignetster Isolierstoff gegen Wärme und Kälte in ständiger Zunahme befindet und daß ebenso auch die Verwendung von Papierbekleidungsgegenständen wie Fußlappen, Brust- und Rückenschüler, Papierdecken usw. stetig steigt. Gleichzeitig wurden die produktionsverteuernden Momente der letzten Monate: der durch die Einberufungen zum Wehrdienste eingetretene und nicht zu beseitigende Mangel an geschulten Arbeitskräften, die aus diesem Grunde sowie auch wegen Aufhörens des Exportes und Absatzmangels auf dem inländischen Markt notwendig gewordene, die Gestehungskosten erhöhende Betriebsreduktion und die ungeheure Verteuerung aller Roh- und Hilfsmaterialien (Schwefel, schwefelsaure Tonerde, Sadern, Schmier- und Zylinderöle, Harz, Harzleim, Kohle usw.) eingehend durchberaten und hierauf einhellig festgestellt, daß eine Preiserhöhung der Papiere und Pappen, die nicht nach einem einheitlichen Prozentsatz, sondern nach der Art und Erzeugung des Produktes in verschiedenem Ausmaße vorgenommen wird, unvermeidlich ist und in der nächsten Zeit durchgeführt werden wird.

Die Verstädtlichung der Berliner Elektrizitätswerke.

N. Berlin, 24. Febr. (Priv.-Tel. Str. Bln.) Wie wir bereits melden konnten, hat der Berliner Magistrat nach langen Verhandlungen beschlossen, die Berliner Elektrizitätswerke zu verstädtlichen. Zu diesem Beschlusse wird jetzt von der Stadtverwaltung offiziell folgendes mitgeteilt: „Der Berliner Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Verstädtlichung der Berliner Elektrizitätswerke beschlossen. Hierbei war für einen Widerstreit der Meinungen innerhalb des Magistrats und für die Entscheidung einer Mehrheit gegen eine Minderheit mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Gestaltung der Verhältnisse kein Raum mehr. Die Braunkohlenfelder in Golpa-Jesnitz, von denen aus durch eine der U. E. G. naheliegende Ferntrafgesellschaft die Versorgung Berlins mit Strom in Aussicht genommen war, sind jetzt im vaterländischen Interesse für andere Zwecke bestimmt. Aus diesem Grunde kam daher für den Magistrat eine andere Lösung der Angelegenheit als die Uebernahme der Werke in städtische Verwaltung nicht mehr in Frage.“

Die Stadt Berlin wird demnach die gesamten Anlagen der U. E. G. zum 1. Oktober dieses Jahres übernehmen und, wie von uns schon gemeldet, für die Uebernahme 130 Millionen Mark zahlen. Es ist zu erwarten, daß nunmehr der Stadtvorordnetenversammlung bald eine entsprechende Vorlage zugehen wird, deren Schicksal auch heute noch nicht definitiv feststeht. Denn innerhalb der Stadtvorordnetenversammlung gehen vielleicht die Meinungen über diesen Schritt noch mehr auseinander als sie innerhalb des Magistrats auseinandergingen. Aber es ist wohl mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sich ebenso wie im Magistrate auch in der Stadtvorordnetenversammlung schließlich eine Mehrheit für die Verstädtlichung finden wird.

Am 1. Oktober d. Js. kauft der bisherige Vertrag mit den U. E. G. ab und diese Gelegenheit benützte die Stadt Berlin, entweder bedeutend günstigere Tarifbedingungen und größere Gewinne zu erzielen, oder, wenn dies nicht möglich wäre, die Versorgung der Stadt Berlin mit Elektrizität in eigene Regie zu nehmen. Als neues Projekt tauchte nun während der Verhandlungen mit den U. E. G. das gemischt wirtschaftliche System auf, das zeitweise starke Anhängerenschaft hatte, aber dessen Durchführung auf große praktische Schwierigkeiten stieß. Diese praktischen Schwierigkeiten haben wohl auch die Mehrheit der Magistratsmitglieder zur völligen Verstädtlichung geführt. Bisher bezog die Stadthauptkasse von den U. E. G. eine feste Abgabe und einen Anteil am Reingewinn, Beträge, die in den letzten Jahren etwa sieben Millionen Mark ergaben und die bei der Staatsaufstellung der Reichshauptstadt Jahr für Jahr eine wesentliche Rolle gespielt haben. Wenn der Magistrat jetzt die volle Verstädtlichung der U. E. G. empfiehlt, so muß er zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß selbst bei der teureren städtischen Verwaltung ein Reingewinn erzielt werden kann, der höher ist als diese sieben Millionen.

Eine Hauptfrage und entscheidend für die Haltung der Stadtvorordnetenversammlung wird neben der genauen Prüfung der Uebernahmekosten die Frage des Tarifes sein. Berlin hatte bisher einen Einheitsstarif von 40 Pfg. für die Kilowattstunde, und unter dieser Höhe litt die Industrie und namentlich die Kleingewerbetreibenden sehr stark, zumal die umliegenden Vorstädte zum Teil einen niedrigeren Tarif hatten. Das führte vielfach auch zur Abwanderung mancher Gewerbezweige und diese Abwanderung trug wesentlich mit dazu bei, der Verstädtlichung allmählich eine große Zahl Anhänger unter den Kreisen zu schaffen, die aus theoretischen Gründen den privatwirtschaftlichen Betrieb dem Regiebetrieb vorzogen.

Zur Verstadtlung der B. E. W.

Ueber die künftige Gestaltung der Versorgung Berlins mit elektrischem Strom ist der Stadtverordneten-Versammlung heute die sehr umfangreiche Magistratsvorlage zugestellt worden. Es wird folgende Beschlußfassung beantragt: „Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligt die für den Erwerb der Berliner Elektrizitätswerke erforderlichen Mittel und ist mit deren Beschaffung auf dem Wege einer Anleihe einverstanden.“

Die Vorlage gibt eine ausführliche Darstellung des Entwicklungsganges, den die Versorgung der Stadtgemeinde Berlin mit elektrischer Energie genommen hat, unter Berücksichtigung des wesentlichsten Inhalts der zwischen der Stadt und den Werken im Laufe der Zeit abgeschlossenen Verträge. Der erste Vertrag wurde mit der damaligen Deutschen Edison-Gesellschaft — späteren A. E. G. — unter dem 24. Januar 1884 abgeschlossen. Der Betrieb der Werke wurde im Jahre 1885 mit einem Anschluß von 3000 Glühlampen begonnen; am 30. Juni 1914 waren 2 106 801 Glühlampen, 44 171 Bogenlampen, 42 943 Motoren und 7867 sonstige elektrische Apparate angeschlossen. Im Geschäftsjahr 1885/86 wurden insgesamt 37 080, im Geschäftsjahr 1913/14 267,6 Millionen Kilowattstunden nutzbar abgegeben. Von diesen entfallen auf Licht 62,1 Millionen, auf Kraft 75,5 Millionen; die Bahnen haben 73,1 Millionen verbraucht, und als Hochspannungsstrom, der nach seiner Umformung sowohl für Licht als auch für Kraftzwecke Verwendung findet, wurden 56,9 Mill. Kilowattstunden geliefert. Das Kabelnetz hat zurzeit eine Länge von 8659 Km. In Berlin selbst sind jetzt 621 Km. Häuserfront mit Verteilungsleitungen verlegt. Im Jahre 1899 betragen die Abgaben an die Stadt 1 138 000 M., im Jahre 1914, dem 29. Betriebsjahre, erreichte die Einnahme der Stadt die Summe von 7 239 000 M.

Mit dem 1. Oktober 1915 wird nun die Elektrizitätsversorgung Berlins in ein neues Stadium treten, da an diesem Zeitpunkt der jetzt noch geltende Vertrag sein Ende erreicht.

Erhöhung der Papierpreise.

Die österreichischen Feinpapierfabriken haben unter dem 27. Februar an ihre Kunden ein Rundschreiben versendet, in welchem bemerkt wird: „Die gewaltige Preissteigerung aller für die Papierfabrikation in Betracht kommenden Rohmaterialien sowie die infolge des Krieges enorm erhöhten Megeien haben die Gestehungskosten sämtlicher Stoffe derart verteuert, daß diese mit den dermaligen Verkaufspreisen nicht mehr im Einklange stehen und eine Erhöhung derselben gebieterisch erheischen.“ Es werden deshalb sämtliche Notierungen für Unfertigungen und Lagerbezüge zurückgezogen und bei neuen Aufträgen sollen erst neue Preisstellungen eingeholt werden.

Erhöhung der Wäschpreise.

Der Verband der Wäschereien Oesterreichs teilt uns mit: Im Verband der Wäschereien Oesterreichs wurde in einer dieswöchigen Versammlung eingehend die durch den Krieg in dieser Branche geschaffene trostlose Lage besprochen und einstimmig der Meinung Ausdruck gegeben, daß durch die mehr als 100prozentige Steigerung aller Rohmaterialien, wie Seife, Soda, Stärke usw., eine Erhöhung der Wäschpreise unumgänglich, jedoch den ohnehin gedrückten Verhältnissen Rechnung tragend, in möglichst beschränktem Maße vorzunehmen sei.

* (Bevorstehende Erhöhung der Druckpreise.) Wie in vielen anderen Industrien hat sich auch im Buch- und Stein-
druckgewerbe die seit dem Kriege eingetretene Verteuerung
aller Rohstoffe, die bei einzelnen Materialien 100 Prozent und
mehr beträgt, schwer fühlbar gemacht. Da die Buch- und Stein-
druckereien, die die Erhöhung der Rohstoff- und Regiekosten
bisher allein trugen, hierzu nicht länger imstande sind, steht, wie
wir hören, in ganz Oesterreich eine entsprechende Regelung
der Druckpreise bevor, die sich übrigens auf das unum-
gänglich notwendige Ausmaß beschränken soll.

Wiener Parfüms.

Wohlgerüche in neuer Aufmachung.

Die Wiener Parfüms und die Berliner Parfüms kommen endlich zu Ehren. Schon lange — dort wie da — hatte man wundervolle neue Zusammenstellungen erfunden, die nur von den Pariser Parfüms immer wieder verdrängt wurden. Denn immer kam noch ein kostspieligerer Parfüm und überflügelte die bescheideneren einheimischen. Die Mode der Wohlgerüche änderte sich mit jeder Saison, es gab gar keinen Blumenduft mehr, der nicht benützt wurde, in Mode kam und bald wieder verschwand. Im Winter waren es Phantasie, im Sommer Blumenparfüms, die in neuer Fülle den Wiener Modemarkt überschwemmten, die einfach unheimlich war. Paris verdankte aber seinen Parfümaufschwung einzig und allein — der großzügigen Aufmachung, die dem modernen Luxusbedürfnis immer mehr entsprach. Die Adjustierung der Parfümflaschen ist eine derart kostspielige und aparte, daß jedes Parfüm entschieden gewinnen muß, bevor man noch seine Güte kennt. Denn das Neuzere nimmt schon völlig gefangen. Es wurden wahre Sensationen in Flaschenformen erfunden, die speziell bei uns reizend fabriziert werden können, wie man seit Jahren bemerken konnte, wenn man wollte! Die geschliffenen Flakons mit den anmutigen Frauengestalten, den grotesken und stilisierten Figuren fanden viel Beifall. Es hilft eben nichts — die zarte Maiglöckchenmischung wirkt, in einem matten, gelblichen Glas geborgen und in einer sonnengoldenen Schachtel auf weißer Seide ruhend, doppelt so gut und findet viele Freunde mehr durch ihre feine Aufmachung. Die Rosenparfüms warten in rosenroter Lederkassette ihrer Verwendung. „Nieder“ sieht in grasgrünen Regelflaschen noch einmal so erfrischend aus, wie er wirklich ist, und „Wienerwald“ wirkt in einem kristallhell geschliffenen Flakon so freundlich, so reizend, daß man es einfach haben muß. Während das liebe Veilchen bescheiden in mattem Glas wartet.

Die Parfümflaschen sind gleichzeitig eine zierliche Toilette Bereicherung des Toiletetischen. Selbstverständlich bleibt die elegante Frau nicht allein bei Parfüms. Sie hat und braucht alles: Toilettewasser, riechende kleine Kuverts für die Wäsche, Hüte und Schirme, Mundwasser, Puder, kurz alles auf ein und denselben Geruch gestimmt. Ja, wie man noch die bescheidenen kleinen Flascherln mit dem guten alten Spritzenstößel hatte, wußte man nichts anderes mit ihnen anzufangen, als eben ihre Bestimmung war, man parfümierte sich — weiter nichts. Seitdem das Flascherl aber zum stolzen Flakon emporgestiegen, seidene Mäuschen und Bronzeverschlüsse trägt, seitdem sind die Flakons nicht nur zur Hebung des Reizes der Frauen da — sondern auch sehr zu beachten als Luxusgegenstand, zur Hebung der Schönheit des Toiletetischen. Man sammelt die Flakons wie Briefmarken und die Frauen sind gar eifrig und emsig beim Sammeln! Die Wiener Fabrikation wird ihnen noch viele Ueberraschungen bieten!

*** Billige Gummisauger.** Da durch die Kriegsverhältnisse der Bezug von Gummisaugern sehr erschwert und verteuert worden war, hat die Landesverwaltung über Ersuchen der staatlichen Sanitätsverwaltung Rohgummi aus ihren Vorräten für Zwecke der Herstellung von Gummisaugern zur Verfügung gestellt. Dieser Rohgummi wird unter behördlicher Aufsicht zu hygienisch einwandfreien Gummisaugern verarbeitet, die im Wege der öffentlichen Apotheken zu einem behördlich festgesetzten Preis, der zurzeit 60 H. für das Stück beträgt, zum Verkauf gebracht werden. Für Kinder über einem Jahre werden solche Gummisauger überhaupt nicht abgegeben. Jede Partei, die in der Apotheke einen solchen Gummisauger kaufen will, hat sich daher hinsichtlich des rechtmäßigen Bedarfes auszuweisen. Hierzu sind Amtsbestätigungen des Gemeindeamtes oder Matriführers erforderlich; wo für den Bezug von Säuglingsmilch eigene Karten eingeführt sind, gelten die für Kinder unter einem Jahr ausgestellten Milchbezugskarten als Ausweis. Die Abgabe der Sauger aus Ersatzstoffen für Gummi ist nicht den Apothekern übertragen; sie können im Wege des Großhandels bezogen werden.

Steigerung der Korkpreise.

Wie wir erfahren, sind die Vorräte an Kork ziemlich beschränkt. Die gangbarsten Korksorten werden bei uns aus Spanien eingeführt, doch geht der Export jetzt infolge der Verhältnisse im Hafen von Genua nur sehr schwierig und überaus unregelmäßig vorstatten. Von einem Korkmangel kann man jedoch nicht sprechen. Die Preise haben infolge der außerordentlichen Verteuerung der spanischen Zahlungsmittel um 20 bis 25 Prozent angezogen.

Der Krieg und die Friseur.

Der Krieg hat auch das Friseurgewerbe hart mitgenommen. Nicht nur ein großer Teil der Kunden, sondern auch viele Meister und Gesellen mußten ins Feld, so daß von den zurückgebliebenen Frauen der Friseure viele das Geschäft aufperren mußten und dadurch in eine schwere Notlage gerieten. Von circa 3000 Gehilfen sind mehr als 1000 eingerückt, also mehr als ein Drittel. Ungefähr ein Viertel der Friseurladen in Wien ist infolgedessen geschlossen, da sich die Gattinnen der Friseure keine Gehilfen beschaffen können. Meister, die früher zwei und mehr Gehilfen hatten, müssen sich jetzt mit einem begnügen. Die Kunden müssen daher mehr Geduld als bisher aufbringen, da sie jetzt nicht so rasch bedient werden können. Viele Meister, die einberufen wurden, können ihr Geschäft nur hier und da inspizieren, falls sie noch in Wien kaserniert sind, und müssen sich ganz auf den Gehilfen verlassen, der das Geschäft führt.

25./IV. 1915

19

Preiserhöhung im Friseurgewerbe.

Die Genossenschaft der Friseure teilt mit, daß sie ab 1. Mai eine 30- bis 50prozentige Erhöhung der bisherigen Preise eintreten lassen wird.

Vorläufiges Ende der Flaschenkapseln.

Die Erzeuger von Flaschenkapseln waren angesichts der Steigerung der Bleipreise um 60 Prozent und der Zinnpreise um 200 Prozent außerstande, die Lieferungen an die Mineralbrunnenverwaltungen auf Grund von Preisen festzusetzen, die vor Ausbruch des Krieges vereinbart wurden. Andererseits sind die Versender von Mineralwasser auf Grund einer alten kaiserlichen Verordnung gezwungen, die Flaschen mit Staniolkapseln zu versehen. Wie wir nun erfahren, sind die Brunnenverwaltungen auf ihr Einschreiten vom Ministerium des Innern für die Dauer des Krieges von dieser Verpflichtung enthoben worden. Die Mineralwasserflaschen gelangen sonach von nun an ohne die traditionellen Kapseln zum Versand. Von industrieller Seite wurden gegen die Verfügung des Ministeriums energische Vorstellungen erhoben, indem darauf hingewiesen wurde, daß zur Aufhebung der erwähnten kaiserlichen Verordnung kein Anlaß vorliege. Der Bedarf an Flaschenkapseln ist seit Kriegsausbruch stark zurückgegangen, zumal 50 Prozent der Produktion bisher für den Export bestimmt waren. Der inländische Verbrauch hat namentlich infolge des Rückganges des Bierkonsums eine Einschränkung erfahren, außerdem durch die Verwendung der sogenannten „Kronen-Verschlüsse“, durch die die angeordnete kaiserliche Verordnung bereits umgangen wurde.

Feuer.

28.7.1915.

* (Der Verband der Tischlermeister Wiens) für gewerbliche Interessen macht auf die in der Gumpendorfer Möbelhalle, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 22 zum Verkaufe eingestellten soliden Möbel von Mitgliedern des Verbandes aufmerksam. Die Möbel bestehen in Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer in äußerst gediegener Ausführung und billiger Preislage. Durch die jetzigen Verhältnisse ist es vielen Tischlermeistern trotz aller Mühe nicht möglich, ihre Waren an den Mann zu bringen, insbesondere trifft dieser Umstand die Frauen der eingerückten Tischlermeister sehr schwer. Es hat sich der Verband zur Aufgabe gestellt, hier helfend einzugreifen und durch Darlehen die weitere Existenz zu ermöglichen. Jedoch für die Dauer die Existenz zu erhalten, ist nur möglich, wenn die betroffenen Tischlermeister auch ihre Waren verkaufen können. Es ergeht daher die dringende Bitte, den Bedarf an Möbeln in der Gumpendorfer Möbelhalle decken zu wollen.

* (Preiserhöhung für Reinigungsarbeiten.) Die Genossenschaft der Reinigungsinstitutsinhaber und die Fachgruppe der dem Oesterreichischen Arbeitgeber-Hauptverbande angeschlossenen Reinigungsanstalten teilen uns mit, daß ab 1. Mai l. J. eine 25%ige Preiserhöhung für alle Reinigungsarbeiten in Kraft tritt. Die Preissteigerung wird damit begründet, daß sich in letzterer Zeit die Regien infolge Verteuerung der Puhmaterialien, wie Kehlleder, Schwämme etc., und infolge der den Arbeitern unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse gewährten Teuerungszulagen ganz wesentlich erhöhten.

(Erhöhung der Papierpreise.) Vom Verein der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten erhalten wir folgende Zuschrift: „Wie für alle Industrien, so hat der Krieg auch für die Papierindustrie eine gewaltige Steigerung der Produktionskosten zur Folge gehabt. Die für die Papierfabrikanten notwendigen Roh- und Hilfsstoffe sind im Preise teilweise beträchtlich, teilweise geradezu ungeheuerlich gestiegen; einige davon, die regelmäßig aus Amerika, England oder Frankreich kommen, können überhaupt kaum mehr beschafft werden. Durch die Einberufungen zum Seeresdienst trat zunächst an geschulten, im weiteren Verlaufe auch an ungeschulten Arbeitskräften ein Mangel ein, der zu einer bedeutenden Erhöhung der Regielasten führte. Dazu gesellten sich noch die mit der Lebensmittelteuerung verbundenen unvermeidlichen Lohnsteigerungen sowie die durch Pferdemangel, Futtermittelteuerung usw. bewirkte allgemeine Erhöhung der Expeditionskosten. Mit dieser außerordentlichen Steigerung der Herstellungskosten aller Papierarten vermochten die Verkaufspreise des Papiers durchaus nicht Schritt zu halten, und zwischen Produktionskosten und Verkaufspreisen besteht heute ein solches Mißverhältnis, daß die Papierfabrikanten seit geraumer Zeit mit Verlust arbeiten. Daher sind die Fabrikanten der österreichisch-ungarischen Monarchie gezwungen, eine der Steigerung der Produktionskosten wenigstens einigermaßen entsprechende, unausweichlich gewordene Erhöhung ihrer Verkaufspreise vorzunehmen, die je nach Sorte und Qualität bis auf weiteres 15 Prozent bis 25 Prozent betragen wird.“

Erhöhung der Wäscher- und Wäschepuzerpreise.

Die Wäscherei- und Wäschepuzereibesitzer Wiens haben nun auch beschlossen, die erhöhten Gestehungskosten auf den Preis zu überwälzen und mit 3. Mai die Wasch- und Puzpreise um 20 Prozent zu erhöhen. Begründet wird der Beschluß damit, daß die Waschmaterialien (Seife, Stärke, Soda zc. mehr als 200 Prozent, andere Materialien und Arbeitslöhne im Laufe der Zeit bis zum Kriegsausbruch um 20 bis 60 Prozent gestiegen seien. Es wäre also nur die Preisfrage zu beantworten, auf wen der Konsument alle Erhöhungen weiterwälzen könnte.

Preiserhöhung der „Volksfriseur“.

Die Preiserhöhung der Friseur hat nun auch die Wiener „Volksfriseur“, die die Spezialität der billigen Rasierstuben seit Jahrzehnten geschaffen haben, zu einer Steigerung ihrer Preise veranlaßt. Durch Anschlagzettel wird bekanntgegeben, daß der Tarif von 14 Sellen für Rasieren, der bisher bestand, auf gelassen und ein Minimalpreis von 20 Sellen für das Rasieren eingeführt wird. Für Haarschneiden an Samstagen und Sonntagen, das bisher 30 Sellen kostete, werden von nun an 40 Sellen, an den übrigen Wochentagen 30 Sellen verlangt. Bei den Volksfriseuren wurde vor längerer Zeit um 10 Sellen, später um 12 Sellen rasiert.

Kein Eismangel in Wien.

In der letzten Zeit häufen sich die Klagen über die mangelhafte Eisversorgung Wiens. Es ist jedoch Eis in genügender Menge vorhanden, und nur die durch den Pferdemangel verzögerte Zustellung gibt Anlaß zu Beschwerden. Da in unserer Zeit Eis ein so notwendiger, in Lebensmittelfragen oft ausschlaggebender Faktor ist, dürfte dem Uebelstand wohl leicht abzuhelpen sein. Es wird versichert, daß sich Fleischbauer keine Vorräte anschaffen wollen, in der Besorgnis, kein Eis zu erhalten. Für das große Publikum ist es wissenstwert, zu erfahren, daß die Eispreise in Wien die billigsten in allen Weltstädten sind. In Berlin zum Beispiel wird das Eis mit ungefähr 5 Mark pro Meterzentner gehandelt; in Wien kostet der Meterzentner mit Zustellung ins Haus nur K. 1.80. Auch in Budapest sind die Eispreise bedeutend höher als in Wien.

17./VII. 1915

* (Preiserhöhung der Schriftenmalerarbeiten.) Die Genossenschaft der Silber- und Schriftenmaler in Wien hat beschlossen, die Preise aller Schriftenmalerarbeiten vom 14. d. M. ab mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung der Materialpreise, durchschnittlich um 30 Prozent zu erhöhen.

Das Blockeis wird teurer.

Die Eisfabrik der Approvisionierungsgewerbe hat an ihre Kunden ein Zirkular versendet, in dem mitgeteilt wird, daß infolge Erhöhung der Produktionskosten der Preis des Eisblockes um 10 Heller erhöht werden muß. Ein Eisblock wiegt 25 Kilo. Er hat bis jetzt 45 Heller gekostet und wird jetzt 55 Heller kosten. Die Preis-erhöhung ist, wie wir erfahren, darauf zurückzuführen, daß die Zufuhr infolge des Pferdeman- gels wesentlich verteuert wurde. Das Ent- leihen eines Paares Pferde kostet jetzt pro Tag 40 Kronen. Durch diese Umstände ist auch eine Verzögerung der Eiszufuhr zu gewärtigen.

Berlin im Zeichen des Krieges.**Handwerkermusterlager für den Wiederaufbau Ostpreußens**

sind mit Unterstützung des Berliner und märkischen Handwerks in den zerstörten Teilen der vom Kriege heimgekehrten Provinz eingerichtet. Der Vorsitzende der Berliner Handwerkskammer, Obermeister Rahrbt, hat dem Vorstand der Kammer über die in Königsberg i. Pr. abgehaltene Sitzung des Verwaltungsrats der Verbindungsstelle der Handwerkskammern für den Wiederaufbau Ostpreußens und die sich anschließende Sitzung des Sachausschusses der Tischler- und Tapezierer-Lieferungsgenossenschaften und -verbände der ostdeutschen Kammern Bericht erstattet. Im Kammerbezirk Gumbinnen seien die Verträge über die Einrichtung der Musterlager in Lhd. Goldap und Stallupönen mit dort ansässigen Geschäftsleuten bereits abgeschlossen worden. Für den Kammerbezirk Königsberg werde das noch geschehen. Der Vorsitzende der Berliner Handwerkskammer ist mit dem Direktor der Verbindungsstelle zum Abschluß all dieser Verträge ermächtigt; außerdem ist ihm der Vorsitz für die Tischlerverbände übertragen worden. Zur Deckung der Betriebskosten der Musterlager usw. werde ein Aufschlag von 5 Prozent erhoben; der Musterzuschuß sei den ostpreussischen Handwerkern freizugeben.

26./IV. 1915

Preiserhöhung der Tischlerarbeiten. Die Vereinigung der Tischlermeister Niederösterreichs teilt mit, daß durch die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Rohmaterialien, sowie durch die Löhne die Mitglieder obgenannter Vereinigung sich gezwungen sehen, die Preise in Zukunft zu erhöhen. Diese Erhöhung wird auch auf bereits abgegebene, in Verhandlung stehende Offerte ausgedehnt.

27./IV. 1915

Erhöhung der Tischlereipreise.

Die Vereinigung der Tischlermeister Niederösterreichs zeigt an, daß sie sich infolge der fortgesetzten Steigerung der Preise aller Rohmaterialien sowie durch die eingetretene Erhöhung der Löhne und wegen der der Gehilfenschaft außerdem gewährten Feuerungszulage entschließen mußte, die Preise zu erhöhen. Diese Erhöhung wird auch auf bereits abgegebene, in Verhandlung stehende Offerte ausgedehnt.

* (Die Friseur und der Krieg.) Sehr verschmüpft über den Krieg sind unsere Friseure und wohl auch die Haarünstler unserer Verbündeten und unserer Feinde. Warum? Weil nach ihrer Meinung der Krieg keinem Gewerbe so feindlich gegenübersteht, wie dem der Friseure und Rasere. Der Beweis wird den friedlichen Virtuosen des Messers und heißen Eisens nicht schwer. Natürlich beginnen sie zunächst mit allgemeinen Hinweisen: die steten Einkerufungen berauben sie des Personals. Die Gehilfen stehen schon längst im Felde und jetzt kämen mit den Achtzehnjährigen auch die brauchbaren Lehrlinge daran, die schon einen „besseren Herrn“ bedienen können. Doch das sind Gründe, die eine spezielle Kriegsverschmüpfung der Friseure nicht zu rechtfertigen vermögen, denn darunter leiden auch Duzende anderer Gewerbe. Auch daß ein großer Teil der Kunden jetzt nicht mehr Gelegenheit hat, jeden Morgen in die „Bude“ zu kommen, um sich verschönern zu lassen oder den kosmetischen Künstler in aller Gemächlichkeit daheim zu empfangen, könnte nicht als Spezial-

grund der unter den Frisuren herrschenden Besorgnis betrachtet werden. Aus Russisch-Polen oder aus den tirolischen Grenzorten jeden Morgen zu seinem Kammerfriseur zu kommen, ist vielen Wienern gegenwärtig gerade so wenig möglich, wie beim Schneider, Schuster zc. einen Bestellsbesuch zu machen oder auf dem Ring den gewohnten „Kaffee mit Doppelschlag“ zu trinken. In diesem Sinne haben denn auch die Friseure den Krieg eskompliciert; haben sie doch, um den Schaden wettzumachen, den ihnen der Kundenausfall und verschiedene starke Preissteigerungen verursachten, den Tarif entsprechend erhöht, weil sie sonst das Auskommen nicht gefunden hätten. Aber den großen, den gewaltigen Schaden, den ihnen der Krieg bringt, haben sie nach ihrer Meinung damit nicht im mindesten abgewehrt. Denn den großen Schlag, vor dem unsere Haarünstler schon jetzt zittern, erwarten sie für die Zeit nach dem Kriege. Worin diese furchtbare Gefahr besteht, die mit der Darstellung erfahrener Vertreter des Gewerbes den feinen und den volkstümlichen Geschäften in gleicher Weise ans Leben geht? Darin, daß die Hunderttausende von Offizieren und Mannschaften, die gegenwärtig unter Waffen stehen, als „gelernte“ Selbstraseure aus dem Felde heimkehren. Geradezu unheimlich klingen die Ziffern, die in beteiligten Kreisen über die Zahl der während der Kriegsmomente ins Feld geschickten Rasierapparate genannt werden! So unterrichtete uns ein jahrzehntelang auf dem Plage tätiger Geschäftsinhaber, der sein Ansehen in tausenden und abertausenden von Wiener Glazen wiedergespiegelt sehen konnte. — „Aber, lieber Herr“ — antworteten wir ihm — „es hat doch nicht jeder Mann das Geld, sich einen Rasierapparat ins Feld schicken zu lassen!“ — „Rein, Herr Doktor“ — erwiderte uns der Haarphilosoph — „da haben Sie schon Recht; aber Sie kennen nicht die Kameradschaft im Felde. Die geht so weit, daß der Offizier, der so einen Apparat hat, ihn nicht nur seinen Kameraden, sondern auch der Mannschaft leiht und zukünftigen läßt, wenn er darum gebeten wird. O, unsere Offiziere sind gar gute Herren, aber unserem Gewerbe gehen sie dabei ans Leben! Und dann darf der Herr Doktor nicht vergessen, wie viel Tausende von Rasiermessern und alten Rasierapparaten das Kriegsfürsorgeamt und das Rote Kreuz infolge ihrer Aufrufe und Sammeltätigkeit z. B. zu Weihnachten ins Feld haben schicken können. . . Ich merke es ja jetzt noch an den vielen Messern, die ich nachliefern muß!“ — „Also haben Sie sich doch mit Ihrem großen Feinde, dem Kriege, abgefunden?“ — meinten wir. — „Ein Geschäftsmann, der wirklich einer ist, muß sich immer den geänderten Verhältnissen anpassen,“ antwortete uns der Haarünstler. „Ich werde meinen Kunden, die alle als Konkurrenten, nämlich als „Selbstraseure mit Kriegsdekoration“, zurückkommen werden, gute Apparate, Apparatmesser und feine Rasierseifen liefern. Zum Haar schneiden werden sie ja doch bei meiner Bude anklopfen müssen, und da werde ich ihnen diese Sachen verkaufen. Wünscht der Herr Doktor vielleicht ein Paarl neuester Stahl-Apparat-Rasiermesser? . . .“ Wir schlossen den Kauf ab und sagten uns, unser Haarphilosoph, der sich solcherart nicht nur mit dem Kriege, sondern auch mit dem Frieden abgefunden hat, ist ein kluger, praktischer Mann. Vielleicht sogar allzu vorsichtig. Denn wer einmal jahrelang die Annehmlichkeit genossen hat, sich im Wiener Rasier-„Salon“ angenehm bedienen zu lassen, wird sich — sofern ihn kein Muß zwingt — nur schwer entschließen, sein eigener Diener zu sein!

Preiserhöhung für landwirtschaftliche Maschinen.

Prag, 3. Juli. (Tel. d. „Fremdenblatt“.)
Mit Rücksicht auf das Steigen der Preise von Eisen und allen übrigen Materialien sahen sich die Erzeuger landwirtschaftlicher Maschinen gezwungen, an eine weitere Erhöhung der Preise für ihre Erzeugnisse zu schreiten. Diese Erhöhung wurde durch einen Zuschlag zu den Tarifpreisen von 5 bis 10 Prozent je nach der Gattung der Maschinen durchgeführt und tritt am 1. Juli in Kraft.

Die Regelung des Flaschenbierhandels.

An das Handelsministerium wurde von mehreren Seiten das Ansuchen gestellt, die Ministerialverordnung vom 30. März 1899 betreffend die Regelung des Flaschenbierhandels in der Richtung abzuändern, daß die Verwendung des sogenannten Patentverschlusses, dessen Gebrauch lediglich den zum Ausschank von Bier berechtigten Gast- und Schankgewerbetreibenden und den Bierbrauern und gemäß der Ministerialverordnung vom 16. Juli 1900 auch den dort angeführten registrierten Genossenschaften beschränkt gestattet ist sowie die Verwendung anderer ähnlicher Verschlüsse, allgemein insbesondere aber zugunsten der konzessionierten Flaschenbierabfüller zugelassen werde. Dieses Ansuchen wurde damit begründet, daß infolge der kriegerischen Ereignisse die Einfuhr von Korken und von Korkrohmaterial aus den hierfür in Betracht kommenden Ländern derart erschwert sei, daß in absehbarer Zeit ein Mangel an Korken eintreten müßte. Was die in einem Jahre in Wien und Niederösterreich zum Verbrauch kommende Menge an Bierflaschenkorken betrifft, so kann diese nach den Angaben des Zentralverbandes der Brauindustriellen über den Jahresverbrauch an Flaschenbier, der mit rund 600.000 Hektolitern angegeben wird, unter der Voraussetzung, daß dieses Bier fast durchgehends in Halbliterflaschen gefüllt wird, nach den Erhebungen der Kammer mit 100 bis 120 Millionen Flaschenkorken angenommen werden. Aus den Äußerungen der Korkfabrikanten und -Händler ist zu schließen, daß ein großer Teil davon in fertigem Zustand aus dem Ausland bezogen wird. Wenn der Preis für diese minderen Korken im Durchschnitt nur mit 5 Kronen pro Mille berechnet wird, so ergibt dies bei einem Jahresverbrauch von 120 Millionen in Niederösterreich allein einen Betrag von 600.000 Kronen, der tatsächlich größtenteils ins Ausland abfließt. Ein wirklicher Mangel an Korken hat sich bisher noch nicht ergeben; jedoch sind die Vorräte sowohl der Füller als auch der Korklieferanten nicht mehr bedeutend, und bei Fortdauer des Krieges dürfte die Zufuhr bald gänzlich aufhören. Im Sinne der Anträge des Referenten Kammerrates Wapst beantragt der Gewerbeordnungsausschuß, die Kammer wolle dem Handelsministerium empfehlen, eine Abänderung der Ministerialverordnung vom 30. März 1899 über den Flaschenbierhandel dahingehend vorzunehmen, daß der Patentverschlus für den Vertrieb von Flaschenbier unter der Voraussetzung allgemein benützt werden dürfe, daß über den Verschlus ein Suberverschlus, bestehend aus einem den Namen oder die Firma des Füllers tragenden Papier- oder Metallstreifen oder einer Plombe, derart angebracht ist, daß die Flasche ohne Verletzung dieses Verschlusses nicht geöffnet werden kann. Ebenso soll jeder andere sanitär unbedenkliche Verschlus, der unter Hinzufügung eines entsprechenden Suberverschlusses die Mäßigkeit eines unbefugten Ausschankes vollständig ausschließt, zugelassen werden. Die Abänderung der Verordnung soll aber nicht bloß für Kriegsdauer, sondern allgemein gelten.

Jambinger - Magazin
10. / VII. 1915

10
35

Luxuswaren und Krieg.

Angeichts der beispiellosen, opferwilligen und heldenhaften Haltung unserer braven Söhne und Angehörigen draußen in Kampf und Not, Entbehrung und Strapazen, sollen wir Daheimgebliebenen uns jeder müßigen Klage enthalten, sollen im Hinblick auf das Große, Gewaltige dieses Krieges alle Kleinigkeiten, alle Unbequemlichkeiten mit Ruhe und Würde ertragen und nur die Verhältnisse messen an der einen großen Aufgabe, den Sieg zu erringen.

Wir dürfen als Deutsche auch stolz von uns sagen, daß diesen Weisungen nachgelebt wird, und manch bitteres Leid, das zu anderer Zeit Widerhall fand in allen Kreisen, wird heute still und ergeben getragen, auch hinter der Front sind Soldaten und Soldinnen, groß im Opfern, groß im Entsagen, denen kein Ruhm und keine Kränze winken.

Der Inhalt meiner Zeilen ist auch nicht zu Klagen oder anzuklagen, sondern lediglich aufzuklären, zu bessern und zu helfen, in diesem Falle zu helfen einer in Kriegszeiten schwer leidenden Industrie, der Luxuswarenindustrie.

Alle Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, selbst wenn ihre letzten Ursachen auch in einer unberechtigten Steigerung der Preise durch Einzelne oder Syndikate erfolgt, wird anerkannt, wird zum Teil als selbstverständlich hingenommen. „Es ist eben Krieg“, und Lebensmittel müssen gekauft werden. Also müssen wir uns die sonst gewohnten Annehmlichkeiten des Lebens verkneifen und auf jeden Luxus verzichten.“

Diese Äußerung hört man täglich und kann sie auch gerecht finden, das heißt — soweit es sich um Leute handelt, denen die Not der Zeit jeden Luxus verbietet.

Nicht richtig aber ist es, wenn Leute, die sehr wohl auch in dieser Zeit die Annehmlichkeiten des Lebens bezahlen können, nun aus Verständnislosigkeit oder anderen Gründen eine faßliche Sparsamkeit eintreten lassen.

Tatsache ist es doch, daß, abgesehen von den am Im- und Export beteiligten Kaufleuten und denen, deren Vermögen bedauerlicherweise überwiegend in ausländischen Werten festgelegt ist, die Besitziger großer und mittlerer Vermögen (also die eigentlichen Stammkunden der Luxuswaren-Industrie) heute keine Einbuße an ihrem Vermögen erleiden, im Gegenteil, für vielen von ihnen kann man von einem erheblichen „Kriegsgewinn“ sprechen.

Ich glaube, es bedarf nur des Hinweises darauf, daß die Luxuswaren-Industrie als Abnehmer der teuren Rohstoffe, als Auftraggeber von einer ganzen Reihe von Industrien, ihren Platz als Glied in der Kette der volkswirtschaftlichen notwendigen Produzenten voll ausfüllt.

Abgesehen davon, daß die Annehmlichkeit des Lebens, die Verschönerung unseres Heims, der Schmuck unserer Häuser und Plätze ebensowenig entbehrt werden können als eine bildgebende Literatur, wirkt in dem Schaffen und Streben unserer Luxuswaren-Industrie das Verebelnde, das künstlerisch Schöne auch verebelnd auf Stoff und Wesen.

Meine Mahnung und Bitte an unsere bemittelteren Kreise geht dahin, keine unrichtige Sparsamkeit, kein Verfehlen der Verpflichtung zum Lebenlassen, sondern eine, auch in dieser ernsten Zeit tätige Mitarbeit zur Erhaltung einer Luxuswaren-Industrie.

Und dann noch eins. Sehr häufig höre ich Klagen aus der Luxuswaren-Industrie über ganz unberechtigte Preisdrückerei. Vielfach ist man in den Kreisen der bemittelten Käufer im großen Publikum der Ansicht: „Es ist Krieg und die Verkäufer und Verfertiger von Luxuswaren können froh sein, daß man ihnen in dieser Zeit überhaupt etwas abkauft oder in Auftrag gibt; wenn wir nicht viel billiger an den Artikel kommen können, verzichten wir darauf.“

Wie töricht und ungerechtfertigt ist solches Verhalten!

Die Luxuswaren-Industrie hat fast in allen Stücken mit einer bedeutenden Verteuerung ihrer Rohstoffe zu rechnen. Mit durch die Kriegsdienst-Verhältnisse bedingten Erschwerungen des Betriebes und dann durch die teurere Lebensweise erhöhten Eigenkosten, wie Jeder, darum ist es ein hartes unbilliges Verlangen, seine Aufträge von einer Verbilligung der Lieferung oder sogar der Reparaturen abhängig zu machen.

Auch in diesen Zeiten sollen wir leben und lebenlassen.

Johannes Girisch.

10. VII. 1915

36

Schließung der italienischen Gefrorenesgeschäfte.

Auf Einschreiten des Vorstehers der Wiener Zuckerbäcker Josef Rosenberger beim Finanzministerium beauftragte dieses nunmehr die Gewerbebehörde, alle jene italienischen Gefrorenesgeschäfte, deren Eigentümer Reichsitaliener sind und ihre Geschäfte an Personen, die zur Gefroreneserzeugung nicht berechtigt sind, über die Kriegsdauer in Pacht und auf Rechnung gegeben haben, unverzüglich zu schließen. Mit der behördlichen Schließung dieser Geschäfte wurde bereits begonnen. Es bleiben nur jene italienischen Gefrorenesgeschäfte weiterhin offen, die von gewerbsberechtigten Wiener Zuckerbäckern käuflich erworben wurden. In den Kreisen der Wiener Zuckerbäcker hat diese Maßregel allgemeine Befriedigung hervorgerufen.

10./VIII. 1915

37

**Schließung der italienischen Gefrorenes-
geschäfte.** Auf Einschreiten des Vorstehers der Wiener
Zuckerbäcker Josef Rosenberger beim Finanz-
ministerium beauftragte dieses nunmehr die Gewerbe-
behörde, alle jene italienischen Gefrorenesgeschäfte, deren
Eigentümer Reichsitaliener sind und ihre Ge-
schäfte an Personen, die zur Gefroreneserzeugung nicht
berechtigt sind, über die Kriegsdauer in Pacht und auf
Rechnung gegeben haben, unverzüglich zu
schließen. Mit der behördlichen Schließung dieser
Geschäfte wurde bereits begonnen. Es bleiben nur jene
italienischen Gefrorenesgeschäfte weiterhin offen, die von
gewerksberechtigten Wiener Zuckerbäckern käuflich er-
worben wurden. In den Kreisen der Wiener Zucker-
bäcker hat diese Maßregel allgemeine Befriedigung her-
vorgeufen.

* Die Wiener Blumenhändler und der Krieg mit Italien. In einer Versammlung der Genossenschaft der Naturblumenbinder und Händler Wiens, die vorgestern tagte, wurden Maßnahmen zum Ersatz der ausfallenden Blumeneinfuhr aus Italien beschlossen. Dabei wurde zunächst festgestellt, daß unsere Feinde auf den schwungvollen Blumenhandel mit Oesterreich auch in der Kriegszeit nicht verzichten wollen und durch Errichtung von Kommissionsstellen in der Schweiz über dieses neutrale Land italienische Waren nach Oesterreich schmuggeln möchten, um den Entgang der österreichischen Millionen, die sonst von uns alljährlich für Blumen nach Italien gingen, möglichst herinzubringen. Gegen ein solches Vorgehen wurde stürmischer Protest erhoben. Mitglied Hein verlangte bei Bezug aus der Schweiz genaue Beachtung des Ursprungszertifikats und unbedingte Zurückweisung italienischer Ware. Vorstehrer Magisch ermahnte die Mitglieder, ihren Bedarf ausschließlich in Deutschland zu decken.

Keine deutschen Films in Oesterreich**Ein deutsches Ausfuhrverbot.**

Der Deutsche Bundesrat hat, wie die Fachzeitungen für Kinematographie melden, eine Verordnung erlassen, die die Ausfuhr von belichteten kinematographischen Films nach dem Ausland verbietet, zu dem auch Oesterreich-Ungarn gerechnet wird. Die Donaumonarchie deckte einen großen Teil ihres Filmbedarfes auf dem deutschen Markt. Die Berliner Filmindustriellen weisen darauf hin, daß die Verordnung des Bundesrates die Fabrikation überhaupt unterbinden müsse, weil die Herstellungskosten eines Films durch den Verkauf in Deutschland allein niemals gedeckt werden könnten. Erst der Verkauf von Kopien nach dem Ausland bedinge den Produktionsgewinn. Das sofortige Inkrafttreten des Ausfuhrverbotes bewirke überdies, daß der Fabrikant die für August und September geschlossenen Verträge nicht mehr ausführen kann. Für die Produzenten ergibt sich demnach eine äußerst schwierige Lage.

Ueber die Gründe des Ausfuhrverbotes ist nichts bekannt. Die Annahme, daß damit eine Streckung der Zelluloidvorräte erreicht werden soll, wird dadurch hinfällig, daß das Verbot sich lediglich auf belichtete Films erstreckt, während die unbelichteten Films von der Verordnung nicht betroffen werden.

Erhöhung der Preise für Zimmermeisterarbeiten.
Die Genossenschaft der Zimmermeister in Wien teilt mit, daß sie sich durch die fortgesetzte Preissteigerung der Rohmaterialien, durch die Erhöhung der Löhne sowie durch die gewährte Kriegszulage an die Arbeiterchaft gezwungen sehe, den genossenschaftlichen Preistarif um 20 Prozent zu erhöhen.

Glasausstellung.

Die Glasindustriellen sind leider keine Kriegslieferanten. Sie haben es ganz gehörig erfahren, daß man in dieser etwas flobigen Zeit für so feine und gebrechliche Dinge wenig Verwendung hat. Kurz, der österreichischen Glasindustrie, von der in Böhmen allein 15.000 bis 20.000 Familien leben, geht es nicht gut. Und darum hat das Arbeitsministerium nun im Museum für Kunst und Industrie eine Ausstellung angeregt, die zeigen soll, was wir können, und was für ein wichtiger Faktor gerade diese Industrie in unserem ganzen Wirtschaftsleben und besonders für unsere Handelsbilanz — im Frieden! — ist. Um rund 25 Millionen Kronen wurden alljährlich Glaswaren aus Oesterreich in aller Herren Länder ausgeführt, in unsere allernächsten Feindesländer, wie Italien, Frankreich, England ebenso wie in die Gebiete der allerfernsten Neutralen in Siam, Mexiko, Brasilien und Chile. Die Ausstellung dieser Glasfabrikate, die, künstlerisch ganz ohne Bedeutung, in Massen exportiert werden, gibt einen ethnographisch sehr interessanten Ueberblick. Man sieht da zum Beispiel drei kleine grüne Dosen, am kleinsten, kleiner, klein, in die der Stameje der Reihe nach die ungefalteten, einmal und zweimal durchgefalteten Bethelkörner tut. Oder: Flaschen für das heilige Gangeswasser, die unbedingt einen roten Korfklopfel haben müssen und in die Länder des Buddhakultus gehen. Oder Margilehflaschen. Oder orientalische Heiligenlampen für Mekka. Oder die echt venezianischen Kaffeservice, blau mit aufgepappten Blümchen, wie der ärgste Kittich, den wir — man freut sich ordentlich — den Italienern anhängen. Also: wir sind sehr tüchtige Geschäftsleute, aber wir sind nicht nur das; wir haben auch künstlerische Kultur, und was da an Kristall- und bunten Kunstgläsern in den Schulen von Gaida, bei Lobmeyer und sonstwo hergestellt wird, kann sich neben England, Amerika und aller Welt sehen lassen. Ja, der sogenannte englische Kristallschliff ist nichts anderes als ein Plagiat aus Gaida in Böhmen. In diesem Teil der Ausstellung, nämlich wie räumlich von den anderen streng geschieden, sieht man ganz wunderbare Sachen, Lebgläser und irisierende Buntgläser, Kristalle und gravierte und bemalte Gläser in allen Größen, Farben und Formen, bald modern stilisiert (Gaida, Lobmeyer), bald naturalistisch (Säule in Steinschönan), bald in Biedermeieranlehnungen oder in barocken Reminiszenzen. Künstler von Namen und Rang, wie Hoffmann, Margold und andere haben dafür die Entwürfe gezeichnet. Auch der Krieg hat da natürlich manchen Dekor, Wappen, Fahnen, Reichs- und Landesfarben, beigeleuert. Einiges davon war schon auf der Kriegsgedenkausstellung zu sehen und zu bewundern. Die österreichische Glasindustrie hat von alters einen guten Klang. Und darum gilt es, sie über den Krieg hinüberzuretten, damit wir aus ihren Reichen den ersten Friedenstrunk tun können.

Eröffnung der Glasausstellung im Oesterreichischen Museum.

Im Oesterreichischen Museum am Stubenring wurde heute vormittags die „Ausstellung österreichischer Kunst- und Exportglases“, über die wir bereits im Morgenblatte berichteten, durch den Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Ottokar Trnka eröffnet. Der Minister wurde im Vestibül vom Direktor des Museums Hofrat Dr. Leising, Regierungsrat Dreger, Kustos Dr. Schestag, Dr. v. Schönbach, Herrenhausmitglied Lohmeyr und dem Präsidium des Verbandes österreichischer Glasindustrieller, den Herren Fr. F. Palme, kaiserl. Rat Oppitz und Bayermann empfangen. Außerdem hatten sich eingefunden: Unterrichtsminister Dr. R. von Hussarek, Handelsminister Dr. Schuster v. Bonnot, Minister a. D. Dr. Ar. v. Wittel, Fürstin Montenuovo, Botschafter a. D. Prinz Franz Liechtenstein, F. M. Tislja, Konteradmiral Schanzer, Sektionschef Dr. Pranter, Polizeipräsident Freiherr von Gorup, zahlreiche Hof- und Ministerialräte, die Vertreter der Handelskammern von Wien, Reichenberg und Brünn, des Niederösterreichischen Gewerbevereins, des Gewerbeförderungsamtes, der Künstlergenossenschaft, des Hagenbundes, der Akademie für bildende Künste u. v. a.

Der Präsident des Verbandes der nordböhmischen Glasindustrieller Fr. F. Palme hielt an den Minister eine Begrüßungsansprache.

In seiner Erwiderung sagt Minister Dr. Trnka u. a.: „Meine sehr geehrten Herren! Für die freundlichen Worte der Begrüßung und Anerkennung, die soeben gesprochen worden sind, sage ich Ihnen den herzlichsten Dank.“

Wenn es schon in den Zeiten des Friedens eine der vornehmsten Aufgaben des mir anvertrauten Ressorts ist, den gewerblichen Mittelstand in seinem wirtschaftlichen Gedeihen zu fördern und ihm alle hiezu dienenden staatlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, so ist diese Aufgabe durch den nun schon ein Jahr andauernden Krieg zu einer noch ernstern, noch dringenderen geworden. Es gilt, den Gewerbebezweigen über alle Schwierigkeiten hinwegzuhelfen und wenigstens einigermaßen Ersatz zu schaffen für das plötzliche Nachlassen des Bedarfes. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten ist nach Kräften bestrebt, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Der Kriegszustand hat auch für Ihre Industrie schwierige Verhältnisse geschaffen. Es gilt, Ihre hochwertige und leistungsfähige Industrie auch in der Kriegszeit zu beschäftigen, und es sollen auch nicht die Früchte jener Arbeit verloren gehen, die bisher vom Staate für die Industrie geleistet worden ist. Die Ausstellung, die ein lebendiges Zeichen unserer Zubericht und unseres Selbstvertrauens ist, bietet uns eine reiche Sammlung schöner Kunstglaserzeugnisse und eine Abteilung von Exportwaren. Wir hoffen, daß der Fleiß und das Geschick, mit denen es die Industrie verstanden hat, für ihre Produkte in der weiten Welt reichen Absatz zu finden, nicht verloren gegangen sind und daß sich das neutrale Ausland auch jetzt für unsere Exportware interessieren werde. Wir hoffen von der Kunstglasausstellung, daß sich vor allem das heimische Publikum für Ihre Erzeugnisse interessiere und geneigt sei, Bedürfnisse zu bedenken, die nicht zur engsten Lebensnotwendigkeit gehören. Mit dem aufrichtigen Wunsche, daß Ihre Bemühungen um das Zustandekommen dieser Veranstaltung den verdienten Lohn finden mögen, erkläre ich die Ausstellung für eröffnet.“

Hierauf wurde der Rundgang angetreten.

Der Ökonomist.

Der Notstand eines bürgerlichen Berufes.

Von Siegmund Fessler,
Präsident des Reichsverbandes der Mühlen-
vertreter Oesterreichs.

Wien, 4. August.

Erste Zusagen der maßgebenden Faktoren und un-
zweideutige Beschlüsse des Beirates der Kriegsgetreide-
verkehrsanstalt, aber auch das wirtschaftliche Bedürfnis
und der klare Vorteil aller Interessenten schienen volle
Bürgschaft dafür zu gewähren, daß diejenigen Berufe, die
bisher die Vermittlung der Brotfrüchte zwischen Er-
zeuger und Verbraucher besorgt haben, bei der Durch-
führung der neuen Regelung des Getreideverkehrs heran-
gezogen werden. Zum Teile geschieht das auch; nur eine
Berufsgruppe wird in Wien und Niederösterreich ausge-
schlossen und dadurch wirtschaftlich zugrunde gerichtet, jene
der Mühlenvertreter.

Bäcker und Gemischtwarenverschleißer sind in ihrer
großen Ueberzahl besonders in Wien außerstande, in direktem
Verkehr mit den Handelsmühlen Oesterreichs und Un-
garns ihren Mehlbedarf zu decken, die Handelsmühlen
finden es beschwerlich und unwirtschaftlich, den Verschleiß
ihrer Produkte in kleineren Mengen an unzählige Inter-
essenten selbst zu besorgen. Ein solcher Verkehr ist bei-
nahe unmöglich, jedenfalls aber unökonomisch. Der
Detailist hat keine Lager für Ware auf längere Zeit, sie
muß ihm partienweise an bestimmten Tagen ins Haus
gestellt werden und er besitzt in der Regel auch kein Fuhr-
werk. Die Mühle vermag selbst so kleine Mengen
nicht zu expedieren, für den Tag und die Stunde der Ab-
lieferung unmöglich zu garantieren und in Wien kein
Kleinfuhrwerk bereitzuhalten. Der Bäcker oder Gemischt-
warenverschleißer kann schwerlich die eisenbahn- und
handelsrechtliche Schulung besitzen, um bei Bestellung
und Bezug nicht Fertümer zu begehen und Schadenersatz-
pflichtig zu werden. Würde es gelingen, diese beiden Klippen
zu umschiffen, so wäre es nur mit endlosen Weiterungen
und ganz unverhältnismäßigen Unkosten möglich. Mühlen
und Detailisten haben sich geholfen. Die Mühlen, die an
größeren Konsumzentren arbeiten, haben dort Ver-
treter bestellt, die gegen feste Provisionsätze arbeiten,
mit den Detailistenhäusern nunmehr durch Jahrzehnte in
vertrauensvoller Verbindung stehen, die Gewohnheiten und
Bedürfnisse aller Firmen kennen und ihnen viel Verant-
wortung, viel kostbare Zeit und viel Unkosten ersparen.
Sie verwalten die oft beträchtlichen Lager der Mühlen,
geben aus ihnen Mehl ab, ergänzen sie und stellen zur
Sicherheit der Mühle eine beträchtliche Kaution. Da sie
mit vorher vereinbarten Provisionen arbeiten, sind sie weder
Zwischenhändler noch Spekulanten, sondern Beauftragte,
bloße Mittelspersonen zum Vorteil beider Interessenten-
gruppen, der Erzeuger wie der Detailisten.

Wenn irgendeine Berufsgruppe, so wäre es diese, die
verdient hätte, schließlich von der Kriegsgetreideverkehrs-
anstalt übernommen zu werden. Denn das ganze Rechts-
verhältnis, auf Grund dessen sie tätig ist, scheint für die
Zwecke der Anstalt geradezu vorgebildet und vorbildlich zu
sein. Die ganze Sorge der Verteilung des Produktes wäre ihr
für die großen Konsumzentren mit einem Schlage abge-
nommen. Die Mühlenvertreter kennen den Bedarf, kennen
die großen und kleinen Verästelungen der Produktver-
teilung und sind die Adressen, an die sich der Bäcker
und Gemischtwarenverschleißer gewohnheitsmäßig wendet.
Sie haben ihre Bureau, es steht ihnen Groß-
und Kleinfuhrwerk zur Verfügung, sie sind in allen
Expeditionsgeheimnissen erfahren und besitzen eine durch
Jahrzehnte erprobte Warenkenntnis. Dazu kommt
ferner, daß ohne ihre Mitwirkung viele kleine und selbst
große Firmen nur schwer arbeiten können, weil sich mit
dem Vertretungsverhältnis ständige Kreditbeziehungen ent-
wickeln haben. In keinem Detailgeschäft ist die nötige
Bürgschaft just an dem gleichen Tage bereit, an dem neue
Ware bezogen werden muß. Der Vertreter kennt sein Haus
und wartet gern einige Tage zu.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Beruf in
der Stunde wieder gebraucht wird, in welcher der heutige
Ausnahmestand aufhört. Bereits jetzt ist dieser Beruf
dem Ruin nahe, da er fast ein Jahr ohne Geschäft ist.
Schon sind die Bureau reduziert, viele Angestellte ent-
lassen. Wird er in der neuen Getreidekampagne beiseite ge-
schoben, so müssen die Bureau sofort gesperrt werden
und die Mühlenvertreter nach Verlust ihrer Kapitalien,
einen anderen Beruf suchen. Nach Schluß des Krieges ist
der Vertrieb der Mahlprodukte vollständig desorganisiert!

Mein Volkswirt von Einsicht kann das wollen, tem
planföhrer Grund ist ausfindig zu machen, der dazu
nötigen würde. Ohne Not wird kein billig Denkender die
Ungehörigen eines rechtschaffenen, schuldlosen Berufes zu-
grunde richten. Der einzige Einwand wäre, daß die
Kriegsgetreideverkehrsanstalt und die sonstigen staatlichen
und kommunalen Behörden das Risiko nicht auf sich
nehmen wollen oder können, mit vielen einzelnen Firmen
in Verbindung zu treten. Diesen Bedenken haben die
Mühlenvertreter selbst jeden Boden dadurch entzogen, daß
sie sich bereit erklärt haben, eine einzige Genossenschaft
oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung und damit ein
Zentralbureau mit voller Haftpflicht einzurichten. Während
die Provision, die sie im Frieden bezogen haben, 1 1/2 bis
2 1/2 Prozent ausmacht, sind sie bereit, alle Vermittlungen
um den Einheitsfuß von 1 Prozent zu vollziehen, so daß
dadurch der kleine Abnehmer, der sonst die höhere Provi-
sion bezahlt hat, beträchtlich begünstigt wäre. Es ist nach
unseren Erfahrungen ganz ausgeschlossen, daß die Kosten
besörderlicher Vermittlung und Spesen, welche dem Ver-
arbeiter oder Verschleißer durch Bestellung, Bezug und
Zeitverlust erwachsen, zusammen nicht mehr als 1 Pro-
zent ausmachen. Die Mühlenvertreter haben das niedrige
Angebot gemacht, nur um ihre Existenz, ihre Bureau
aufrechtzuerhalten, ihre Angestellten über die Kriegszeit
hinaus zu beschäftigen.

Die Mühlenvertreter haben ihr Angebot mit leitenden
Persönlichkeiten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch-
gesprochen und bereitwilliges Entgegenkommen gefunden,
sie haben ihr Angebot der Bäckergenossenschaft unter-
breitet und in deren Sitzung vertreten, sie besitzen die
schriftliche Erledigung, wonach sie sich unter Anführung
bestimmter, von den Mühlenvertretern ohne weiteres erfüll-
barer Bedingungen prinzipiell einverstanden erklären.
Ihre Vertrauensmänner haben sich an den Bürgermeister
Weiskirchner gewendet, der für die Vorschläge lebhaftes
Interesse bekundete.

Zur größten Ueberraschung hat die magistratische
„Amtsstelle zur Regelung der Mehlversorgung“ am
21. Juli an den Reichsverband der Mühlenvertreter
folgende Erledigung gelangen lassen: „Mit Rücksicht
auf die durch die Einführung des Getreidemonopols
geschaffene Rechtslage ist der Magistrat derzeit nicht in der
Lage, dem Ansuchen des geehrten Reichsverbandes,
betreffend die Heranziehung der Mühlenvertreter bei Ver-
teilung der Mahlprodukte aus der neuen Ernte, Folge
zu geben.“ Diese Erledigung bedeutet, wenn sie aufrecht
bleibt, für neun Zehntel der Firmen, die als Mühlen-
vertreter etabliert sind, einfach den Ruin. Dieses Schick-
sal entspricht jedenfalls der Rechtslage nicht, sondern steht
im geraden und vollen Widerspruch zu der bekannten Ver-
ordnung wie zu den wiederholten, dem Reichsverband ge-
machten Zusagen. Unbeschadet der obersten Leitung und
Aussicht der staatlichen Behörden, ist bei der Durch-
führung sowohl des Ankaufs wie der Verteilung der
unter besondere staatliche Beschränkungen gestellten Gegen-
stände die Heranziehung der bisher beruflich und sach-
lich mit diesem Geschäft betrauten Kreise jederzeit vor-
gesehen gewesen. Nicht ohne Grund wurde es abgelehnt,
ein reines und volles Staatsmonopol zu schaffen; wie
man annehmen müßte, hat man die monopol-
artige Regelung gewählt, um alle mit der Brot-
versorgung beschäftigten Berufe, vom Landwirt bis zum
Bäcker und Verschleißer, in ihrem Tätigkeitsbereiche
zu belassen, sie aber von Schritt zu Schritt der behörd-
lichen Anleitung, Regelung und Beschränkung zu unter-
werfen. Niemand hat die Absicht gehabt, dem Verkehr
neue Bahnen anzuweisen, die einen Beruf brotlos machen,
den Privaten die wirtschaftliche Arbeit abnehmen und sie
den Behörden auflasten. Das war die Absicht der
staatlichen Verfügungen nicht, sondern der Ausschluß von
unmäßigen Gewinn und Spekulation, die Festlegung
des Preises, die Sicherung der Versorgung und die Unter-
stellung des Verkehrs unter Kontrolle der Staatsgewalt.
Die Mühlenvertreter unterwerfen sich willig der Staats-
gewalt — aber in ihrer gewohnten Arbeit. Sie haben auf
jeden Gewinn verzichtet und wollen bloß die Fristung
ihrer Existenz. Der Vertrauensmann der Mühlenvertreter
hat die zu schaffende Organisation bereitwillig dem
Bürgermeister zur Disposition gestellt, und selbst-
verständlich wird sie unter der Oberleitung der
Kriegsgetreideverkehrsanstalt, der Statthalterei und des
Magistrats jede Pflicht erfüllen, welche das Gesetz, die
Notwendigkeit und behördliche Einsicht ihr vorschreiben.
Nur eines ist zuviel verlangt, daß ein Beruf, der zu
einer wirtschaftlichen Funktion vorgeschult ist, sich selbst
auflöst, sich selbst auflöst und seine Angehörigen ins-
gesamt der Erwerbslosigkeit und Verarmung preisgibt.

Das Juwelengeschäft in der Kriegszeit.

Die blendenden, glitzernden, zu geschmackvollen Formen in Gold oder Platin gefassten Steine, Diamanten und Brillanten, die kostbaren Schmuckstücke, die in den Schaufenstern der großen Juwelensäden wie Märchenschätze angehäuft liegen, Brillantringe, Diademe, Anhänger, Agraffen an Perlenhalsbänder, mit einer Diamantenreihe besetzte Haarnadeln — ihre Pracht dünkt uns heute in einem Gegenjah zu dem ernstesten Kleid, das die Kriegszeit trägt. Der blendende Glanz dieser Stücke, der in glücklichen Friedenstag von den Decolletés und aus den kunstvoll gesteckten Haarkronen der Ballfrisuren ausging, scheint ungewohnt, fast herausfordernd und nun, wie für eine bessere Zeit, in diesen Schaufenstern eingefangen und aufbewahrt. Und, wie die Juweliere klagen, es verläßt in diesen Tagen selten ein solches Prachtstück das Schaufenster, um in die Hand eines Käufers zu gelangen. Man kauft wenig großen Schmuck, fast gar keine Juwelen. Der völlige Stillstand, der heuer gerade in der Hochsaison des Geschäftes, zu Weihnachten und Neujahr herrschte, ist jetzt erst von einem sehr schwachen Geschäftsgang abgelöst worden. Die Stammkunden der großen Juweliere, die alljährlich eine Anzahl von wertvolleren Schmuckstücken beziehen, haben im Winter unter Hinweis auf die notwendigen Zuwendungen für die Kriegsfürsorge den gewohnten Einkauf von Geschenken unterlassen, und auch jetzt kaufen sie nur selten kostbarere Stücke ein. Großen Juwelenschmuck auf Bestellung, für den besondere Edelsteine besorgt werden müssen, verkaufen die Juweliere selbst jetzt sehr ungern; denn infolge der teilweisen Schließung und Betriebseinschränkung der Antwerpener Edelsteinischleifereien und der Erschwerung des Edelsteinhandels werden Edelsteine durch Zwischenhändler mit zu 30 Prozent hohem Agio verkauft, so daß die Gefahr besteht, daß der aus ihnen gefertigte Schmuck nach dem Krieg nicht mehr zu diesem hohen Preis verkauft werden kann und der Juwelier, wenn der Schmuck ihm auf dem Lager verbleibt, Verlust erleidet. Während also das Geschäft in größeren Juwelenstücken stockt, finden kleine, insbesondere in aktueller Form verarbeitete Schmuckstücke vielen Absatz; Kriegsringe, Kriegsandenken in Anhängern, Brochen und dergleichen werden gern gekauft, ja es hat sich sogar in diesen Artikeln durch Agenten, die in der Nähe des Kriegsgebietes reisen, ein Geschäft knapp hinter der Front entwickelt. Einfache Juwelen, als Geschenke zu Namens- und Geburtstagen, werden in normaler Weise bezogen, und die in Wien zum Aufenthalt gekommenen oder noch anwesenden wohlhabenden Flüchtlinge aus Galizien haben hier vielfach Schmuck gekauft, wenn auch nicht in besonders kostbaren Stücken. Die größeren Juweliere haben sich in den schlechten Geschäftsgang fügen müssen, die kleineren haben eben mit dem Verkauf von Kriegsandenken den Entgang einigermaßen wettzumachen gesucht. Teilweise entschädigt hat die Juweliere auch der ziemlich starke Einkauf von Medaillen und Orden. Das eigentliche Juwelengeschäft dürfte sich jedoch erst zur nächsten Wintersaison, wenn das Jahr siegreich verlaufen ist, weiter erholen.

* (Das Wiener Friseurgewerbe und der Krieg.) Im Versammlungsaal der Wiener Friseurgenossenschaft in der Mollardgasse fand gestern unter dem Vorsitz des Vorstehers Wilhelm Wolf eine Genossenschaftsversammlung zum Zweck der Wahl eines Vorsteherstellvertreters, dessen Mandatsdauer abgelaufen war, statt. Beide Vorsteherstellvertreter dieser Genossenschaft, die Herren Lümel und Rieb, stehen seit Kriegsbeginn im Felde. Während der erstere in russisch-Polen im Kampfe gegen die Russen ist, geriet Herr Rieb in russische Kriegsgefangenschaft und befindet sich derzeit in Sibirien. Zu Beginn der Versammlung entwarf Vorsteher Wolf ein Bild der durch den Krieg geschaffenen ungünstigen Lage des Wiener Friseurgewerbes. Abgesehen davon, daß über 900 Meister draußen im Felde stehen, mußten gar viele Betriebe, deren Besitzer nicht eingerückt sind, mangels an Kunden geschlossen werden. Kein Gewerbe fühlt so stark den Abgang der vielen Männer aus der Hauptstadt. Zwölf von den Eingrückten haben auf dem Felde der Ehre den Heldentod gefunden. Ihr Andenken wird durch Errichtung einer Motivtafel im Genossenschaftsgebäude für immernährnde Zeiten bewahrt werden. Zum Schluß seiner Ausführungen teilte der Vorsteher noch mit, daß er aus seinen Privatmitteln einen Betrag von 1600 K. für eine Stiftung widmete, aus deren Zinsen besonders bedürftige und im Kriege verwundete Meister alljährlich unterstützt werden sollen. (Beifall.) Die Versammlung beschloß hierauf, einem Antrage der Vorsteherung entsprechend, aus Genossenschaftsmitteln 18.000 K. zur Unterstützung von kriegseingerückten Meistern zu widmen. Weiter genehmigte die Versammlung die bereits durchgeführte Zeichnung von 22.100 K. für die Kriegsanleihe. Bei der sodann vorgenommenen Wahl eines Vorsteherstellvertreters wurde der bisherige Inhaber dieses Mandats Herr

Johann Rieb, der sich, wie erwähnt, derzeit in russischer Kriegsgefangenschaft befindet, mit Mehrheit wiedergewählt. Der Damenfriseur Josef Lösel, welcher als Gegenkandidat auftrat, blieb in der Minderheit. Von der Bildung einer Sektion für Hand- und Nagelpflege innerhalb der Genossenschaft wurde infolge des Krieges über Anregung des Vorstehers Abstand genommen. Schließlich teilte der Vorsteher mit, daß seitens der Behörden den Friseuren das Recht zugesprochen wurde, ihren Kunden — auch die Bühnenaugen schneiden zu können. Die Versammlung beschloß auch den Beitritt der Genossenschaft zu den vom Gewerbeförderungsdienste des niederösterreichischen Landesauschusses inaugurierten Ausstellungen von Neuheiten auf dem Gebiete der Wiener Mode.

**Herabsetzung der Selbstkosten bei der Erzeugung von Druckpapier.
Durch eine neue Erfindung Aussicht auf Verbilligung des Druckpapiers.**

(Telegramm der „Neuen Freien P.“)

Berlin, 11. August.

Aus Dresden wird gemeldet: Nach langjährigen Versuchen ist es jetzt gelungen, ein neues Verfahren zur Herstellung von Druckpapier zu finden.

Wie bekannt, erfolgt die Herstellung von Druckpapier durch Verarbeitung von Zellstoff, dem ein gewisser Prozentsatz Zellulose hinzugefügt wird. Jetzt wird das Papier ohne diesen Zusatz von Zellulose hergestellt werden können. Dadurch werden die Preise bedeutend verbilligt werden.

Die umfangreichen Versuche in einer Papierfabrik in Petersdorf haben ergeben, daß die Bedruckungsfähigkeit besser als bei dem bisherigen Papier ist.

13./VIII. 1915

67

* (Das Porzellan wird teurer.) Eine Preiserhöhung im Porzellan, einem der wenigen Artikel, der seit Kriegsbeginn keine Steigerung erfahren hat, ist nunmehr eingetreten, nachdem die Mehrzahl der österreichischen Porzellanfabriken infolge der erheblich gesteigerten Herstellungskosten ihren Abnehmern die Einführung eines fünfzehnprozentigen Aufschlages auf die Preise ihrer Fabrikate als unumgänglich notwendig angezeigt haben und denselben auf alle ab 1. d. einlaufenden Aufträgen in Kraft treten lassen.

24./III. 1915

68

* (Ministerialverordnung betreffend den Handel mit Pferden.) In letzter Zeit sind, namentlich in den von den kriegerischen Ereignissen in erster Linie berührten Gebieten, Mißbräuche im Pferdehandel zutage getreten, durch welche sowohl die Interessen der Landeskultur, als auch militärische Interessen gefährdet erscheinen. Um solchen Unzukömmlichkeiten wirksam zu begegnen, ist eine strenge Reglementierung des Verkehrs mit Pferden geboten. Diese erfolgt durch eine heute im Reichsgesetzblatte zur Verlautbarung gelangende Ministerialverordnung, deren Bestimmungen im allgemeinen der Verordnung vom 8. Mai 1913, betreffend den Handel mit Vieh, nachgebildet sind. Die neue Verordnung bietet den politischen Behörden insbesondere die Möglichkeit, den Pferdeeinkauf im Umherziehen von Haus zu Haus in einzelnen Gebieten zu verbieten und anzuordnen, daß der gewerbsmäßige Verkauf von Pferden nur in einer festen Betriebsstätte erfolgen darf. Desgleichen werden die bezeichneten Behörden ermächtigt, die Berechtigung zur Ausstellung von Viehpässen für Pferde im Bedarfsfalle zu beschränken. Pferdehändler haben sich bei Ausübung ihres Geschäftes durch ihre Gewerbeberechtigung, Einkäufer durch besondere Legitimationen auszuweisen, die nur vollkommen verlässlichen Personen ausgestellt werden dürfen. Durch die Verpflichtung der Pferdehändler zur Führung von Vormerkbüchern ist den Gewerbebehörden die Möglichkeit geboten, die Geschäftsgebarung in jedem einzelnen Falle einer wirksamen Kontrolle zu unterziehen. Übertretungen dieser Verordnung werden von den politischen Behörden mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Erfolgt die Übertretung durch einen Pferdehändler, so kann auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden. Diese Verordnung tritt heute in Kraft.

Die Ministerialverordnung, betreffend den Handel mit Pferden.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heute den von uns bereits angekündigten Erlass, betreffend den Handel mit Pferden. Die einzelnen Bestimmungen lauten wie folgt:

§ 1. Pferdehändler haben sich bei Ausübung des Pferdehandels über ihre Gewerbeberechtigung durch Vorzeigung des Gewerbebescheines auszuweisen.

§ 2. Die Bestellung von Einkäufern durch Pferdehändler ist der politischen Bezirksbehörde des Standortes des betreffenden Gewerbebetriebes anzuzeigen, welche für jeden Einkäufer eine Legitimation ausfertigt. Die Ausstellung der Legitimation darf nur für solche Personen erfolgen, welche vollkommen verlässlich erscheinen. Gegen Einkäufer, welche ohne diese Legitimation Pferde einkaufen, ist strafweise vorzugehen.

§ 3. Der Pferdehändler ist verpflichtet, Vormerkbücher, in welche alle Käufe und Verkäufe unter Angabe der gezahlten und erzielten Preise einzutragen sind, zu führen und sie der politischen Bezirksbehörde jederzeit über Verlangen vorzuweisen.

§ 4. Die politische Landesbehörde ist berechtigt, für einzelne Gebiete den Pferdeeinkauf im Umherziehen von Haus zu Haus zu verbieten.

§ 5. Sollten sich in einem Gebiete Uebelstände im Pferdehandel zeigen, so ist die politische Bezirksbehörde mit der im § 7 bezeichneten Ausnahme berechtigt, die Ausstellung von Viehpässen für Pferde in einzelnen Gemeinden von ihrer Ermächtigung abhängig zu machen. Diese Ermächtigung darf nicht erteilt werden, wenn der Ankauf von Pferden durch Händler, welche ihre Gewerbeberechtigung nicht nachzuweisen vermögen, oder durch nicht legitimierte (§ 2) Einkäufer in Frage kommt.

§ 6. Die Ermächtigung der politischen Bezirksbehörde ist vom Gemeindevorsteher oder von dem mit der Viehpassestellung betrauten Organe sowohl auf dem Viehpasse als auch auf dem Jurtaabschnitte des Viehpassebuches unter Angabe von Datum und Zahl des behördlichen Erlasses ersichtlich zu machen.

§ 7. Für den Verkehr mit Pferden, welche ein Landwirt von einem anderen in demselben politischen Bezirke zum Zwecke des Hofbetriebes seiner Wirtschaft erwirbt, können auch in dem Fall einer im Sinne des § 5 getroffenen Anordnung Viehpässe ohne Ermächtigung der politischen Bezirksbehörde ausgestellt werden. In den Viehpässen ist in diesem Fall der Vermerk: Ausgestellt auf Grund des § 7 der Ministerialverordnung vom 21. August 1915, RGBl. Nr. 245, aufzunehmen.

§ 8. Die politische Landesbehörde kann anordnen, daß der gewerbemäßige Verkauf von Pferden nur in einer festen Betriebsstätte erfolgen dürfe.

§ 9. Gegen die Verweigerung der im § 5 angeführten Ermächtigung steht die binnen acht Tagen bei der politischen Bezirksbehörde einzubringende Berufung an die politische Landesbehörde zu, welche endgültig entscheidet. Das Ackerbauministerium übt das Aufsichtsrecht über die Handhabung dieser Verordnung und kann Verfügungen der Unterbehörden abändern und außer Kraft setzen.

§ 10. Die Gemeinden sind zur Mitwirkung bei der Handhabung dieser Verordnung verpflichtet.

§ 11. Übertretungen dieser Verordnung werden von den politischen Behörden mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Erfolgt die Übertretung durch einen Pferdehändler, so kann, sofern die Voraussetzungen des § 133 b. Absatz 1. lit. a. der Gewerbeordnung zutreffen, auch auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

§ 12. Diese Verordnung tritt am 24. August 1915 in Kraft.

Die Glasindustrie und der Krieg.

Von Kommerzialrat Julius Reich.

Die Glasindustrie ist eine Friedensindustrie par excellence; sie ist mit dem größten Teil ihrer Erzeugnisse auf den Export angewiesen und bedarf daher der freien Meere und der offenen Länder. Auch ihr Inlandgeschäft kann nur im Frieden blühen; es bedarf zu seiner Prosperität einer regen Bautätigkeit und eines gewissen Komforts in der Bauführung (wichtig für die Tafel-, Spiegel- und die Beleuchtungs-glasindustrie, die die Installation für Gas und elektrisches Licht zu besorgen hat), eines lebhafteren, geselligen Verkehrs (wichtig für die Fabrikation von Bier- und Weinflaschen, für die Preßglasindustrie, die das Wirtsgeschirr, und die Schleifglasindustrie, die das Serviceglas erzeugt), eines stärkeren Fremdenverkehrs (wichtig für den Hotelbedarf an Glas, ferner für die Luxusglasindustrie, die in den reichen Schichten der besuchenden Ausländer Käufer ihrer Erzeugnisse findet). Die Glasindustrie bedarf ferner des Friedens, weil der Export so vieler Produkte, die in Glasgefäßen zur Ausfuhr gelangen, für sie von großer Wichtigkeit ist (Mineralwasserflaschen, Likör-, Bier- und Weinflaschen, Gläser für Arzneispezialitäten, für chemische Produkte und eine Menge anderer Glasgefäße für alle möglichen Füllungs-zwecke).

Der Krieg bringt selbstverständlich in eine derart für den Frieden bestimmte Industrie eine schwere Störung. Der überseeische Export hört auf; hat ja die Seesperre für alle österreichischen Provenienzen, die England widerrechtlich verfügte, die letzten Reste dieses Exports, wie zum Beispiel nach Nord- und Südamerika, zum Verschwinden gebracht. Die Niederlagen im feindlichen Ausland, die bedeutende österreichische Glasfirmen unterhalten, sind gesperrt; ihre Vertretungen auf wichtigen Handelsplätzen aufgehoben; ihre Fabriken, zum Beispiel in Rußisch-Polen, außer Betrieb. Aus einer Weltindustrie wurde die Glasindustrie so zu einer kontinentalen, der auch auf diesem be-

schränkten Markt wichtige Absatzgebiete notwendigerweise in Wegfall kommen mußten. Durch den Krieg mit Italien ist das einzige großstaatliche Konsumtionsgebiet unter den neutralen Ländern, das der Glasindustrie früher auf dem Kontinent offenstand, verschlossen worden. Italien bezog jährlich bei drei Millionen Kronen Glaswaren von Oesterreich; vorwiegend dekorierte Ware, dann ordinäres und mittelfeines, weißes und farbiges Hohlglas. Daß der Verlust des italienischen Marktes die österreichische Glasindustrie sehr schwer trifft, bedarf keiner weiteren Aus-führung.

Das Inlandgeschäft litt gleichfalls in bedeutendem Maße, so daß die Exportglas-industrie ihren Betrieb zum größten Teil ein-stellte und die Inlanderzeugung Betriebs-einschränkungen erfuhr, die zwischen 30 und 70 Prozent schwanken. Tausende betriebsamer, fleißiger Hände ruhen; insbesondere in der Gaidauer und Gablonzer Industrie herrschte große Arbeitslosigkeit, die die öffentlichen Fak-toren zu einer Fürsorgeaktion veranlaßte, die durch Beschaffung anderer Arbeitsgelegenheiten, Unterstützungen usw., soweit sie es vermochte, ersprießlich wirkte. Allerdings befürchten die Interessenten, daß durch die Heranziehung zu Erd- und anderen schweren Arbeiten die in der Glasdekoration tätigen Arbeitskräfte die leichte Hand, die sie für ihren Beruf benötigten, ver-lieren werden.

Ueber welche hervorragende Leistungsfähig-keit die böhmische Glasraffinerie verfügt, zeigt die vom Oesterreichischen Museum veranstaltete Kunstglas- und Exportglasausstellung in vollem Maße.

Die Glasindustrie ist auch deshalb auf den Frieden angewiesen, weil sie zu ihrem Betriebe geschulte Arbeiter benötigt. Erst nach zehn- bis fünfzehnjähriger Verwendung im Betriebe erhält der Glasmacher seine sogenannte Werk-statt; er muß vorher als Abträger und Gehilfe tätig gewesen sein. Geschickte Glasmacher sind keineswegs leicht zu ersetzen; sie lassen sich auch nicht für alle beliebigen Artikel verwenden, sondern haben ihre Spezialitäten. Während im Raffineriebetriebe und in den Exportglashütten die Einberufung der Arbeiter wegen der weit-gehenden Geschäftslosigkeit weniger Einfluß ausübte, verursachte sie bei den für den in-ländischen Bedarf tätigen Glashütten große Störungen. Die Einberufung zahlreicher Arbeiter stellte die Glasfabrikanten oft vor unlösbare Aufgaben, für manche Arbeiter-kategorien, wie zum Beispiel die Gaschmelzer, läßt sich ein Ersatz derzeit überhaupt nicht be-schaffen; die Fabrikanten standen daher vor der Wahl, entweder den Betrieb in ganz ir-rationeller Weise fortzuführen oder ihn ein-zustellen. Ein Teil der Fabriken mußte das letztere tun; zahlreiche andere werden ihnen infolge der fortgesetzten Musterungen folgen müssen. Es waren wirkliche Kriegszeiten für alle Beteiligten, die sich für die Fabrikanten durch die Unterstützungsbeiträge für ihre Arbeiterschaft um so sorgenvoller gestalteten. Infolge dieser Betriebschwierigkeiten und der Verteuerung der Brennstoffe und Roh-materialien sind die Produktionskosten durch-schnittlich um 20 Prozent gestiegen. Die meisten Glasfabriken arbeiten unter diesen Umständen mit beträchtlichen Unterbilanzen. Abgesehen von der Tafelglas- und Flaschenglasindustrie ist eine Organisation der eigentlichen Hohlglas-industrie zu dem Zwecke, die Verkaufspreise mit den erhöhten Erzeugungskosten in Einklang zu bringen, bisher nicht gelungen. Bloße Be-schlüsse, die Preise zu erhöhen, haben zweifel-haften Wert. Ohne eine entsprechende Organi-sationsform und ausreichende Garantien schwebt jede Preisconvention in der Luft, und vielfältige Erfahrung zeigt, daß sie zu sehr Umgehungsversuchen ausgesetzt ist. Die Not der Zeit dürfte die Glasindustriellen zu einer wirk-samen Organisation zusammenführen. Der Krieg hat die Glasindustrie in einer bereits geschwächten Situation getroffen; mehr als zwanzig Jahre dauert der ungünstige Geschäfts-gang in der Hohlglasindustrie bereits an. Zu-nächst waren es die ungarischen Aktienfabriken, die viele Jahre hindurch eine Preisbesserung unmöglich machten, bis sie mit Millionen-verlusten vom Schaublatz verschwanden; dann waren es österreichische Firmen, die durch forcierte Vergrößerung ihrer Betriebe eine Ueberproduktion herbeiführten, die die Preise noch weiter drückte. Dann kamen die Balkan-kriege, die das Geschäft schwer schädigten, und jetzt der Weltkrieg, der noch ungleich schwerer auf der Industrie lastet. Die Glasindustrie gibt trotzdem die Hoffnung auf eine günstigere Ge-staltung der Verhältnisse nicht auf. Die Preise vieler Hohlglasartikel sind bereits um zehn Prozent gestiegen. Die gewaltsame Ein-schränkung der Betriebe und der Mangel an tauglichen Arbeitskräften müssen automatisch eine weitere Besserung der Preise herbeiführen, die wenigstens die Gestehungskosten deckt. Es wird jedoch Jahre dauern, bis sich die Industrie von den schweren Schäden, die sie jetzt erfahren hat, erholen kann.

27. VIII. 1915

27
51

Erhöhung des Uhrmachertarifs.

Die Genossenschaft der Uhrmacher teilt mit: Laut Beschluß der ordentlichen Genossenschaftsversammlung vom 3. d. tritt bei den Preisansätzen des Minimalpreistarifs vom Jahre 1913 eine 25prozentige Preiserhöhung für alle Uhrreparaturen und Ersatzteile ein. In Anbetracht der großen Teuerung ist diese Preiserhöhung sicher eine sehr bescheidene zu nennen.

1. IX. 1915

52

Der neue Spagat aus Papier.

Auch die dünnen Spagatschnüre sind teurer und spärlicher geworden. Die Technik trachtet, nun auch den Spagat zu ersetzen, und dies ist auch bereits gelungen. In zahlreichen Wiener Kaufhäusern wird bereits der neueste „Kriegsspagat“, der aus gedrehten Papierbestandteilen besteht, zum Verpacken der Einkäufe der Kunden verwendet. Das Papier dient also auch zur Spagaterzeugung. Die ineinandergedrehten Streifen verleihen diesem genügende Haltbarkeit.

Die Verteuerung der Papiererzeugung.

Die andauernde, so außerordentliche Steigerung der Gesehungskosten der Papiererzeugung hat die Papierfabrikanten in Oesterreich-Ungarn schon vor etwa fünf Monaten, am 20. April d. J., zu einer Preiserhöhung gezwungen. Diese Betriebsverteuerung dauert indes noch immer fort und die Gesehungskosten haben sich seither noch weiter, und zwar sehr beträchtlich, gesteigert. Um nur zwei Beispiele anzuführen: ein so wichtiger Hilfsstoff wie Schwefel, der früher 13 Kronen kostete, stellt sich jetzt auf 130 bis 140 Kronen, amerikanisches Harz ist von 25—30 Kronen auf 200—250 Kronen gestiegen und selbst zu diesem Satze kaum zu erlangen. Dazu kommt die Steigerung der Arbeitslöhne, zu der sich überdies die Schwierigkeit der Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte gesellt und weiters der Mangel an Zellulose, ein Mangel, der Zellulose jetzt auch zu den höchsten Preisen nur mehr schwer beschaffen läßt. Diese Hemmungen und Erschwerungen des Betriebes haben eine Reihe von Papierfabriken bereits zur weitgehenden Einschränkung der Erzeugung gezwungen, ja, bei anderen sogar zur völligen Stilllegung genötigt.

Im Hinblick auf diese fortdauernde Erschwerung und Verteuerung des Betriebes ist in einer am 11 d. M. von den Papierfabrikanten Oesterreich-Ungarns abgehaltenen Vollversammlung einstimmig beschlossen worden, die Papierpreise neuerlich, und zwar um 20—25 Prozent, zu erhöhen. Zufolge dieser Preiserhöhung und bei Berücksichtigung der früheren, im April d. J. vorgenommenen Preisänderung übersteigen die Papierpreise die unter den normalen Verhältnissen, also vor dem Kriegsausbruche bestanden, schon um rund 45 Prozent.

Unter diesen Umständen ist es nur selbstverständlich, daß bei den Lieferungsabschlüssen des Staates und der autonomen Verwaltung dieser Preisentwicklung durch nachträgliche Preiszuschläge Rechnung getragen wird. Preiszuschläge bei staatlichen und kommunalen Abschlüssen.

Laut einem in den letzten Tagen vom Vizebürgermeister Sierhammer eingebrachten Antrage hat der Stadtrat beschlossen: Der Pittener Papierfabrik-A.-G. wird für vom 1. Juli 1915 für die städtischen Ämter und Anstalten gelieferten Papiere eine Aufzählung von 15 Prozent auf die vertragsmäßig festgesetzten Preise bewilligt. Das Anbot der genannten Firma für die Lieferung des für die Gemeinde erforderlichen Papierbedarfes während des Jahres 1916 wird genehmigt, doch behält sich die Gemeinde das Recht vor, den Lieferungsvertrag jederzeit gegen zweimonatliche Kündigung aufzulösen. Mit Rücksicht auf die Steigerung der Preise für alle Papierforten sind die städtischen Ämter und Anstalten aufzufordern, beim Verbräuche von Papier die größte Sparsamkeit zu beachten und es sind bei eventuellen Mißbräuchen die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen.

* * *

Wie wir hören, wurde ein ähnlicher Beschluß auch für die Papierlieferungen an das A. r. a. r. gefaßt und die einzelnen Lieferanten sollen rückwirkend ab 1. Juli 1915 Kriegszuschläge von 15—20 Prozent auf ihre Papierlieferungen erhalten haben.

6./X. 1915

59

* (Preiserhöhung der Klaviere, Orgeln und Harmonien.)
Die dem Oesterreichischen Arbeitgeber-Hauptverbande ange-
schlossene Vereinigung der Klavier-, Orgel- und Harmonium-
erzeuger Oesterreichs teilt uns mit, daß sich die Mitglieder der-
selben infolge der bedeutenden Verteuerung aller Rohmaterialien
und der dadurch hervorgerufenen empfindlichen Verschlechterung
der Produktionsverhältnisse gezwungen sehen, auf die Erzeugnisse
eine 10- bis 20%ige Preiserhöhung eintreten zu lassen.

10.7.X. 1915

35

Einschmuggelung italienischer Blumen.

Der Reichsverband der Gärtnergenossenschaften macht darauf aufmerksam, daß die italienischen Blumenzüchter und Händler das Ausfuhrverbot ihrer Regierung auf die Weise zu umgehen suchen, daß sie in der Schweiz Filialen oder Kommissionslager errichten und auf diesem Wege ihre italienischen Blumen als schweizerische Blumen nach Oesterreich schicken wollen. Trotzdem sich dieses Land zu unseren Feinden gesellte und mit diesen uns aushungern will, möchten die italienischen Gärtner nun auf diese Art unser Geld bekommen. Mehr als zwanzig Millionen Kronen wanderten jährlich für Gartenbauprodukte nach Italien, die den heimischen Gartenbautreibenden verloren gingen. Es wäre eine Schmach, wenn sich Oesterreicher finden würden, die jetzt ihr Geld, wenn auch auf indirektem Wege, italienischen Staatsangehörigen zukommen lassen würden. Es ergeht daher an das blumenkaufende Publikum die Bitte, alle Blumen italienischer Provenienz zurückzuweisen, auch wenn diese als schweizerische Blumen angeboten werden, denn das sind sie nicht, weil die Schweiz keine so großen Gärtnereien hat, die eigene Blumen nach Oesterreich schicken können.

Die Bürsten werden teurer.

Die Kriegsverhältnisse haben nun auch auf dem Gebiete der Bürsten und Pinsel eine namhafte Preissteigerung herbeigeführt, die je nach dem Artikel zwischen 30 und 100 Prozent wechselt. Die ordinären, aus überseeischen Pflanzenfasern hergestellten Bürsten werden sogar um mehr als 100 Prozent teurer, am wenigsten werden gewisse aus inländischen Tierborsten erzeugte Bürstenwaren von der Teuerung berührt. Ueber die Gründe für diese Preiserhöhung wird uns von sachmännischer Seite folgendes mitgeteilt: Schon seit längerer Zeit hat sich auf dem Hauptborstenmarkt, der sich in Leipzig befindet, das Ausfuhrverbot Deutschlands für rohe Borsten in seinen Wirkungen gezeigt; der Export dieser Waren hörte auf, und nur die gebündelte Borste, die schon für die Verarbeitung zu Bürsten vorbereitet ist, durfte nach Oesterreich ausgeführt werden. Inzwischen ist aber in Deutschland der Bedarf an Bürsten durch den Krieg kolossal gestiegen. Im Betrieb der vielen Spitäler werden ungeheure Mengen von Handwaschbürsten gebraucht, die deutschen Millionenheere brauchen enorme Quantitäten von Putzbürsten, in vielen Kriegsubifikationen erfordert die Hygiene, daß sie mit Sand und Reibbürsten gereinigt werden. Der Bürstenbedarf ist in Deutschland derart gestiegen, daß auch die weitere Ausfuhr von gebündelter Borste verboten werden mußte. Infolge dieses Ausfuhrverbotes ist die inländische Bürstenerzeugung auf ihre eigenen Lager und Bürstenzurichtereien angewiesen. Da in Oesterreich die Bürstenzurichterei überdies in geringerem Maße betrieben wird als in Deutschland, ergeben sich mannigfache Gründe für die Vertenerung der Bürstenwaren. Vor allem können gewisse Rohprodukte aus überseeischen Ländern, wie zum Beispiel die Reisswurzel aus Mexiko, die weiße Pflanzenfaser Fibris, die aus überseeischen Ländern kommt und zur Erzeugung der Handwaschbürsten verwendet wird, sowie andere Pflanzenbestandteile infolge der Kriegsmassnahmen der feindlichen Staaten nicht mehr eingeführt werden. Diese Pflanzenteile kosten jetzt das Zehnfache. Der Preis für ein Kilo Reisswurzel betrug zum Beispiel früher 90 Heller, jetzt kostet das Kilo 9 Kronen. Neben dieser Vertenerung der Rohprodukte sind auch die Arbeitslöhne gestiegen. Die Vereinigung der deutschen und der österreichischen Pinsel- und Bürstenindustriellen, die ihren Sitz in Nürnberg hat, beschloß daher, den Preis der Pinsel einheitlich um 50 Prozent zu erhöhen. Die Pinsel waren seit April schon um 33 Prozent teurer. Die Preiserhöhung für Bürstenwaren wurde nicht einheitlich durchgeführt, da sie sich je nach den vorhandenen Vorratsmengen und deren Qualität richtet. Pflanzenstoffe, die sonst aus China und Indien oder aus Amerika beschafft wurden, müssen, wenn möglich, durch andere inländische Rohprodukte ersetzt werden. Für Kleiderbürsten werden die feinen Tierborsten, besonders die steirische oder die oberösterreichische Borste, verwendet, die natürlich nach wie vor zu haben ist und daher die Bürsten nur um 30 bis 50 Prozent verteuert hat. Gewisse Halbprodukte, die in den Bürstenfabriken gebraucht werden, wie die Metallhülsen für die Pinsel, Zwingen und Kapseln aus Metall, Stiele aus Bein usw., werden hauptsächlich aus deutschen Fabriken bezogen. Dabei spielt wieder die Kursdifferenz, die sich aus den Preisen in Markwährung ergibt — bei der Preiserhöhung für die in Oesterreich erzeugten Pinsel- und Bürstenwaren eine keineswegs nebensächliche Rolle.

14/XI. 1915

57

* (Die Wiener Modefrisur.) Zur Förderung der Wiener Modegewerbe hat sich die Genossenschaft der Friseure mit Modisten und Kammachern usw. vereinigt, um gemeinsam dieses Ziel zu erreichen. Als Auspus der sehr Heidsamen Modefrisur dienen Kämme und Nadeln, welche nach Entwürfen von Wiener Friseuren von der Genossenschaft der Kammacher angefertigt sind.

7./X. 1915

Preiserhöhung der Glaserarbeiten.

Die Genossenschaft der Glaser teilt mit: Da sich seit Kriegsbeginn die Glaspreise um mehr als 100 Prozent, die Kittpreise um mehr als 200 Prozent erhöht haben, in gleichem Maße auch die Kosten aller übrigen Rohmaterialien gestiegen sind, ist die Genossenschaft gezwungen, in den Preisen für Glaser- und

Glaschleiferarbeiten eine entsprechende Erhöhung eintreten zu lassen.

10./XI. 1915

59

Die teuren Weihnachtsbäume.

Seit den letzten Jahren werden die Weihnachtsbäume von Jahr zu Jahr teurer. Ein ganz dürftiges Stämmchen war im Vorjahr unter 2 Kronen fast nicht mehr zu erwerben, und Weihnachtsbäume, wie sie in den Familien üblich sind, stellten sich auf 3 bis 5 Kronen; größere Stämme konnte man nicht unter 10 Kronen, und Weihnachtsbäume, wie sie von Herrschaften, Schulen usw. gekauft zu werden pflegen, nicht unter 30 Kronen erwerben. Nun scheinen die interessierten Kreise heuer, wie aus den bereits einlangenden Offerten der Waldbesitzer und der Zwischenhändler zu entnehmen ist, die Preise für Weihnachtsbäume bedeutend höher ansetzen zu wollen als im Vorjahr. Es wäre daher nur dringend erwünscht, wenn die maßgebenden Behörden, mit Rücksicht auf den Umstand, daß auch den armen Kindern in diesen schweren Zeiten der Weihnachtsbaum nicht vorenthalten werden sollte, darauf dringen würden, daß die Forderungen der Waldproduzenten und ihrer Zwischenhändler bezüglich der Weihnachtsbäume nicht in den Himmel wachsen.

Die Verstaatlichung der Elektrizitäts- erzeugung.

Die Thronrede, mit der vorgestern der sächsische Landtag eröffnet wurde, hat eine Vorlage angekündigt, die nicht nur für die wirtschaftlichen Interessen des Königreichs Sachsen wichtig, sondern über die sächsischen Grenzen hinaus von kennzeichnender Bedeutung ist. Wie es in der Thronrede heißt, „bedürfe die Elektrizitätsversorgung des Landes dringend einer festeren Zusammenfassung und Vereinheitlichung, und die Regierung habe sich daher entschlossen, das große, für die gesamte heimische Volkswirtschaft bedeutsame Werk selbst in die Hand zu nehmen“.

Diese Worte bedeuten nichts anderes, als die bevorstehende Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung. In Sachsen kommen hierfür namentlich in Betracht: die Werke der Electra A.-G. in Dresden, die Werke der zum Kreise der „A. E. G.“ gehörigen Sächsischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft in Oberlungwitz und eine Reihe kommunaler Elektrizitätsanlagen. In welcher Weise der Erwerb und künftige Betrieb durch den Staat erfolgen soll, wird sich aus der demnächst bekannt werdenden Landtagsvorlage ergeben. Wir haben hierbei den ersten Schritt einer Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung in Deutschland vor uns. Daß für einen solchen Versuch, dem eine sozialpolitische Färbung nicht fehlt, Sachsen einen geeigneten Boden bietet, wird kaum zu bezweifeln sein. Große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es im Deutschen Reich bei diesem ersten Schritt nicht bleiben, sondern daß das Beispiel Sachsens in anderen Bundesstaaten Gefolgschaft finden wird. Verhältnismäßig geringe Neigung dürfte zunächst in Bayern vorhanden sein, während in Preußen die Frage schon von maßgebender Seite erörtert und aus berufenem Munde befürwortet worden ist.

Kein Geringerer als Emil Rathenau hat mit großem Nachdruck auf die Zweckmäßigkeit einer Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung hingewiesen. Noch kurz vor seinem Tode hat Rathenau dieser Ansicht Ausdruck verliehen in einem Vorwort, das er zu einer Abhandlung schrieb, die Dr. Gustav Siegel (Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft) unter dem Titel „Der Staat und die Elektrizitätsversorgung“ verfaßt und — nach Rathenaus Hinscheiden — im Juli d. J. in den „Preußischen Jahrbüchern“ veröffentlicht hat.

Die Anschauungen Rathenaus werden, soweit uns bekannt, auch heute in den führenden Kreisen des Elektrizitätsgewerbes geteilt. Es ist daher von Interesse, darauf hinzuweisen, daß Emil Rathenau dem Siegelschen Grundgedanken beipflichtete und empfahl, die elektrische Arbeit an den Energiequellen durch staatliche Großkraftwerke zu erzeugen und alsdann den Strom mit einem durch wirtschaftlichere Herstellung ermöglichten Gewinn den Stromverteilungsunternehmen zu überlassen, die die für sie erforderlichen Leitungsnetze anschließen und betreiben. Auf diese Weise würde der Verbrauch zu niedrigen Strompreisen befriedigt und zugleich dem starken Bedürfnis des Staats nach einer Erhöhung seiner Einnahmen genügt werden können, ohne daß dem Elektrizitätsgewerbe über ein unvermeidliches Erfordernis hinaus Ausgaben und Lasten auferlegt werden. Vielmehr würde den bisherigen Trägern der Elektrizitätsunternehmen die Tätigkeit vorbehalten bleiben, in der sie sich Jahrzehnte hindurch bewährt haben.

Rathenau hat indessen bei einer Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung durch die Einzelstaaten nicht haltgemacht, sondern als Ziel einen Reichs-Elektrizitätsverband aufgestellt, der, unter Zusammenfassung der von den Einzelstaaten zu betreibenden Großkraftwerke, die gesamten Einnahmen aus dem Stromabsatz der Elektrizitätswerke einzuziehen, die Einzelstaaten für ihre Aufwendungen zu entschädigen und an den Ueberschüssen angemessen zu beteiligen, den verbleibenden Gewinn aber an das Reich abzuführen hätte.

In Sachsen soll sich jetzt der erste Akt der Elektrizitätsverstaatlichung vollziehen. Man wird ihn mit um so größerer Aufmerksamkeit verfolgen müssen, als er wohl nur den Auftakt zu einer gleichartigen Bewegung in den anderen Bundesstaaten bilden und später in einer Reichseinrichtung seinen Abschluß finden dürfte.

* (Preiserhöhung bei den Hafnern und Ofensehern in Wien.) Die Genossenschaft der Hafner und Ofenseher in Wien teilt uns mit: Infolge der durch die Kriegereignisse eingetretenen Steigerung aller Materialien sowie der berechtigten Erhöhung der Arbeitslöhne hat die Genossenschaftsversammlung beschlossen, ab 15. d. eine entsprechende Preiserhöhung eintreten zu lassen.

14. / XI. 1915

62

Enorme Steigerung der Blumenpreise.

Die Preise der Rosen und Nelken, die um diese Jahreszeit in größeren Mengen nur aus Italien beschafft werden können, erfuhren in der letzten Zeit eine ganz außerordentliche Steigerung. Diese ist darauf zurückzuführen.

daß die Preise mit den Zwischengewinnen der Importeure in der Schweiz und Deutschland belastet sind. Rosen zweiter Qualität sind gegenüber dem Vorjahr um etwa 100 Prozent teurer und kosten jetzt im Großhandel 40 bis 50 Kronen für je 100 Stück. Nelken verteuerten sich um 300 Prozent und müssen gegenwärtig mit drei Kronen pro Duzend bezahlt werden. Große deutsche Nelken kosten 60 bis 70 Heller pro Stück.

Spielwaren.

Weihnachten, das Fest der Kinderfreude rückt heran! Die Kleinen liebäugeln bereits jetzt mit den vielen schönen Spielsachen, die in den Schaufenstern der Spielwarenhandlungen in bunter Menge umherstehen und liegen: Puppen männlichen und weiblichen Geschlechtes, die männlichen der Zeit entsprechend, zumeist im Kriegergewand, die weiblichen vielfach als Rote Kreuz-Schwester gekleidet, Soldatenrüstungen, Gewehre, Säbel und Soldatenmützen, Miniatureisenbahnen auf Schienen, Baukästen, Pappe- und Holzmodelle von Festungen und modernen Sperrforts, darauf oder dazwischen Zinnsoldaten aller kriegsführenden Staaten in Feldausrüstung, Kriegsschiffe, Torpedo- und Unterseeboote... An einer Schnur hängt von der Decke des Schaufenster-raumes ein großer, hellgrauer „Zeppelin“ herab, den schmuckgebaute Aeroplane der verschiedensten „Typen“ flankieren. Der ganze Schaufenster atmet Krieg. Denn was im Laufe des Krieges an Spielwaren erzeugt wurde, hat man „aktuell aufgemacht“. Die meisten Kriegsspielwaren werden aus Deutschland bezogen, das schon seit jeher bei uns Spielzeugartikel massenhaft eingeführt hat. Während zu Beginn des Krieges die Bestellungen österreichischer Spielwarenhäuser — soweit sie angesichts der ersten Zeit gemacht wurden — von den deutschen Fabriken noch zur Gänze effektiert wurden, ist nach und nach eine Stockung in den Lieferungen eingetreten. Die Spielwarenfabriken in Deutschland haben nämlich vielfach infolge des Mangels an Arbeitern ihren Betrieb eingestellt, oder ihn für die Fabrikation von Kriegsartikeln eingerichtet. Eine große deutsche Spielwarenfabrik zum Beispiel, die im Frieden 420 Arbeiter beschäftigte, verfügt heute über kaum fünfzig Arbeiter. Die Spielwarenerzeugung in Deutschland ist daher stark zurückgegangen. Soweit Spielwaren erzeugt werden, sind es fast durchweg „aktuelle“. Originelle Neuheiten gibt es auf dem Spielwarenmarkt in diesem Jahre nicht, aber die gangbaren Spielsachen erscheinen in der Regel mit neuen, der Zeit angepaßten Details ausgeschmückt und verbessert. So hat man beispielsweise zu den Eisenbahnen „Kriegswaggons“ geschaffen, Verwundetenwagen vom Roten Kreuz, vom Malteser Kreuz, Transportwaggons für Kriegsmaterial, mit Geschützen oder Aeroplanteilen beladen usw. Die einzig neuen Spielwaren, die wohl bis Weihnachten schon hier eingetroffen sein werden, sind Zinnsoldaten in der Uniform der — bulgarischen Armee. Sie dürfen nicht fehlen, wenn Dubi auf dem Fußboden der Kinderstube Weltkriegsschlachten konstruieren will. Wenn auch keine Spielsachen mehr eingeführt würden, wäre der Vorrat an Spielwaren für den auch im zweiten Kriegsjahr gewiß nicht besonders großen Bedarf überreichlich, für drei Kriegsweihnachtsfeste genug. Und trotzdem so viel Vorrat da ist — es klingt paradox — werden von den Spielwarenhändlern Preiserhöhungen angekündigt, „weil das Material immer teurer wird“. Die deutschen Spielwarenfabriken haben, so wird von den Händlern erzählt, bereits dieser Tage eine neuerliche Preiserhöhung ihrer Fabrikate angekündigt. Die Spielwaren, die heute um 25 Prozent teurer sind als vor dem Kriege, werden in wenigen Wochen, kurz vor Weihnachten, um weitere 15 Prozent im Preise steigen. Holz, Metall, Lack, Farben, Leinwand, Stoffe, Klebemittel, alles was zur Spielwarenfabrikation gehört, ist kostspieliger geworden, und die Fabrikanten weisen auch auf die höheren Arbeitslöhne hin.

Italienische Rosen in Wien.

Als „Schweizer Ware“ im Handel.

Unter falscher Flagge, wie bei unseren Feinden schon einmal üblich, bringen Reichsitaliener in letzter Zeit große Mengen von Schnittblumen und Kranzbindegrün mit Schweizer Ursprungszeugnissen versehen aus den großen Kulturen ihrer Riviera nach Oesterreich. Die Ware nimmt dabei den etwas merkwürdigen Weg — über Hamburg.

Es ist vollkommen erwiesen, daß die Schweiz außer einigen belanglosen Kulturen von Lorbeer, die nicht einmal den eigenen Bedarf decken, weder Grün noch Schnittblumen genug besitzt, um zu exportieren, überdies sind die italienischen Blumen ohne Duft hier derart bekannt, daß diese gewiß kein Händler für Schweizer Erzeugnisse halten kann. Durch den (im vollen Bewußtsein der Herkunft erfolgenden!) Vertrieb dieser Ware wird aber unserem heimtückischsten Feinde Geld zur leichteren Ermöglichung des Durchhaltens in die Hände gespielt. Es handelt sich hier nicht um geringe Beträge: die Einfuhr von Schnittblumen und Frühgemüse aus Italien betrug vor dem Kriege den Wert

vieler Millionen jährlich. Man braucht nicht von dem blinden Gasse erfüllt zu sein wie unsere Feinde, die jetzt bereits Vorkehrungen treffen, um uns auch nach dem Kriege von allem geistigen und wirtschaftlichen Verkehr mit ihren Vätern auszuschließen, aber wir sind es unserer Selbsterhaltung schuldig, daß wir unseren Feinden nicht noch zur Aufbringung der Mittel zur Kriegführung behilflich sind. Die Einfuhr italienischer Blumen wird von hiesigen Agenten ohne zwingende Notwendigkeit und nur aus Profitgier unterstützt. Das Grün unserer Kadelwälder, Efeu und dergleichen gibt einen würdigeren Schmuck unserer Heldengräber als italienischer Lorbeer! Dem vielleicht gerade gegenwärtig stärker hervortretenden Bedürfnisse, Wohnräume und Krankensäle mit etwas Grün oder Blumen zu schmücken, können aber unsere Gartenbaubetriebe in vollem Umfange nachkommen, wenn auch in den Wintermonaten naturgemäß nur wenig Rosen erzeugt werden. Soweit es bei dem gegenwärtigen Mangel an gärtnerischen Arbeitskräften möglich ist, wurde vorgesorgt, daß auch die Blumenhändler durchhalten können. Zudem können mit Hilfe neuer Treibverfahren Blatt- und Blütenzweige unserer Wälder und Parkanlagen ohne besondere Mühe mitten im Winter zum Treiben und Blühen gebracht werden. Unser Publikum wird sie gewiß lieber kaufen, als italienische Rosen!

Um diesem unpatriotischen Vorgehen mit Erfolg entgegenzutreten, wendet sich die k. k. Gartenbaugesellschaft in Wien an alle Kreise des Publikums mit der Bitte, diese „Schweizer“-Blumen nicht zu kaufen, und nur die Erzeugnisse unserer Gärtnerreien zu verlangen. Dadurch erhalten heimatische Produzenten Geldmittel, die dazu beitragen sollen, den österreichischen Gartenbau zu kräftigen und in die Lage zu versehen, nach dem Kriege von den italienischen Blumenlieferanten sich völlig loszulösen.

Gegen die italienischen Rosen in Wien.

Die Gartenbau-Gesellschaft wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, der sich gegen die Einfuhr von Rosen aus Italien kehrt. In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Unter falscher Flagge, wie dies bei unseren Feinden schon einmal üblich, bringen die Italiener in letzter Zeit große Mengen von Schnittblumen und Kranzbindergrün, die zwar mit Schweizer Ursprungszeugnissen versehen sind, aber aus den großen Kulturen der Riviera stammen, nach Oesterreich. Die Ware nimmt dabei den etwas merkwürdigen Weg über Hamburg. Es ist vollkommen erwiesen, daß die Schweiz außer einigen belanglosen Kulturen von Lorbeer, die nicht einmal den eigenen Bedarf decken, weder Grün noch Schnittblumen genug besitzt, um zu exportieren. Ueberdies ist die Duftarmut der italienischen Blumen so bekannt, daß die importierten Blumen von keinem Händler für Schweizer Erzeugnisse gehalten werden können. Durch den so in voller Kenntnis der Probenienz geübten Vertrieb dieser Ware wird aber unserem heimtückischen Feinde Geld zur leichteren Ermöglichung des Durchhaltens in die Hände gespielt. Die Einfuhr italienischer Blumen wird von hiesigen Agenten ohne zwingende Notwendigkeit, und zwar nur aus Profitgier unterstützt. Das Grün unserer Nadelwälder, Efeu u. dgl., gibt einen viel würdigeren Schmuck unserer Heldengräber als italienischer Lorbeer. Dem vielleicht gerade gegenwärtig stärker hervortretenden Bedürfnis, Wohnräume und Krankensäle mit etwas Grün oder mit Blumen zu schmücken, können unsere Gartenbaubetriebe in vollem Umfang nachkommen, wenn auch in den Wintermonaten naturgemäß nur wenig Rosen produziert werden. Um dem unpatriotischen Vorgehen mit Erfolg entgegenzutreten, wendet sich die Gartenbau-Gesellschaft an alle Kreise mit der Bitte, diese „Schweizer“ Blumen nicht zu kaufen, dafür aber um so dringender die Erzeugnisse unserer Gärtnereien zu verlangen.“

(Verbrennt kein Papier!) Die deutschen Regierungsstellen haben kürzlich in einer weitverbreiteten Veröffentlichung darauf hingewiesen, daß man in dieser Kriegszeit mit dem Stroh nicht umgehen dürfe wie im Frieden. Das Stroh wird stark als Futtermittel herangezogen werden. Nicht nur in der bekannten Art als Häcksel, sondern auch in neuer Weise durch Gemische Aufschliebung. Deshalb wird Stroh verschwendet, wenn man es den Tieren als Streu unterwirft. Auf dem Lande kann man sich mit Waldstreu helfen, wenn die Gewinnung dieser ausnahmsweise gestattet wird. Man hat auch noch andere Hilfsmittel. In Stadt und Land gemeinsam hat man die Torfstreu, welche ganz besonders wertvoll dadurch wird, daß sie den Stickstoff der tierischen Ausscheidungen festhält, von dem jetzt mindestens die Hälfte verloren geht. Außerdem hat man in den Städten aber noch als Streumittel das Papier. Das wird bis jetzt, wie Prof. Mehner in der „Nordd. Allg. Ztg.“ ausführt, gar nicht beachtet; man weiß es nicht loszuwerden und verbrennt eine Menge. Loder zusammengefülltes Papier hat eine mindestens so hohe Saugkraft als das Stroh. Es ist auch eine Waldstreu, denn ganze Wälder wandern in die großen Städte in Form von Holzpapier. Die Zeitungen und die Backpapiere bestehen aus gefasertem Holz. Mit solchem Papier muß man jetzt schonend umgehen und möglichst von vornherein dafür sorgen, daß es nicht allzu sehr verunreinigt und mit harten Gegenständen vermischt wird. Pferden sollte man kein Stroh mehr unterwerfen, sondern Papier, ebenso den Schweinen, die in den kleinen Städten gemästet werden. Selbstverständlich ist für die häusliche Kaninchenzucht der Kinder das Papier, welches in der Wirtschaft abfällt, das geeignete Streumittel. Wenn man die Strohstreu durch Papierstreu ersetzt, so fördert man die Fütterung des Viehes und damit die Volksernährung. Aber wahrscheinlich kann das Papier nächstens noch unmittelbar als Futtermittel dienen. Dieselben Verfahren, welche die Zellulose auf-

schließen bis zur Verwertbarkeit durch den tierischen Verdauungsweg, werden bei dem für die Aufschliebung bereits vorbereiteten Papier Erfolg haben. Dann kommen wir dahin, daß die Massen der alten Zeitungen, welche bereits die Geister in Stadt und Land genährt haben, noch einmal das Rindvieh nähren. Und daß die alten Backpapiere und Papplasten Milch und Beessteak liefern. Daher nochmals: **Sammelt das Papier!** Es sind keine geringen Mengen, die da gerettet werden. Wenn man die schwer beladenen Wagen sieht, welche alltäglich mit Papier in die Druckereien und in die Warenhäuser fahren, und sich überlegt, daß nach wenigen Tagen von diesen Hundertzentrnerlasten nichts mehr übrig ist, so muß man sich sagen: Was eine Stadt an einem Tage an Papier verbrennt, ist ein Waldbrand. Jeder Waldbrand wird bedauert, aber dieser nicht. Wenn jedoch jetzt Papier als Nahrung brauchbare Streu vor minderwertiger Benutzung schützt, oder sogar unmittelbar ein Futtermittel liefert, so kann nicht oft genug dringend wiederholt werden: **Verbrennt kein Papier!**

1./XII. 1915

67

* (Bedeutende Erhöhung der Kartonnagenpreise.) Die Schwierigkeiten in der Erzeugung des Deckels und Papiers sowie die zeitweise Sperrung der Bahnen und der hiedurch entstandenen Not in allen Rohmaterialien haben die Herstellungskosten der Kartonnagen derart verteuert, daß eine bedeutende Steigerung der Lieferpreise erfolgen mußte. Es ist zu befürchten, daß, falls die Schwierigkeiten im Bezug des Materials andauern, die Fabrikation von Kartonnagen zeitweise Unterbrechungen erleiden dürfte.

Verteuerung der Schreibmaterialien.

Die Arbeitsmaterialien, die für die Schreibstoffe erforderlich sind, wie Tinte, Federn, Papier, aber auch die Bleistifte, Klebegummi und Siegellack, sind infolge des eingetretenen Mangels an Rohmaterialien und des Arbeitermangels in den Fabriken, die diese Waren erzeugen, ganz enorm im Preise gestiegen. Bald nach Ausbruch des Krieges erfuhr sowohl die aus Deutschland importierte, als auch die im Inland erzeugte Schreibtinte eine 25prozentige Preissteigerung, die sich nun auf 50 Prozent erhöhte. Die Rohmaterialien für Papier, die Federn sind um 100 Prozent teurer geworden. Außerdem ist ein empfindlicher Harzmangel zur Erzeugung des für die Papierfabrikation notwendigen Leimes eingetreten, da Harz größtenteils aus Amerika eingeführt wurde, über See nicht mehr eingeführt werden kann und die inländische Harzproduktion verhältnismäßig gering ist. Auch Schwefel fehlt für die Zellulosefabrikation. Das Papier ist daher in allen Sorten teurer geworden. Einzelne Papierarten, besonders feste Emballagepapiere, sind ganz ausgegangen und nicht mehr zu haben. Im Durchschnitt ist das Schreibpapier um 25 Prozent teurer geworden. Schreibhefte, die raffiniert sind, natürlich auch. Die Schulhefte der Kinder sind, da sich ihre Herstellung infolge des Mangels an Arbeitskräften erschwert hat, um 30 Prozent im Preis gestiegen. Die kolossale Steigerung der Harzpreise — bis zu 400 Prozent — macht sich besonders bei der Fabrikation von Siegellack empfindlich bemerkbar. Das Siegellack ist dadurch durchschnittlich um 100 Prozent verteuert worden. Harz, das früher 30 Kronen pro 100 Kilogramm gekostet hat, kostet jetzt 300 oder 350 Kronen. Ueberdies gehört Harz zu den Artikeln, die die Munitionsfabriken zur Ausfüllung von Schrapnells brauchen, daher vom Aerar requiriert wird. Auch Schellack sowie die Anilin-Farbstoffe, die zur Siegellackherzeugung benötigt werden, sind infolge der Fabrikations- und Einfuhrbeschränkungen um vieles teurer geworden. Klebegummi wird nicht nur von den Schreibwarenfabriken im großen, sondern auch von zahlreichen kleineren Gewerbebetrieben erzeugt. Das Rohmaterial hierfür ist Gummiarabikum und wurde bisher hauptsächlich aus Afrika und Arabien eingeführt. Da der Import aus Afrika infolge des Krieges gesperrt ist, sind die Preise des Klebegummi um zirka 50 Prozent gestiegen. Auch die Ersatzstoffe für Gummiarabikum, die aus Harz gewonnen werden, stehen sehr hoch im Preis. Bei jenen Schreibwaren, die aus Deutschland bezogen werden, kommt zu der Verteuerung infolge der erschwerten Fabrikation noch der hohe Marktzusatz, der bei der Kalkulation des Detailpreises eine bedeutende Rolle spielt. Die Stahlfedern sind um 25 Prozent teurer geworden. Die verhältnismäßig geringste Preissteigerung haben von den gebräuchlichen Schreibwaren die Bleistifte erfahren; sie beträgt im Durchschnitt bloß 15 Prozent.

Der teure Weihnachtsbaum.

Auch die immergrünen Bäumchen aus unseren Wäldern, die zur Weihnachtszeit in helleuchtendem farbigen Schmuck mit ihrem strahlenden Glanz die Stuben der Armen und die Salons der Reichen erfüllen und als die Verkörperung idealer Freuden gelten, sind Opfer der Steuerungskampagne geworden. Man hat schon im Vorjahre über die hohen Preise der Weihnachtsbäume geklagt, die damals bereits gegen frühere Jahre um mehr als die Hälfte teurer bezahlt werden mußten. Das kleinste Bäumchen kostete zwei Kronen, größere Stämme zehn Kronen und große Bäume dreißig Kronen und mehr. Die Forstverwaltungen, die Zwischenhändler und die Händler haben bereits vor längerer Zeit verkaufbaren lassen, daß in diesem Jahre die Christbäume, wenn überhaupt eine entsprechende Anzahl nach Wien gebracht werden wird, im Preise sehr hoch sein würden, da die höheren Löhne der Arbeiter, die größeren Spezen des Transports usw. einen Preisaufschlag bedingen. Nun hat man wohl damit rechnen können, daß die Händler von der Preisaufstellung des Vorjahres nicht abgehen werden, die ganz enorme Verteuerung der Weihnachtsbäume aber, die nun eingetreten ist, ist doch eine sehr starke Zumutung an das Publikum. Ein Baum, der im Vorjahre 3 Kronen kostete, wird heuer beispielsweise 5 Kronen, ein Baum, für den man damals 10 Kronen verlangte, jetzt 15 bis 17 Kronen kosten. Der Weihnachtsbaum wird damit ein kostspieliger Luxus, und die Folge davon wird wahrscheinlich die sein, daß die wohlhabenderen Kreise kleinere Bäume und die ärmeren Klassen gar keine Bäume kaufen werden. Denn mit dem Kauf der Tanne ist es ja nicht abgetan. Man will den Baum auch schmücken. Und ein halbwegs hübsch geschmückter Baum kostet diesmal ziemlich viel Geld, denn auch der Christbaumschmuck ist teurer geworden. Freilich wird sich dies vor allem beim eßbaren Schmuck fühlbar machen. Denn der Glas- und Metallschmuck des Baumes wird in den Familien in der Regel von Jahr zu Jahr aufbewahrt, und so werden sich diesmal wenige entschließen, den heuer so kostspieligen Schmuck zu erneuern. Gewisse Metallschmuckgegenstände und Schnüre für den Baum, zu deren Erzeugung Kupferlegierungen notwendig sind, fehlen gänzlich auf dem Markt, da die Fabriken infolge der Metallrequisition nicht arbeiten können. Der Preis der silbernen und gläsernen Schnüre ist doppelt so hoch als im Vorjahre. Die Bäckereien für den Christbaumbehang sind gleichfalls viel teurer und dazu noch schlechterer Qualität. So kostet ein Kilo der kleinen Bäckereien heute 5 Kronen, das früher 3 Kronen 60 Heller kostete. Die Kerzen, die natürlich jeder für seinen Weihnachtsbaum kaufen muß, sind bekanntlich im Preis um das Doppelte gestiegen. Der Weihnachtsbaum einer kleinen, bescheidenen Familie, der in normaler Zeit mit Behang 5 bis 8 Kronen gekostet hat, wird heuer nur zum Preis von 10 bis 12 Kronen herzustellen sein. Viele werden wahrscheinlich in diesem Jahre, der Not gehorchend, den goldenen Mittelweg wählen und einen kleineren Baum als sonst kaufen und ihm bescheideneren Schmuck geben. Bismun sind übrigens noch wenige Tannen in Wien eingelangt, da sich viele Transport-schwierigkeiten ergeben. Es werden heuer wahrscheinlich auch weniger Bäume nach Wien eingeführt werden als im Vorjahre.

* (Der erste Christbaumverkauf nach Höchstpreisen.) Auf den zahlreichen offenen Wiener Marktplätzen, die vor Weihnachten in große duftige Tannenhaine umgewandelt sind, ist gestern der erste Christbaumverkauf nach Höchstpreisen eröffnet worden. Die Neuerung hat sich außerordentlich bewährt und trug zu erhöhtem Absatz der starkbegehrten Bäumchen in jeder Größe bei. An jedem Verkaufsplatz waren die Höchstpreise auf einem Plakate, an einer Stange befestigt, deutlich ersichtlich gemacht, wie sie vom Magistrat vorgegeschrieben wurden. Tannen bis zu 1 Meter durften nicht über 2 bis 4 Kronen, bis zu anderthalb Meter 4 bis 6 Kronen kosten. Tannen bis 2 Meter Höhe, die mit dem Ständer schon sehr stattliche Weihnachtsbäume darstellen, mußten zu 6 bis 10 Kronen abgegeben werden. Sowohl Käufer als Verkäufer kamen auf Grund des Höhenmaßes sehr leicht überein, und bloß mit Eintritt der Dunkelheit erwies sich die Preistafel als schwer zu entziffern, da die Beleuchtung eine spärliche war. Da Ueberschreitungen streng bestraft werden, dürfte sich diesmal der Christbaumverkauf ohne übertriebene Verteuerung abwickeln.

Der Kampf gegen die italienischen und französischen Blumen.

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Währing wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen den Verkauf der italienischen Blumen in Wien kehrt, und in dem unter anderem ausgeführt wird: Es sei die empörende und zugleich beschämende Tatsache zu verzeichnen, daß in einzelnen Blumengeschäften Wiens jetzt Blumen italienischer und französischer Herkunft verkauft werden. In Berlin habe der Polizeipräsident gleich nach dem Eintreffen der ersten Sendungen von Blumen aus Italien und Südfrankreich den Verkauf dieser Blumen in den Markthallen einfach verboten. Bei uns werden die Blumen weiter verkauft. Ja die in Berlin nicht an den Mann gebrachten Blumen scheinen jetzt den Weg nach Wien zu nehmen und finden hier Verkäufer und Käufer. Die Bezirksvertretung erwarte vom Marktamt und von den Gewerbebehörden, daß diese alles in ihrem Bereich Mögliche veranlassen werden,

um den Handel mit französischen und italienischen Blumen unmöglich zu machen. Die Bezirksvertretung verlangt aber auch, daß die Polizeibehörde sowie in Berlin sofort einschreite.

Gründung einer Fabrikation optischer Gläser.

Am 21. d. fand auf Einladung des Geheimen Rates Dr. Wilhelm Exner, Präsident des Technischen Versuchsamtes, eine Besprechung hervorragender Fachleute zwecks Erwägung der Möglichkeit der Einführung der Fabrikation optischer Gläser in Oesterreich, deren Mangel und unsere Abhängigkeit vom Auslande sich besonders im Kriege fühlbar gemacht hat, statt. Nach gründlichen Beratungen wurde die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Entwicklung heimischer Fabrikation gewöhnlicher weißer und farbiger optischer Gläser, das heißt für Brillen, Linsen, Kondensatoren usw., anerkannt und zur Durchführung dieser Aufgabe ein Komitee, bestehend aus den Herren Hofrat Eder, Hofrat Prof. Lecher, Fabrikant Ekstein, kais. Rat Reichert und Major Scheiner, gewählt.

24./XII. 1915

873

(Erhöhter Tarif für Glasarbeiten.) Die Genossenschaft der Glaser sieht sich, wie uns mitgeteilt wird, infolge der neuerlich gestiegenen Glaspreise und infolge der Schwierigkeiten der Beschaffung der Rittmaterialien veranlaßt, ab 24. d. einen erhöhten Tarif für Glasarbeiten aufzulegen.

Deutsche Möbel und Geräte.

Von Otto Lademann.

Es ist nicht genügend bekannt, daß wir eine neue Möbel- und Geräteform haben, die allen Anforderungen an heut zeitgemäßen Stil oder zeitgemäße Schönheit vollkommen entspricht. Der ganzen Art nach ist dieses Neue echt deutsch. Schon vor dem Kriege war es da und in kleinem, auserlesenem Kreise bekannt.

Wie sieht diese neue Schönheit aus? Um das zu erkennen, müssen wir uns mit einem Maßstab vertraut machen, den man beim Beurteilen von Möbel- und Geräteschönheiten bisher nie gebraucht hat: es ist dies ein Maßstab für den inneren Wert, die innere Schönheit des betreffenden Dinges. Bisher schätzte man lediglich die äußere Schönheit. Es ist also nun ein ganz neues Moment in die Formenbildung hineingekommen. Man kann sagen, die neuzeitigen Möbel und Geräte haben nunmehr eine Seele bekommen. So fein und reizvoll die überlieferten Möbelformen auch sind, immer war diese Feinheit eine rein äußerliche. Die Schönheit war ihnen nur von außen aufgesetzt. Sie baute sich nicht organisch aus dem Innern heraus auf. Das Wesen des heutigen Neuen hat eigentlich seinen Schwerpunkt darin, die mangelnde innere Schönheit auszubilden. In den feinsten und höchsten Formen stellt sich das Neue so dar, daß die äußerliche Schönheit mit dem inneren Wert des Dinges, also seinen Eigenschaften, seiner Nützlichkeit und Zweckbestimmung im reinsten Zusammenklang steht. Echtheit und Wahrheit ist also eine unerlässliche Voraussetzung des neuen Formengedankens. — Das erstreckt sich natürlich auch auf den ganzen technischen Aufbau des Möbels.

Daß es bei den historischen Stilarten anders gewesen ist, das möchten wir uns an zwei Beispielen klar machen. Betrachtet man einen alten Renaissanceleiderschrank, so zeigt er riesige Gesimse, fabelhafte, wuchtige Türen. Nehmen wir ihn aber auseinander, dann erkennen wir, daß die Wucht nur eine Vortäuschung ist, denn der ganze innerliche Bau, die Seitenwände und die Rückwände, sind oft so dünn, daß man sich fragen muß, ob sie denn ausreichen, um jene schweren Schmußstücke zu tragen. Und fragen wir nach der Nützlichkeit des Möbels, so müssen wir uns sagen, daß die schweren und Platz fordernden Sierate sie unbedingt beeinträchtigen werden.

Wenn wir eine ähnliche Betrachtung bei alten Stühlen anstellen, dann werden wir kaum einen einzigen finden, bei dem alle berechtigten Anforderungen für Bequemlichkeit erfüllt werden. Immer ist die Verzierung, also das, was den Stil ausmacht, in die erste Linie, und die Bequemlichkeit in die zweite Linie gestellt. Ebenso leidet das konstruktive Moment Not. Ein guter, neuzeitiger Stuhl dagegen ist in erster Linie bequem, und alles Notwendige an ihm, die Beine, der Sitz, die Armlehnen, die Rückenlehne ist bis zur größtmöglichen Schönheit der Form gesteigert. Dadurch

entsteht eine uns wunderbar anmutende Schönheit. Es ist die Schönheit des Geistes unserer Zeit.

Wir sehen aber hier das Problem einer ganz neuen Schönheit emporgetaucht. Mit Bewußtheit hat man bisher jedenfalls in der Formengeschichte diese Art Schönheit niemals gepflegt. Man kann sie auch unmittelbare Schönheit nennen, weil sie auf geradem Wege aus dem Wesen selbst herausgeschöpft ist. Alle geschichtlich überlieferte Schönheit ist, bei Geräten und Möbeln, immer eine von außen angebrachte Schönheit gewesen.

Zu dem Bedeutenden, daß wir Heutigen erleben, scheint also noch das zu kommen, daß wir in eine neue formengeschichtliche Epoche einzutreten haben. Und es ist von der allergrößten Wichtigkeit, daß wir uns über das Neue, was werden will und in köstlichen sicheren Anfängen schon da ist, ganz klar werden. Gerade weil seine inneren Werte eine so große Rolle spielen, muß man sich dieser Schönheit voll bewußt werden. Sonst kann man sie im Drange des täglichen Daseins leicht übersehen. Wir sind noch allzusehr die glänzende, wenn auch immer weniger wertvoll gewordene Außenseite der überlieferten Formen gewöhnt, als daß wir ohne weiteres diese neue, einfache, aber um so vieles wahrere Schönheit würdigen können, die keinesfalls geringer ist, als jene.

Dieses Neue ist in deutschen Landen reif geworden, und es ist uns vielleicht einmal beschieden, die Welt diesen Stil zu lehren. Einstweilen werden wir trachten müssen, ihn bei uns selbst zur vollen Reife zu bringen. Seine Art und sein Bestand sind allerdings längst gesichert. Nicht haben wir es hier mit einer Modelaune zu tun. Die besten Kunstler, Architekten, Künstler sollen diesem Neuen dadurch die denkbar beste Anerkennung, daß sie selbst für ihren eigenen Bedarf dazu greifen. Auch unsere gebildete herangewachsene Jugend erkennt ihn aus einem richtigen natürlichen Gefühl heraus an. Er ist entstanden aus den Kämpfen um den neuen Stil

seit 1895. Leider ist so mancher, für Fortschritt in der Formenbildung Begeisterte durch die vielen Absonderlichkeiten, die man in der Formenentwicklung bis heute erlebte, abgeschreckt worden.

Das nun errungene gute Neue zeigt keinerlei Absonderlichkeit mehr. Es ist ganz vernünftig. Es ist vielleicht am ehesten in seinem Neuheren mit dem Biedermeierstil zu vergleichen. Das dem so ist, wäre eine Bestätigung seines Wertes. Denn die folgerichtige geschichtliche Stilentwicklung der historischen Stile ging bis zum Biedermeierstil und riß dann ab. Wer in diesem Stil baut oder sich einrichtet, kann sicher sein, etwas zu bekommen, das keiner Mode unterworfen ist.

Dieses Neue hat Gegner, die es mit dem Worte „Zweckkunst“ abtun wollen. Sie wollen damit sagen, das wäre der Anfang der Rückkehr in die Formenprosa. Das Gegenteil ist aber der Fall. Mag die Möglichkeit der Zwecke an einem Möbel früher eine beschränkte gewesen sein, heut führt die Zweckbestimmung zu mannigfaltigeren Formen, als die historischen Stile sie geben können. Mit dem immer vielspaltiger werdenden modernen Leben ist die Verschiedenheit der Zweckforderungen ins Ungeheure gewachsen.

Das wollen wir uns an zwei Beispielen klar machen. Jeder Beruf, sei es der des Arztes, Offiziers, Rechtsanwaltes, Kaufmannes oder ein anderer, erfordert einen anders gearteten Schreibtisch. Das bleibt aber nicht allein arbeitsstimmend. Der Ort, wo der Tisch hinkommt, die Größe des Raumes, in dem er steht, die Kosten, die für ihn aufgewendet werden können, der persönliche Geschmack des Käufers, alles das sind weitere, grundlegende, artbestimmende Ursachen, von denen jede einzelne für sich selbst bei einer nur kleinen Abweichung ein anderes Aussehen des Möbels bedingt.

Als zweites Beispiel erinnern wir an die große Verschiedenartigkeit der Stühle heut. Wir kennen Speisezimmerstühle, Herrenzimmerstühle, Damenzimmerstühle, Schlafzimmerschreibtische, Stühle zum bequemen Sitzen, zum Ruhen, Kneipstühle, Frisierstühle, Rasierstühle, Schreibmaschinenstühle, und für jeden einzelnen der genannten Stühle gibt es unzählige Varianten, die sich auf ähnlichen Ursachen, wie die für den Schreibtisch angeführten, gründen. Ähnlich steht es mit allen Geräten.

Mehr oder weniger machen allerdings auch diejenigen Möbel, die heut noch in historische Stilformen gekleidet erscheinen, dem geschilderten neuen Stil Zugeständnisse. Der neue Geist kommt auch an ihnen zum Ausdruck. Das ist zu begrüßen. Denn ein derartiger Umschwung der Formen kann sich nicht plötzlich vollziehen. Es wird immer Menschert geben, die sich von liebgeordneten Formen nicht trennen mögen, und wenn sich die Wandlung im Wege der Reform vollzieht, dann wird das Neue desto richtiger werden. Aber auch für sie ist es wertvoll, ja unerlässlich, die Richtung zu kennen, nach der die große Entwicklung geht.

Naturngemäß kommt das Neue der Form des Einzelmöbels auch im ganzen Zimmer zum Ausdruck. Die neue Art einzurichten behandelt den ganzen Raum sinnvoller, als die alte. Die treibende Kraft ist auch hier die gute Gebrauchsmöglichkeit. Sie steht gerade so, wie beim einzelnen Stück, im Vordergrund. Man wird alle Sitze so anordnen, daß man sie, ohne auch nur einen Stuhl bewegen zu müssen, benützen kann. Die Lichtverhältnisse werden aufs Beste ausgenutzt werden. Auch die Farben werden durch eine gewisse Zweckmäßigkeit bestimmt werden. Sie müssen sich dem Menschen, seiner äußeren Erscheinung, so unterordnen, daß sie ihn gut herausheben. Das Schöpfen von Schönheit aus der Nützlichkeit führt indessen auch dazu, die im Raume vorhandenen großen Linien, die durch die Fenster, Türen und Ofen gegeben sind, nach Möglichkeit mit den großen Linien, die die Möbel ergeben, in Einklang zu bringen. Hierbei leisten Bilder eine wichtige Rolle, große oder kleine, Kunstwerke oder Kunstdrucke. Besonders ist hier zu erwähnen, daß Möbel neuer Form sich besser in Beziehung zueinander setzen lassen, als die früheren, die mehr darauf angelegt waren, ein möglichst in die Augen fallendes Sonderstück darzustellen.

Die Befürchtung der Einformigkeit und Starrheit dieses Stiles wird in dem Maße weichen, in dem man sich mit ihm befaßt. Dieser Stil, wenn man ihn so nennen darf, schöpft ja aus dem Leben. Er muß also notwendig ganz lebendig sein. Wenn ihm auch Ornamente fehlen, so fehlt ihm der Schmuck dennoch nicht. Hier tritt wieder ein neues Moment hervor. Das ganze Gerät oder Möbel selbst wirkt als Ornament. Unsere ganze Art, zu sehen, hat sich gewandelt oder ist in der Wandlung begriffen. Vielen Zeitgenossen ist schon längst die Schönheit guter, vollendeter Handwerkszeuge aufgegangen, wie Hammer, Zange, Zirkel. Die Schönheit eines Sportbootes, wie eines gut gebauten Wagens würdigt heut schon ein jeder.

Bei Geräten, wie es Möbel sind, wird man nicht in dem Maße zu einer einzigen, scharf ausgeprägten Endform gelangen, wie bei den vorerwähnten Dingen. Vielmehr wird jeder Entwerfende, wenn er sich auch streng nur an die Nützlichkeit und die Eigenschaften eines Dinges hält, zu anderer, künstlerischer Lösung kommen. Und dennoch kann das Werk von außen bis in seinen Kern hinein ganz wahr und neuzeitig sein.

Je eher diese neuen deutschen Geräteformen von jedermann erkannt werden, desto besser. Hier sind die Anfänge einer großen Formenzukunft.

8.7.1916

85

Die italienischen Blumen.

Einfuhrverbot in Sicht.

Wie wir vernehmen, wird in der allernächsten Zeit, vielleicht schon am morgigen Tage ein Einfuhrverbot für italienische Blumen erfolgen.

Die „Reichspost“ hat wiederholt den Unfug, daß italienische Blumen jetzt auf den Markt gebracht würden, gebatelt.

Mit dem jetzigen Verbot wird hier Wandel geschaffen und auch einer berechtigten Klage unserer heimischen Blumenzüchter Rechnung getragen, die ohnedies mit schweren Opfern arbeiten.

Es ist aber auch vom Standpunkt unserer Finanzen und unserer Valuta dringend erforderlich, daß alle Bezüge aus dem Ausland, die wir uns ersparen können, namentlich solche, die dem Luxus dienen, eingestellt werden, um die Passivität unserer Handelsbilanz nicht unnötig zu erhöhen. Es könnte ganz gut auch ähnlich gegen gewisse Luxusfrüchte und Delikatessen, die für die Volksernährung keine Bedeutung haben, ähnlich vorgegangen werden. Wozu brauchen wir jetzt Früchte aus Italien und Nordafrika und Caviar aus Rußland? Auch diejenigen, die derartiges zahlen können, müssen jetzt, da sie durch den Bezug solcher Auslandserzeugnisse zur Verschleppung unserer Valuta beitragen, sparen lernen.

* (Verbot der Blumeneinfuhr aus feindlichen Staaten.) Die heutige „Wiener Zeitung“ publiziert eine Verordnung der Ministerien der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues, womit das mit Ministerialverordnung vom 14. Mai 1915 erlassene Verbot der Ein- und Durchfuhr für verschiedene Waren, die aus den mit Oesterreich-Ungarn im Kriegszustande befindlichen Staaten oder aus deren Kolonien und Schutzbieten stammen, im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung auf frische Zierblumen (frisches Zierblattwerk, -Gräser, -Zweige usw.) ausgedehnt wird. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Die verbotene Blumeneinfuhr aus dem feindlichen Lager.

Gestern wurde die Verordnung veröffentlicht, nach welcher die Ein- und Durchfuhr von Zierblumen aus den Feindestaaten ab 6. d. M. verboten wird. Die Maßnahme richtet sich hauptsächlich gegen Italien, das im Jahre 1913, als dem letzten Jahre vor dem Kriege, mehr als sieben Millionen Kronen unseres Geldes für frische Zierblumen und frisches Zierblattwerk eingenommen hat. Es betrug nämlich im gedachten Jahre der Gesamtimport an Blumen 6,59 Millionen Kronen, wovon auf Italien allein 6,14 Millionen Kronen entfielen und der Gesamtimport an Zierblattwerk 0,5 Millionen Kronen, wovon 0,46 Millionen Italien zufielen. Es schien uns von Interesse, über die möglichen Wirkungen des neuen Verbotes einige Sachmänner zu befragen. Hofgardeninspektor Anton Umlauf äußerte sich: Das „Durchhalten“ wird unserem Blumenhandel umso leichter sein, als die Saison schon vorgeschritten ist und unsere Treibereien ausreichend Rosen, Flieder, Maiglöckchen usw. liefern können. Vielleicht wird sich das Publikum auch in seinem eigenen Interesse gewöhnen, statt der so sehr vergänglichen Schnittblumen, mehr blühende Topfpflanzen zu kaufen, wie dies in Deutschland schon während des Krieges geschieht. Einer der größten Blumenhändler der Inneren Stadt bemerkt zu der durch die neue Verordnung geschaffenen Sachlage: Ich und meine Kollegen haben schon seit bald einem Monat keine fremdländischen Schnittblumen, insbesondere keine Rosen aus den feindlichen Gebieten mit dem schmugglerischen Umweg über die Schweiz bezogen und waren dennoch keinen Augenblick in Verlegenheit. Es zeigte sich, daß der Import aus Deutschland und Holland, im Verein mit der heimischen Produktion, den Bedarf an Treibrosen, Flieder, Tulpen, Hyazinthen, Maiglöckchen und blühenden Brunussträuchern reichlich deckt. Es kommt hinzu, daß das vornehmere Publikum jetzt mehr wie sonst blühende Topfpflanzen, wie insbesondere Azaleen, Zykamen und Treibflieder kauft und für die Salondécoration verwendet, was noch den nicht zu unterschätzenden Vorteil hat, daß diese Pflanzen sich viel länger wie angeschnittene Zweige im Zimmer halten. Das vornehme Stadtpublikum, das für schöne Ware gute Preise zu zahlen gewohnt ist, wird also auch ohne die verwerfliche Einfuhr aus den feindlichen Ländern dauernd zufriedengestellt werden können. Schwierig könnte nur die Lage der kleineren Blumenhandlungen werden, deren Abnehmer nicht gewohnt sind, bessere Preise zu bezahlen. Durchaus keine Verlegenheit kann das Ausbleiben von frischem Zierblattwerk aus den feindlichen Ländern bereiten. Wir haben insbesondere Lorbeer in unseren südlichen Gebieten geradezu im Uebermaß und der Krieg kann auch für die Folge als Erzieher wirken, wenn wir nicht unnötig Geld an das Ausland für das ausgeben, was wir viel billiger in der Heimat haben.

Das Ordensgeschäft.

Die Praxis der Ordensfabriken.

Es ist diesmal nicht von jenem Ordensgeschäft die Rede, das hin und wieder seinen Platz in der Gerichtssaalrubrik einnimmt, in dem es sich gewöhnlich um geprellte Ordenslisterne handelt. Es gibt nämlich auch ein solides, reguläres Ordensgeschäft, das sich mit der Erzeugung und dem Verkauf der Ordensinsignien beschäftigt. Im Frieden spielte diese Industrie keine sonderliche Rolle. Man sprach zwar auch damals viel von der Ordenssilberschwemmung und dem Jahrmarkt der Ordenseitelkeit, aber an den gigantischen Mäßen des Krieges gemessen, schrumpft der Umfang der Ordensvergebungen im Frieden ins Zwerghafte. Niemand wird es wagen, jetzt von Ordenseitelkeit zu reden, denn die große Mehrzahl der heute verliehenen Auszeichnungen holten sich ihre Inhaber vor dem Feinde, im Feuer schwerer Säubigen und todspeiender Maschinengewehre. Oesterreich-Ungarn verleiht jedem Kriegsdekorierten (wie übrigens auch im Frieden jedem Ausgezeichneten) nicht bloß ein Ordensdekret, sondern beschenkt ihn auch mit dem Ordensabzeichen, das, besonders bei den hohen Orden, mitunter recht kostbar ist. Das ist die Gepflogenheit aller Staaten, die sich diesen kleinen Luxus leisten können, im Gegensatz zu erotischen Staatswesen, die in der Ordensvergebung vielleicht schon deshalb weniger zurückhaltend sein dürfen, weil sie sich wohlweislich hüten, sich für die Dekorierten durch Ankauf des Ordensbildes noch in Unkosten zu stürzen.

Bei uns läßt der Staat seine Ordensabzeichen entweder in der eigenen Münze oder in einer privaten „Ordensfabrik“ herstellen. Diese Ordensfabriken sind Unternehmungen, die mit Hilfe offiziell approbierter Prägestöcke Ordensabzeichen herstellen und diese entweder an den Staat oder auch an Private verkaufen. Denn wenn der Staat auch das verliehene Ordensbild dem Ausgezeichneten schenkt, so gibt es doch noch viele Dekorierete, die im Besitz eines Duplikats sein wollen. Oder es kommt auch vor, daß jemand sein Ordensbild verliert und deshalb ein neues kaufen muß. Und schließlich soll der Hauptgrund, auf dem der private Verkauf von Orden beruht, angeführt sein. Im Frieden legt nämlich der Staat bei den meisten Ordensvergebungen den Erben des Ausgezeichneten die Verpflichtung auf, die Orden rückzuerstatten. Viele Familien wollen nun die Orden des Verstorbenen als Andenken bewahren und sind so gezwungen, Duplikate anzuschaffen.

So machen denn die Ordensfabriken auch im Frieden ein nettes Geschäft. Es hat jetzt angesichts der vielen Kriegsauszeichnungen bedeutend an Umfang gewonnen. Namentlich die unteren Stufen der Kriegsdekorationen werden stark verkauft. Da ist zum Beispiel das Signum laudis. Es wird in Silber oder Bronze hergestellt, und obwohl die Materialpreise von Silber und Bronze recht verschieden sind, besteht doch zwischen einem Signum laudis aus Silber und einem solchen aus Bronze kein großer Preisunterschied. Das eine kostet 12 Kronen, das andere 9 Kronen. Beide scheinen aber dem Laien, immer vom Standpunkt des Materialwerts aus gesehen, preiswürdiger als beispielsweise die preußischen Eisernen Kreuze. Ein

Eisernes Kreuz erster Klasse kostet 15 Kronen, ein Eisernes Kreuz zweiter Klasse 12 Kronen. Und beide bestehen doch bloß aus gestanztem Eisenblech. Ein Artikel, der für die Ordensfabriken sehr lohnend zu sein scheint, sind Ehrenzeichen vom Roten Kreuz. Sie werden bekanntlich an unbescholtene Personen gegen Erlag genau vorgeschriebener Zuwendungen für das Rote Kreuz verliehen. Obwohl nun das Rote Kreuz neben den Dekreten auch die Ordensbilder verleiht, werden doch viele Duplikate verkauft. Man bezahlt ein Ehrenzeichen erster Klasse mit 66, ein Ehrenzeichen zweiter Klasse mit 42 Kronen. Beträchtliche Preise müssen für die höheren Orden bezahlt werden. So kostet ein Ritterkreuz des Leopold-Ordens aus vergoldetem Silber 50 Kronen, ebensoviel eine Eiserner Krone dritter Klasse und ein Offizierskreuz des Franz Josefs-Ordens aus vergoldetem Silber. Die gleichen Orden aus Gold hergestellt stellen sich auf 115, 128 und 190 Kronen. Das häufig vorkommende goldene Verdienstkreuz ist ziemlich teuer, mit der Krone 106, ohne Krone 75 Kronen. Im weiten Abstand davon steht im Preis das silberne Verdienstkreuz; es kostet ohne Krone 20, mit der Krone 24 Kronen.

Alle hier angeführten Preise verstehen sich für die von den Ordenskanzleien vorgeschriebenen Originalgrößen. Ein eigenes Geschäft bildet der Handel mit Ordensminiaturen. Er ist viel ausgebreiteter als der mit den Originalgrößen, da nach Miniaturen viel stärkere Nachfrage besteht. Das war im Frieden so und hat sich während des Krieges nicht geändert. Man darf nicht übersehen, daß das Ordentragen, besonders für Zivilpersonen, im Frieden eine ziemlich umständliche Angelegenheit ist. Bei Repräsentationsfesten war es üblich, daß auch die Herren vom Zivil mit allen Orden erschienen. Es handelte sich dabei um eine alte Übung. Es gibt nun sehr reich dekorierte Personen, denen es schwerfallen mag ihren Frack jedesmal mit einem schließlich ganz ansehnlichen Gold- und Silbergewicht zu behängen. Es entstand so das Bedürfnis nach Miniaturen, die sich rasch einbürgerten. Aus ähnlichen Gründen zeigen auch viele Offiziere eine Vorliebe für Ordensminiaturen. Ein Offizier soll, besonders in der Kriegszeit, immer seine Dekorationen tragen. Es besteht zwar kein in diesem Sinne gehaltenes Verbot, aber da den Kriegsdekorationen nicht nur der Wert einer persönlichen Auszeichnung zukommt, sondern auch der Gedanke zugrunde liegt, den anderen in dem dekorierten Kameraden ein nachahmenswertes Beispiel zu geben, so hat das sichtbare Tragen der Dekorationen hohe moralische Bedeutung. Im Hinterland sowie im Felde empfiehlt sich nun das Anlegen der Originalorden nicht immer. So greifen denn viele Offiziere zu dem Auskunftsmittel, entweder bloß die Ordensbänder oder die Ordensminiaturen zu tragen. So gibt es schon ein Miniatur-Signum laudis. Es kostet, aus Silber hergestellt, 8 Kronen, aus Bronze gefertigt 5 Kronen. Miniatur-Lapferkeitsmedaillen werden um 3 Kronen verkauft. Ein Miniatur-Franz Josef-Orden aus Gold stellt sich, je nach der Größe, auf 22 bis 25 Kronen, eine Eiserner Krone auf 30 Kronen, ein goldenes Verdienstkreuz mit der Krone auf 18 bis 20 Kronen, ohne Krone auf 16 bis 18 Kronen, ein silbernes Verdienstkreuz mit oder ohne Krone auf 7 bis 10 Kronen, je nach der Größe.

Interessant ist die Beobachtung, daß während des Krieges fast gar keine Nachfrage nach Ordenskettchen besteht. Im Frieden spielten sie eine große Rolle. Die Zeit ist eben für dekoratives Gepränge wenig geeignet.

Das Blumeneinfuhrverbot und die Blumenhändler.

Die Verordnung, die die Ein- und Durchfuhr von Blumen, Stiergräsern und Stierblattwerk aus dem feindlichen Ausland verbietet, hat die Genossenschaft der Blumenhändler veranlaßt, gestern beim Bürgermeister vorzusprechen, um die wirtschaftliche Wirkung des Verbotes auf ihren Beruf zu schildern. Eine Abordnung der Blumenhändler begibt heute in derselben Angelegenheit zum Ackerbau-

Spielfartenbedarf im Kriege.

Das offizielle Verbandsorgan der Tabaktrafikanen veröffentlicht Daten über die Spielfartenfabrikation im Kriege. Wie andere Industrien, wurde auch die Spielfartenerzeugung durch die Kriegsveränderungen empfindlich geschädigt. Die Nachfrage nach Spielfarten ging erheblich zurück. Infolge des langandauernden Stellungskrieges aber machte sich bei den Truppen bald ein lebhaftes Bedürfnis nach Spielfarten geltend, die ja, wie nicht leicht ein anderer Zeitvertreib, bezorngt werden. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses ließen sich die Truppenteile selbst aneignen. Um welche Mengen es sich bei dergleichen Aufträgen handelte, kann man daraus ersehen, daß für ein Armeekorps Bestellungen bis zu tausend Dutzend in Betracht kommen. So hat der Krieg auch der Spielfartenfabrikation wieder Arbeits- und Verdienstgelegenheit gegeben.

Die neuen Millionäre.

Zuwelenkäufe.

Spricht man von den neuen Millionären und ihrem Auftreten in der Gesellschaft, ihrem Einfluß auf das Geschäftsleben, so darf nie vergessen werden, daß in der Bezeichnung ebenso die wirklichen, im Kriege frischgebäckenen Millionäre wie der im Kriege entstandene Wohlstand mitinbegriffen sind, der dem Vermögen nach zwar nicht an die Million heranreicht, immerhin aber durch die Kriegskonjunktur soviel profitiert hat, daß er Luxusbedürfnisse entwickeln kann, die er früher nicht gekannt hat. Auf allen Gebieten sucht er möglichst rasch die im Geld Erbgesessenen in der Leppigkeit der Lebenshaltung einzuholen. Er will das frisch erworbene Geld sobald als möglich „genießen“, mietet elegante Wohnungen, kauft Möbel und Teppiche, luxuriöse Kleider und Juwelen. Besonders der Juwelenhandel scheint von ihm Nutzen gezogen zu haben.

Man hat das Gefühl, daß im Kriege der Juwelier kaum eine Existenzberechtigung habe. So dachte man auch in den ersten Herbstmonaten des Jahres 1914. Die Juweliere entließen, als der Krieg ausbrach, ihre Arbeiter, und aus Juwelenfassern, Ring- und Kettenmachern wurden Munitionsarbeiter. Der ganze Aufbau ihres Friedensgeschäftes schien ihnen nichts weniger als guten Geschäftsgang während der Kriegszeit zu versprechen. Denn wovon lebte ein Juwelier im Frieden? Er kannte bloß zwei ständig und ergiebig fließende Quellen: die Hochzeiten und das Weihnachtsgeschäft. Damit war im Kriege nicht zu rechnen. Denn Hochzeiten gibt es heute kaum mehr, sondern bloß Kriegstraunungen. Und was das Weihnachtsgeschäft betrifft, so konnte im August 1914 wirklich niemand wissen, wie es damit fünf Monate später bestellt sein könne. Auch schien es mit der Konjunktur für Serrenschmuck (Krawattennadeln, Manschettenknöpfe usw.) in Anbetracht der vielen Einrückungen für längere Zeit vorbei.

Es kam aber anders. Der Krieg dauerte einige Monate, und die ersten Juwelenkäufer traten auf. Ganz vereinzelt und schüchtern zunächst, dann aber immer stärker, und schließlich konnten die Juweliere einen Absatz verzeichnen, wie er selten da war. Trotzdem es fast gar kein Hochzeitsgeschäft gab, von dem man doch vorher nahezu ausschließlich gelebt hatte. Woher kamen die neuen Käufer? Es lohnt die Mühe, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Man hat sie zur Hälfte beantwortet, wenn man die von allen Juwelieren übereinstimmend gegebene Auskunft verzeichnet, daß es ein Juwelengeschäft fast ausschließlich bloß in den Geschäften des Stadtzentrums gab. Die Juweliere in den Vorstädten schnitten dagegen schlecht ab. Das heißt so viel, daß nur teure Juwelen gekauft wurden, daß dagegen die mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung keinen Geldüberschuß hatten, den sie in billigen Schmuck umsetzen konnten. Und diese Beobachtung wird durch eine zweite ergänzt, daß die im Krieg aufgetretenen Käufer teurer Juwelen durchweg „neue Gesichter“ waren, die Homines novi des Krieges. Sie kauften viel und zahlten gut. Nicht bloß um sich oder ihre Frauen zu schmücken, sondern auch zu — Anlagezwecken. Das Gold ist seit Kriegsbeginn im Preis um mehr als fünfzig Prozent gestiegen, Brillanten sind um 25 Prozent teurer als vor dem Krieg, Perlen ebenfalls um 25 Prozent. Da finden sich viele, die damit rechnen, daß die Steigerung noch fortauern wird und „Erwartungskäufe“ machen. Sie scheinen dabei sogar eine recht feste „Meinung“ zu haben, denn es läßt sich denken, daß der Juwelier heute für die Fassonierung eines Schmucks schon deshalb einen höheren Betrag einsehen muß, weil er die Arbeitskraft teurer bezahlen muß als im Frieden. Aber es wird trotzdem viel gekauft. Die Vorliebe für Perlen, die schon in den letzten

Friedensjahren herrschte, ist womöglich noch gestiegen. In größeren Kollier- und Diademarrangements fehlen nirgends die Perlen, wir finden sich auch in Ringen und Broschen, umgeben von blühenden und glitzernden Brillanten oder farbigen Edelsteinen. Man darf sogar sagen, daß vielleicht noch nie so viel Kunst und Mühe aufgewendet wurde, den kostbaren Steinen eine kunstvolle Fassung, dem Arrangement eine so sublimen Form zu geben, wie jetzt. Wir sehen Ovalbroschen, aus Hunderten von Steinen zusammengesetzt, und jeden einzelnen davon in „geschlossener Fassung“ (so lautet der fachtechnische Ausdruck im Gegensatz zu der früher üblichen, weniger feinen Arbeit), so daß es geradezu peinlich ist, an die unsägliche Mühe zu denken, die der Goldarbeiter hier aufwenden mußte. Prachtvoll stellen sich die farbigen Blumenkristallbroschen mit Edelsteinumrahmung dar, und tausendfach bricht sich das Licht an den Steinen und Steinchen der jetzt modernen Phantasieringe. Daneben tauchen prachtvolle Kameen auf. Lange Zeit war diese edle Form des Ringes fast verschollen. Der Krieg hat sie wieder an die Oberfläche gebracht. Es scheint, daß der gute Einfall einiger Einjähriger den Anstoß dazu gegeben hat. Die jungen Leute sollten eben ins Feld und beratschlagten, wie sie dem Kommandanten der Offizierschule ihre dankbare Gesinnung bezeigen könnten. Sie bestellten nach langem Beraten bei einem Juwelier der Innern Stadt eine höchst originelle Kamee: auf dem feldgrauen Grund eines Ovals ist der aus einer Muschel geschnitten Kopf unseres Kaisers sichtbar, der Rand des Ovals mit kleinen, flimmernden Brillanten besetzt. Seither sieht man solche Kaisergemmen, mit dem Kopf unseres Kaisers oder auch mit dem Doppelbild der Herrscher der zwei verbündeten Kaiserstaaten. Diese Kameen sind übrigens die einzigen kostbaren Schmuckstücke mit Anlehnung an einen patriotischen Gedanken geblieben. Was sonst auf diesem Gebiet hergebracht wird, ist größtenteils der Arbeit wie dem Material nach mehr oder weniger Talmt.

[Wiener Blumen.] Seit geraumer Zeit ist nun das Verbot der Einfuhr von Blumen aus dem feindlichen Ausland in Kraft. Geht man aber an den Auslagen unserer großen Blumenhandlungen vorbei, so merkt man wahrhaftig nicht, daß irgend eine Aenderung gegen früher eingetreten ist. Noch immer leuchtet es da in den wunderbarsten Farben, noch immer lockt und grüßt herrliche Blumenpracht, noch immer bleibt man bewundernd vor geschmackvoll arrangierten Blumenstücken stehen, ohne mitunter zu wissen, wie alle diese übergroßen weißen, blauen und roten Blüten heißen und woher sie stammen. Die Inhaberin eines ersten Wiener Blumenhauses, an die wir uns mit der Frage gewendet haben, woher sie jetzt ihren Bedarf an schöner, seltener und kostbarer Flora nehme, konnte uns eine sehr beruhigende Antwort geben: „Wir denken gar nicht daran, das so sehr berechtigete und lobenswerte Einfuhrverbot zu übertreten, umso weniger, als wir das durchaus nicht notwendig haben. Alle diese Blumen stammen einfach aus unseren in der Nähe von Wien gelegenen Glashäusern und von dort stammten sie auch in früheren Zeiten, als man aus dem Süden Blumen beziehen konnte und durfte. Die italienischen Blumen, die nach Wien kamen, waren zum größten Teil Massenware, die korbweise zusammengepackt hertransportiert wurde und erst durch künstliche Mittel, besonders aber mit Zuhilfenahme des Drahtes zu einigem Aussehen gebracht werden konnte. Wirklich kostbare Blumenstücke können aus solchen Importen gar nicht hergestellt werden, dafür sind eben unsere Warmhäuser da, in denen die köstlichsten Blumen und Blüten gezogen werden. Und ich darf heute wohl verraten, daß auch die „berühmten“ Nivieraveilchen, die nach Wien kamen, zum allergrößten Teil entweder Wiener Treibhausware oder Beilchen aus dem Süden unserer Monarchie waren. Die Rosen allerdings, die im Winter auf offener Straße und in kleineren Läden verhältnismäßig billig verkauft wurden, waren aus Norditalien eingeführt. Nein, so wie uns unsere Feinde auf keinem Gebiet aushungern konnten, so können sie uns auch nicht die Freude an den Blumen verderben. Die berühmte Wiener Gärtnerkunst verjagt auch unter den schwierigsten Verhältnissen nach anderthalb Kriegsjahren nicht.“

Geschmacklose Kriegsindustrie.

Kriegsandenken, wie sie nicht sein sollen.

Zu Beginn des Krieges wurde bekanntlich eine Unzahl von Kriegserinnerungen auf den Markt geworfen. In Reiseandenken, die findige Geschäftsleute in Zeiten, da die Welt noch nicht vom Kriegslärm widerhallte, zu Millionen erzeugt hatten, gab es keinen Umsatz mehr, da sich das Reisen aufgehört hatte. Dafür kamen nun Hunderttausende von Medaillen, Eisernen-Kreuznachbildungen und Kriegsandenken auf den Markt, die, wie wir es beispielsweise in der „Kriegshilfs“-Ausstellung beobachten können, zum Teile recht hübsch ausgeführt waren. Unser Kriegshilfsamt hat dem Geschmack und dem Takte in den zahlreich von ihm hergestellten und geförderten Erzeugnissen in dankenswerter Weise Rechnung getragen, es entstanden aber in der Privatindustrie, die unter dem Titel von Kriegsandenken Geschäfte macht, Erzeugnisse, sogenannte „patriotische Geschenke“, die von einem vollständig irregeleiteten und verbildeten Geschmacksempfinden Zeugnis gaben.

Wenn man durch die Vorstadtgäßchen oder über die Hauptstraßen der Großstädte geht und die Aushängelampen oder die in der blendenden Lichtfülle vielerziger Ostramlampen strahlenden Schaufenster mustert, findet man jene sonderbaren Geschenke, die sich durch einen am falschen Platze zur Schau gestellten Patriotismus beliebt machen wollen, zu Hunderten. Während die Mehrzahl dieser bedauerlichen Erzeugnisse einer großen Zeit in ihrer Ritzigkeit als verhältnismäßig harmlos angesprochen werden kann, offenbart sich in andern wieder grobe Gefühllosigkeit. Was würden beispielsweise die deutschen Soldaten im Felde dazu sagen, wenn sie den Anflug sähen, der jetzt in der Heimat mit ihrem Ehrenzeichen, dem Eisernen Kreuz, oder mit dem grausigen Mordwerkzeug unserer Tage, der Granate, getrieben wird? Es gibt heute kaum noch einen Schmuck oder Gebrauchsgegenstand des täglichen Lebens, auf dem man diese beiden Symbole des Krieges nicht finden kann. In Dresden ist eine Ausstellung solcher Kriegsgeschmacklosigkeiten zusammengebracht worden. Da gibt es Kinderbälle, Kuchentassen, Bonbons, Zeller, Seifen, Parfümfläschchen usw., die alle das Eiserne Kreuz tragen. Sogar auf dem Grunde von Aschenbechern

schimmert das Kreuz. Man schaudert ordentlich: des Kriegers Bier von gedankenloser Hand unter Asche begraben... Den Gipfel der Geschmacklosigkeit bilden aber das Gelbhemd, ein Nachtgewand, dessen Knopfleiste nicht weniger denn sieben (!) in Dunkelblau fein säuberlich gewebte Eiserne Kreuze „zieren“, sowie Waschlappen und Servietten, daran sich ein ungewaschener Mund abwischen kann. Muß sich ein Krieger, der sich in blutigem Kampfe sein Ehrenzeichen errungen, nicht vor Zorn aufbäumen, wenn er erfährt, wie daheim durch solche Gedanklosigkeit der Wert seiner Auszeichnung gemindert wird?

Eine Geschmacklosigkeit sondergleichen spricht auch aus den zahlreichen Nachbildungen der Granaten. Die Verwendung der Form von Schrapnell und Granaten zu Salztreuern, oder von Fliegerbomben zu Sparbüchsen ist noch harmlos gegen die Benützung derartiger Mordwerkzeuge als Blumenvasen. Geradezu abscheulich aber ist die Verbindung des furchtbaren, menschenmordenden Geschosses mit dem kindlichen Gedankenkreis unserer Jüngsten in Form von Spielzeug aller Art, als da sind Quietschpuppen, Stehaufmännchen oder Musikboxen, die beim Drehen des zur Kurbel umgewandelten Zünderkopfes ausgerechnet noch „O Straßburg, Du wunderschöne Stadt“ in blühen Tönen herverklimpern lassen. Daß man die Bilder unserer Heerführer als Verzierung auf Taschenspiegeln, Radiergummis, Zigarrenkisten usw. anbringt, ist auch nicht besonders geistvoll. Würdelos aber ist die Verbindung unseres Kaisers oder des Feldmarschalls Erzherzog Friedrich mit einer Aschenschale, die in großer Uniform die Zigarrenstummeln bewachen oder gar Handtücher und Scheuerlappen zieren.

Auch auf anderen Gebieten wuchert der Ritz der geschäftstüchtigen patriotischen Kriegsindustrie in üppiger Blüte. Man betrachte nur einmal viele der Erinnerungs- und Nachrufblätter für gefallene Krieger. Welche Geschmacklosigkeit spricht aus den aus Pappmaché oder Zelluloid gepreßten Rahmen und grellfarbigen Ranken oder den grob ausgeführten Schlachtenbildern und Engelsgestalten, die den Text einfassen.

Man könnte die Liste der geschmacklosen Kriegsgegenstände noch erheblich verlängern; aber es mag genügen, die obigen als Warnung für das kaufende Publikum angeführt zu haben. Und es wäre erfreulich, wenn jeder bei seinen Einkäufen sich selbst davon Rechenschaft gäbe, ob der eingekaufte Gegenstand auch wirklich dem guten Geschmack entspricht oder ob er mit ehrwürdigen Dingen, vielleicht aus reiner Gedankenlosigkeit, seinen Spott treibt.

3. II. 1916

3
8

Die Wiener Blume im Kriege.

Blumen waren bis zum anerkannten Rossmobolstänmen, die wir im lebenswürdigsten Bolapül: in Duft und Farbe, zu uns sprechen ließen. Mit einemal ist auch das anders geworden: die Politik, die an den zartfümmigsten Beziehungen rüttelt, hat sich auch da geltend gemacht. Im Sommer gab es der Blumen in gewohnter Pracht und Fülle, dann kam der Herbst und half aus mit seinen bunten Beeren und fahlen Laubblättern, und die Weihnachten brachten uns mit Tannengrün und Mistel die Grüße der Natur ins Haus. Zu Neujahr aber machte sich das Ausbleiben der südlichen Flora, wie Rosen, Nelken, Veilchen, Mimosen, bemerkbar. Die zunächst Beteiligten, die Blumenhändler und Blumenverkäufer, hätten es vorausgesehen, daß der Krieg uns auch von unsern holden Lieblingen trennen würde; aber nun kam es auch hier wie in so vielem, was diese schicksalumgestaltende Zeit mit sich brachte, dazu, daß Wien, auf sich selbst angewiesen, so trefflich versteht, sein bestes Können anzukraften und in sich schlummernde Kräfte zu erwecken und zu verwenden. Und siehe da, wie immer, wenn diese Stadt so vieler schöner Möglichkeiten allen Ernstes etwas will, ergaben sich auch da allerhand Entdeckungen, wieviel zu leisten ist, wenn man sich selbst genügen kann!

Die großen Gärtnereien vor den einstigen Toren Wiens, wie sie da in den Bezirken Döbling, Grünzing, Floridsdorf und Strebersdorf verteilt sind, gingen voran; die Handelsgärtner folgten mutig nach. Die Blume, die darf selbst in ernster Zeit dem Wiener nicht fehlen; sie gehört — wie das Lied — zu ihm, zu seiner Stadt. Und es ging, es geht über alle Erwartungen gut! Sich davon zu überzeugen genügt ein Spaziergang durch die Straßen, wo die großen Blumenzentralen ihre Niederlassungen haben und die Schaufenster nach wie vor, jedes für sich, einer kleinen Ausstellung gleichen. Da sind die wie Märchen aussehenden Orchideen, deren Kultur in den österreichischen Warmhäusern lange schon so gepflegt wird, da sind fabelhafte Prachtexemplare von Azaleen, so wie sie einst nur in der Abgeschlossenheit der Schönbrunner Palmhäuser anzutreffen waren. Und weil eben die Rosen und Nelken fehlen, hat man sich mit noch größerer Vorliebe den altmodischen Freudenrinnen zugewendet. Man fängt ja auch wieder an, den hausförmigen Rod zu tragen! Die Spazintke ist wunderschön, wenn sie zwischen grau und lila blaut, und vornehm in elfenbeinweiß, Tulpen gibt es die Menge. Margelöckel und Anemone ist Trumaf; man sieht reizende Zusammenstellungen in Weiß und Gelb. Mode ist das Bergischmeinnicht geworden; nachdem man so lange in der Verschwendung der auserlesenen und von weit her gebrachten Blüten geschwelgt hat, ist man gern wieder einmal zu ihnen zurückgekehrt. Wie die kleine Naive oft erfrischend wirkt nach den großen Heroinnen — wie das Volkslied nach dem Epos oder gar ein stiller Weg in die Natur nach einem Bacchanal — brauchen domert die Weltgeschichte; man glaubt gar nicht, wie jung solch ein gewaltiges Leben selbst erlahmte Herzen wieder macht und wie schmerzhaft herbei kongetumt Gerch-

mentalität wieder aufersteht. Und da denkt man, häufiger sogar als zu andern Zeiten, an die Blumen. Sie gehen mit uns durch's Leben und wir mit ihnen. Wir Frauen können sie uns nicht wegdenken von allem, was uns je das Dasein lieb machte; und die Wienerin gar scheint ein besonderes Anrecht auf sie zu haben. Es ist nicht Wiener und es ist nicht österreichische Art, Gefühle laut hinauszufubeln oder -zulegen. Die Träne wird hier immer ein Lächeln verschämt verhüllen, das Lächeln rasch die Träne begleiten. Da greift man leicht nach einer Blume: 'komm', sag' du's.

Charakteristisch für unsere Art ist es, daß Oesterreich nie eine dynastische Blume genannt hat, wie etwa die Bourbonen ihre königliche Lilie oder die Napoleoniden das Veilchen. Unsere Geschichte weist auch nicht, wie die englische, Gleichnisse auf mit der Rose, „blutgetränkt die rote wie die weiße“, die von York und die von Lancaster. Nein das alles ist nicht österreichisch und wienerisch schon gar nicht. Wiens Tüchtigkeit kommt meist von ihm selbst unbemerkt hervor, wie von ungefähr, ganz aus sich selbst heraus. In aller Stille und ohne daß viel Aufhebens davon gemacht würde, regen sich in unsern Gärtnereien Hunderte von Händen, um den Anfall der „zugerüsteten“ Blumen, die an den feindlichen Grenzen blühen, weltzumachen, und zwar ist diese neu entstandene Notwendigkeit zugleich eine Einnahmsquelle vor allem für Frauen geworden, die ihre Männer, die Väter ihrer unversorgten Kinder, im Kriege haben. Die Rosen, die blüht schon, die auf unwahrscheinlich langen Stielen ihre üppigen Köpfe neigten, sind nicht zu haben, die gracilen gelben Mimosen durchhauchen unsere Zimmer nicht mehr mit ihren Düften. Aus Deutschland kommt nur sporadisch die kostbare Nelkenorte, aus Holland der traumhaft zarte weiße Nieder zu uns. Und das Veilchen bleibt uns fast ganz aus, denn das hatten wir, reizvoll dunkel und eigenartig wie keines hierzulande, in G. Ö. Geduld, es wird schon wiederlehren! Mittlerweile entwickelt sich rings um Wien ein wahrer Wetteifer, all den freundlichen Jauler für immer bodenständig zu machen, und dabei wird Arbeit gegeben und durch sie Not gebannt. Da soll die Wiener Blume denn nur hervor, und auch die nicht vergessen werden, die aus den Körben der Straßenverkäuferinnen beim Vorbeigehen den Blick erbittet. Wenn es wieder von heldengroßen Siegen durch die Straßen Wiens hallt, die Fahnen in den milden Wintertag hineinflattern und uns neue Hoffnung, neue Zuberfücht, neuer Dank für unsre Braven erfüllt — und das alles ist ja mir viel ewigem Leid untermischt, das erst recht nicht ausgelagt werden kann — dann wollen wir nach den Wiener Blumen greifen: komm, sag's du...

Marie v. Glazer.

Die elektrotechnische Industrie im Kriege.

Wenn man bedenkt, welche hervorragende Rolle der Elektrizität in der modernen Kriegsführung eingeräumt ist, so wird man zu glauben geneigt sein, daß die elektrotechnische Industrie auch zu jenen Gewerbezweigen gehört, für die die heutige Zeit eine „Konjunktur“ bedeutet, und doch ist dies nur in beschränktem Maße der Fall. Wohl ist der Bedarf der Heeresverwaltung an den verschiedenartigen elektrotechnischen Erzeugnissen ganz gewaltig, und in Feld und Garnison, in Arsenalen und Festungswerken, Unterkünften und Gefangenenlagern, in Lazaretten und Spitälern, Verteidigungswerken und Schützengräben, in den Häfen und auf den Schiffen, überall werden elektrische Maschinen, Apparate, Lampen, Scheinwerfer, Telefone und Telegraphen und allerlei sonstige Konstruktionen benötigt. Aber auch die zahllosen anderen Fabriken, die für Heereszwecke arbeiten, die Waffen und Munition, Kleidung und Wäsche, Ausrüstungen für Mann und Roß, für Küche und Bagage verfertigen und tausenderlei sonstige Bedürfnisse von Armee und Marine zu befriedigen haben, mußten ihre Beleuchtungsanlagen vergrößern, ihre Antriebsmaschinen verstärken, ihre Kraftwerke ausbauen oder sich an große Elektrizitätszentralen anschließen und brachten infolgedessen der elektrotechnischen Industrie bedeutende Aufträge zu, insbesondere auf Maschinen, aber auch auf Bedarfsartikeln aller Art, auf Kabel und Drähte, Lampen und Beleuchtungskörper, Fernsprech- und Telegraphenanlagen u. dgl. mehr.

Zunmerhin genügt dies alles doch nicht, um die zahlreichen ausgedehnten Fabrikanlagen der Branche gleichmäßig zu beschäftigen und insbesondere den Großfirmen, die ja in normalen Zeiten mehreren tausend Arbeitern Brot geben, Ersatz für den ausfallenden Friedensbedarf zu gewähren. Man vergewärtigt sich nur, was die Herstellung nur eines großen Elektrizitätswerkes oder einer elektrischen Bahn für Hände in Tätigkeit setzt, welche Summe von Arbeit dafür im Bureau und am Rechenbrett, in den Werkstätten und Lagern geleistet werden muß, welche riesige Mengen Materials zu veredeln sind, welche Fülle von Arbeitsmaschinen und Werkzeugen dafür ununterbrochen, meist Tag und Nacht, in Bewegung sind, und bedenke, daß zum Beispiel die Oesterreichischen Siemens Schudert-Werke allein in Friedensjahren mehr als 30 solcher Werke bauen, über 100 erweitern, mehrere Bahnen herstellen und viele Hunderte von Einzelanlagen für Beleuchtungs- und Kraftübertragung dem Betrieb übergeben, abgesehen von den umfangreichen Lieferungen an Maschinen, Transformatoren, Leitungsmaterialien und allen sonstigen Erzeugnissen der Starkstromtechnik. Dann wird man erkennen, daß die Bedürfnisse des Krieges unmöglich den Ausfall an Friedensarbeit ausgleichen konnten. Einen gewissen Ersatz bot den großen wie kleineren Werken die Erzeugung und Appretur von Munition, Geschossen, Patronen, Granaten, Bomben u. dgl. Im Anfang war die Herstellung dieser außerhalb des Rahmens des üblichen Arbeitsgebietes liegenden Artikel wenig oder gar nicht nutzbringend, da die Preise von der Heeresverwaltung auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen festgesetzt waren. Allmählich aber stellten sich die Selbstkosten dadurch günstiger, daß die Arbeiter in der ihnen bisher fremden Manipulation eine größere Geschicklichkeit erwarben und deshalb ihre Leistungen erheblich steigern konnten, sowie daß die Produktion erheblich wuchs und die sehr kostspieligen Einrichtungen sich dadurch rascher amortisierten. — Selbst Fabriken, die der Metallbearbeitung sonst sehr ferne stehen, wie Glühlampenfabriken, haben sich mit Erfolg auf die Herstellung von Munition geworfen. So kam es, daß in der zweiten Hälfte des verfloßenen Jahres wohl die meisten elektrotechnischen Fabriken voll beschäftigt waren; manche arbeiteten sogar in drei achtstündigen Schichten.

Soweit die Geschosfabrikation in Frage kam, machte die Beschaffung von Arbeitern geringe Schwierigkeiten, da gelernte Leute hierfür von der Militärbehörde freigegeben, manche auf Grund des Kriegsausleistungsgesetzes zur Verfügung gestellt wurden; hingegen fehlt es an Arbeitern für die nicht unmittelbar militärischen Zwecken dienende Produktion, und vielfach mußten Frauen auch für solche Arbeiten eingestellt werden, die früher Männern vorbehalten gewesen sind, wie zum Beispiel Bohren, Drehen, Fräsen usw. Die Arbeitslöhne stiegen besonders für gelernte Arbeiter, an denen immer Mangel ist, jedoch auch für unqualifizierte Männer und Frauen; die verteuerte Lebensführung ließ sie aber dieses Vorteils nicht froh werden. Schlechter war jedenfalls das Beamtenpersonal daran, denn die Kriegszulagen, die ihm von vielen Firmen einschüchternde Weise gewährt wurden, konnten bei weitem nicht die Verminderung der Kaufkraft des Geldes wettmachen, andererseits ließ auch die Leistungsfähigkeit vielfach nach, da die durch die Einberufungen verursachten Lücken insbesondere an leitenden Persönlichkeiten nicht leicht auszufüllen waren. Auch bei den Elektrizitätswerken und elektrischen Bahnen trat das gleiche Uebel zutage; als Kuriosität sei erwähnt, daß bei einer elektrischen Vollbahn in den Zeiten der größten Belastung der Direktor samt Sohn und Tochter sogar Lokomotivführerdienste leisten mußte.

Von den Elektrizitätswerken haben jene, zu deren Abnehmern Kriegsindustrien zählen, eher günstigere Ergebnisse gezeitigt als in normalen Jahren; die anderen hatten infolge der Einschränkung des Stromverbrauches sowohl bei Licht- als auch bei Kraftanlagen sowie der erhöhten Reagenzien und der Unmöglichkeit, das Mehr an Selbstkosten auf ihre Abnehmer zu über-

wälzen, bedeutenden Schäden. Der Mangel an Treiböl für Diesel-Motoren, der im ersten Kriegsjahr manchen Zentralen große Sorge bereitete, ist seit der Befreiung Galiziens einigermaßen behoben, hingegen sind Schmieröle derart im Preise gestiegen, daß sie heute in den Bilanzen der Zentralen eine gewichtige Rolle spielen. Ueberhaupt hat die elektrotechnische Industrie keinen leichten Stand bei der Beschaffung der für sie unentbehrlichen Rohmaterialien, wie Kupfer, Messing, Blei und Zinn, Hart- und Weichgummi, Textilstoffe, gewisser Chemikalien, wie Kupferbitriol für Elemente u. dgl.; soweit es sich um unmittelbare Seereslieferungen handelt, ist die Freigabe der beschlagnahmten Materialien unschwer zu erreichen; anders aber, wenn Bedarf für Private in Frage kommt. Soweit es ging, hat man sich mit Surrogaten beholfen; insbesondere haben sich Eisenleitungen, teilweise auch Zinkdrähte, trotz gewisser technischer Schwierigkeiten gut eingeführt, ebenso wie Papierisolationen u. dgl. m.

Der Handelsverkehr mit elektrotechnischen Artikeln aller Art hat im allgemeinen abgenommen, zumal der Bedarf der Zentralen und Installationsfirmen hinter dem normalen weit zurückblieb. Einen gewissen Einfluß übte hierbei auch die Entwertung der österreichischen Wäluta aus; da in den letzten Friedensjahren die Importe elektrotechnischer Artikel mit rund je 35 bis 40 Millionen Kronen beziffert wurden, so kann man annehmen, daß das Disagio in den achtzehn Kriegsmonaten unserer Branche mehr als 20 Millionen Kronen gekostet hat, denn wenn auch die Einfuhr dem nachlassenden Bedarf entsprechend sich verringert haben dürfte, so ist doch dagegen zu berücksichtigen, daß unsere deutschen Lieferanten, den steigenden Eigenkosten entsprechend, erhebliche Teuerungszuschläge zu berechnen gezwungen gewesen sind. Daß der Export außer nach Deutschland vollkommen in Fortfall kam, ist selbstverständlich; besonders hart trifft das die Glühlampenindustrie, die sonst für sechs bis sieben Millionen Kronen Waren ausführt und die ja jetzt vom Weltmarkte vollkommen abgesperrt ist. Die holländischen Glühlampenwerke haben sich beeilt, ihre Erbschaft anzutreten und sie wird viel zu tun haben, um nach Friedensschluß die verlorenen Märkte wieder zurückzugewinnen. Im allgemeinen betrachtet die elektrotechnische Industrie ihre Aussichten nach Beendigung des Krieges als nicht ungünstig, denn die Stauung des Bedarfes ist so gewaltig, daß, wenn die Hemmnisse einmal zu bestehen aufhören, eine Flut von Aufträgen ihr zufließen muß. Große Sorge aber bereitet weitblickenden Industriellen die Frage der Beschaffung des allmählich ganz aufgebrauchten Rohmaterials nach Wiedereröffnung der Grenzen, denn wenn sie den einzelnen Unternehmungen überlassen bleibt, werden Spekulation und Wucher die Häden in die Hand bekommen. Das bedeutet aber für lange hinaus eine unabsehbare Erhöhung der Produktionskosten und damit eine nicht wieder gutzumachende Schädigung des inländischen Konsums sowie den Ausschluß unserer Industrie vom Weltmarkte. Es ist unbedingt notwendig, daß rechtzeitig eine eigene großzügige Organisation für den Einkauf aller Materialien geschaffen wird, bei denen wir aufs neutrale oder feindliche Ausland angewiesen sind, und zwar am besten vom Staate selbst, zumindest aber unter seiner scharfen und sachgemäßen Kontrolle, wenn möglich sogar im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, denn sonst könnten unserer Industrie Wunden geschlagen werden,

deren Heilung bei weitem schwerer sein dürfte als die, die ihr vom Kriege selbst beigebracht worden sind.
Emil Gontigmann.

29. II. 1916

8

(Grundfragen der Elektrizitätspolitik.)

Ueber dieses Thema sprach kürzlich Dr. Heinrich Schreiber in einer zahlreich besuchten Vollversammlung des Elektrotechnischen Vereines. Er berührte zunächst die wiederholten Versuche zur gesetzlichen Regelung des Elektrizitätswesens, in welchem jedoch neue Wirtschaftsprobleme aufgetaucht seien. Diese Probleme betreffen die zweckdienlichste Wirtschaftsform für die Erzeugung und den Absatz der Energie, deren Vielgestaltigkeit sich bisher in privat-, öffentlich- und gemischtwirtschaftlichen Gebilden abstuft, jetzt aber durch den Gedanken des öffentlichen Strommonopols gekrönt werden soll. Dievon oder doch zumindest von der Einführung einer Steuer auf elektrisches Licht und motorische Arbeit wird eine ergiebige Stärkung der staatlichen Einnahmequellen erhofft, was dem Vortragenden den Anlaß bietet, diese Tendenzen näher zu befehen und vom privatwirtschaftlichen Standpunkt einer eingehenden Kritik zu unterziehen. Hieran schloß sich die Behandlung des Tarifproblems, an dem der Fortschritt der Elektrotechnik selbst gerüttelt hat, weil die berechnete Konsumentenforderung nach sozialen Tarifen nur erfüllt werden kann, wenn auch die Preiskomponente gewürdigt wird, die der fallenden Tendenz der Verbrauchseinheit in der steigenden Tendenz der Herstellungskosten ihr Gegengewicht bietet. Auch dürfen die wirtschaftlichen Grundgesetze von Angebot und Nachfrage und die eigenartige Struktur des Stromlieferungsvertrages nicht übersehen werden. Letzten Endes verdienen die Bestrebungen nach engerem wirtschaftlichem Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich auch seitens der Elektroindustrie alle Beachtung, zumal die weltbeherrschende deutsche Elektrizitätsindustrie seit jeher vielfache finanzielle und technische Beziehungen zum heimischen Elektrizitätswesen besitzt. Hieraus ergibt sich, daß die Parolen, im Kriege durchhalten und im Frieden bundesstreu zusammenhalten, auch für die Elektrizitätsindustrie hüben wie drüben die Richtlinien ihrer Wirtschaftspolitik markieren.

Reichstarifvertrag für das Malergewerbe.

N Berlin, 1. März, (Priv.-Tel.) Man schreibt uns: Da der im Jahre 1913 abgeschlossene Tarifvertrag für das Malergewerbe am 15. Februar ds. J. sein Ende erreichte, wurden auf Anregung des Staatssekretärs des Innern bereits einige Monate vorher mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden Unterhandlungen über eine Erneuerung des Tarifvertrages eingeleitet. Die beteiligten Verbände erklärten sich sämtlich bereit, unter Mitwirkung der Reichsregierung in gemeinsame Beratungen einzutreten. Es fanden darauf Ende Januar im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Direktors der sozialpolitischen Abteils Caspar Verhandlungen statt, die auch zu einer Verständigung führten.

Beteiligt an den Verhandlungen waren der Hauptverband der deutschen Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, von den Arbeiterorganisationen der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands (Sitz Hamburg), der Centralverband christlicher Maler und verwandten Berufen angehörigen Stände (Sitz Düsseldorf), der Gewerbeverein der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands, Hirsch-Dunder (Sitz Berlin). Diese Verbände waren an dem im Jahre 1913 abgeschlossenen Tarifvertrage beteiligt. Außerdem nahmen an den Verhandlungen ein Vertreter des Bundes deutscher Dekorationsmaler (Sitz München) teil.

Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Den Arbeitnehmern wird eine Kriegsteuerzulage bewilligt. In Orten mit einer Arbeitszeit von 9 und weniger Stunden in Höhe von 6 Pfg. pro Stunde, mit mehr als 9 Stunden 5 Pfg. pro Stunde. Die Zulage ist vom 1. März d. J. ab zu zahlen. Arbeiter, die am 1. März d. J. eintreten, erhalten die Zulage ebenfalls. Im Uebrigen ist der Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe vom Jahre 1913 und der Vertrag mit dem Bunde der deutschen Dekorationsmaler vom gleichen Jahre verlängert worden bis zum 15. Februar 1917. Sollte bis Ende des Jahres 1916 Deutschland noch mit einer europäischen Macht im Kriege stehen, dann verlängern sich die Verträge bis zum 15. Februar 1918.

Nachdem die beteiligten Verbände inzwischen zu der Eini-gung Stellung genommen, sind nun bei dem Reichsamt des Innern Zustimmungserklärungen von allen Verbänden eingegangen und damit ist der Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe zustande gekommen. Der Westdeutsche Malermeisterverband, der im Jahre 1913 dem Tarifvertrage nicht beigetreten war, ist zwar auch jetzt dem neuen Vertrage nicht beigetreten, er hat sich jedoch bereit erklärt, den Arbeitnehmern Kriegsteuerzulagen in derselben Höhe, wie sie der Tarifvertrag vorsieht, zu den vom Verbannde gezahlten Löhne zu gewähren.

* [Japanische Konkurrenz in Spielwaren.]
Von einer Mitgliedsfirma des Verbandes Sächsischer Industrieller wird der Sächsischen Industrie der nachstehende Auszug eines Briefes, den die Firma vor kurzem von einem amerikanischen Geschäftsfreund erhalten hat, zur Verfügung gestellt: „Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Kaps ein riesiger Faktor im Spielwarengeschäft werden, und die draußen allgemein verbreitete Meinung, daß die japanischen Waren infolge ihres orientalischen Geschmacks und ihrer minderwertigen Qualität nie sehr populär werden würden, stimmt nicht mehr. Seit Anfang des Krieges haben die Engländer und nicht minder die Amerikaner ihr möglichstes getan, die japanische Industrie zu heben. Man sieht wahrhaftig Spielsachen, die den deutschen so täuschend nachgebildet sind, daß man sie verkennt. In alle möglichen Industrien sind die Herren jetzt hineingekommen. Am erstaunlichsten für mich ist wohl der Umstand, daß die Leute dort jetzt so hübsche mechanische Blechspielwaren machen; ich habe verschiedene Artikel gesehen, die ich für deutsche hielt, bis ich hörte, daß die Ware aus Japan stammt. Die guten Deutschen haben sich seinerzeit herzlich gefreut, als die gelben Herren so großes Interesse an allem möglichen zeigten, und haben ihnen alles, was sie wissen wollten, auf die Nase gebunden, ihnen Fabriken eingerichtet und alle möglichen Fabrikationsgeheimnisse verraten usw. Jetzt haben sie das Resultat davon. Eine andere Branche, die meiner Meinung nach jetzt durch den Krieg für Deutschland verloren geht, dürfte die der Zelluloid-Spielwaren sein. Dieses Zeug scheint sich ganz besonders für die japanische Fabrikation zu eignen, denn der Hauptbestandteil, Kampfer, kommt ja von dort, respektive Formosa. Außerdem ist viel Basterei daran, Sandmalerei usw., und dies können die Japaner natürlich sehr billig machen.“

Festsetzung der Preise für Schulhefte.

Der Landesschulrat für Tirol hat an die Direktoren der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten und der Bürgerschulen sowie an die Leitungen der allgemeinen Volksschulen in Tirol unter anderem folgenden Erlaß gerichtet: Die neuerdings eingetretene Verteuerung des Papiers und die Herstellungskosten machen es notwendig, bis auf weiteres für neu aufgelegte Volks- und Bürgerschulhefte nachstehende Preise festzusetzen: für Volksschulhefte Nr. 1 bis Nr. 5 pro Stück 10 Heller, Bürgerschulhefte Nr. 1, 2, 3, 4 und 6 jedes Stück 18 Heller, Bürgerschulhefte

Nr. 5 das Stück 22 Heller. Um eine Mehrausgabe möglichst zu vermeiden, wird die Anordnung neuerlich wiederholt, den Gebrauch von Heften auf das notwendigste zu beschränken und die Hefte vollends auszunützen. Die Hefte sind auf allen Seiten vollständig auszuschreiben. An den Schulen und Klassen, in denen Schiefertafeln in Verwendung stehen, ist hiervon ausgiebigster Gebrauch zu machen. Unter den obwaltenden Verhältnissen ist die größte Sparjamkeit geboten.

8. III. 1916

92

(*Erweiterung der Holzbeschaffung.*) In einer kürzlich in Wien abgehaltenen Versammlung der österreichischen Forstvereine wurden Entschlüsse angenommen betreffend die Sicherung der Holzbeschaffung, der Rindenbeschaffung und der Holzgewinnung. Die ersterwähnte Entschliessung lautet:

1. Die notwendige Holzbeschaffung und Fortführung der Holzschlaggerung ist nur möglich, wenn sofort für einen geregelten Fuhrwerksbetrieb zur Abfuhr der im Walde aus den Schlaggerungsjahren 1913, 1914 und 1915 lagernden Hölzer vorgesorgt werden kann. Demgemäß wäre der Stand der im Besitz von Zivilpersonen, welche sich mit der Holzverfrachtung beschäftigen, befindlichen Zugpferde weder durch Assentierung, noch durch Einberufung zur Kriegsdienstleistung zu verringern. Alle jene Pferde, welche zum Holztransport benötigt werden, sollen über Einschreiten der Pferdebesitzer zum Holztransport möglichst wieder zurückgestellt werden.

2. Die Holzverfrächter, Knechte und Wirtschaftsbesitzer wären für die Zeit, während welcher sie sich mit dem Transport von Forstprodukten beschäftigen, über Ansuchen ehestens vom Heeresdienst zu entheben oder zu beurlauben.

3. Es ist dafür vorzusorgen, daß im Wege der Futtermittelzentrale die Versorgung der Holzfrächter mit Futtermitteln regelmäßig erfolgt. Die private Beschaffung von Futtermitteln aus dem Ausland und ihre Einfuhr ist nicht nur nicht zu verhindern, sondern tatkräftigst zu unterstützen. Im Falle Mangel an Futter drohen sollte, wäre die k. k. forstliche Versuchsanstalt in Maria-brunn zu veranlassen, sofort Versuche über die Erschließung der im Splintholz und Reisig vorkommenden Nährstoffe zur Streckung der Futtermittel in Angriff zu nehmen und ehestens zum Abschluß zu bringen.

4. Wenn in besonderen Fällen zivile Fuhrwerke gar nicht oder nur in unzureichendem Maße zu größeren Holztransporten zur Verfügung stehen, möge die Heeresverwaltung über begründetes Ansuchen die nötigen Militärfuhrwerke gegen volle Vergütung tunlichst beistellen.

5. Bei Zuteilung von Konfinierten aus den verschiedenen Lagern und von Kriegsgefangenen durch die Heeresverwaltung wäre den Wünschen der Waldbesitzer möglichst entgegenzukommen. Die entgeltliche Zuteilung von Lebensmitteln für den Unterhalt der Kriegsgefangenen an die Arbeitsgeber aus den Provianturen der Kriegsgefangenen- oder Konfinierungslager wäre zu ermöglichen.

6. In Fällen, wo Kriegsgefangene oder Konfinierte nicht zugewiesen werden können, wären Militärmannschaften im Wege der Kommandierung von den Ersatzkörpern den ansuchenden Waldbesitzern zur Verfügung zu stellen.

7. Die Enthebung oder Beurlaubung des zum Betriebe unentbehrlichen Forstwirtschaftspersonales und der qualifizierten Arbeiter wäre über begründetes Ansuchen zu verfügen.

8. Der Instanzenzug wäre tunlichst abzukürzen und die Erledigung der Gesuche zu beschleunigen. Die Behandlung der Gesuche seitens der Behörden wäre einheitlich zu gestalten.

Mangel an Pappe.

Die Rohwaren zur Erzeugung von Kartonnagewaren haben in letzter Zeit wieder eine bedeutende Preissteigerung erfahren. Außerdem ist infolge der großen Transportschwierigkeiten Mangel an Pappe und sonstigen wichtigen Materialien eingetreten, so daß mit teilweisen Betriebseinschränkungen und zeitweise gänzlicher Einstellung der Kartonnagefabrikation gerechnet werden muß. Die neuerliche Preis-erhöhung beträgt bis zu 50 Prozent.

* (Weitere Erhöhung der Kartonnagenpreise und Produktionsreduzierung.) Die Rohwaren zur Erzeugung von Kartonnagewaren haben in letzter Zeit wieder eine bedeutende Preissteigerung erfahren. Außerdem ist infolge der großen Transportschwierigkeiten Mangel an Pappe und sonstigen wichtigen Materialien eingetreten, so daß mit teilweisen Betriebseinschränkungen und zeitweise gänzlicher Einstellung der Kartonnagefabrikation gerechnet werden muß. Die neuerliche Preiserhöhung beträgt bis zu 50 Prozent.

17. III. 1916

95

Die ungarischen Pferderennen.

Eine offizielle Erklärung.

Budapest, 16. März. (Privattelegramm.)
Wie der Leiter der Pferdezucht im ungarischen Ackerbauministerium Baron Julius Podmaniczky einem Berichterstatter gegenüber erwähnt hat, stimmt die ungarische Regierung dem Ansuchen der ungarischen Pferderennvereinigungen, in entsprechenden Zeiträumen Pferderennen veranstalten zu dürfen, mit dem Vorbehalte zu, daß die Vereinigungen, ins solange auf den Kriegsschauplätzen nicht solche Änderungen eintreten, die die Regierung zu einer andern Entschliebung bewegen könnte, ungehemmt die Rennen abwickeln können, doch bedarf die Abhaltung eines jeden Meetings einer besonderen Erlaubnis.

Die Regierung hat den Rennvereinigungen auch Totalisatorlizenzen gewährt und die Zustimmung dafür erteilt, daß bei den Rennen Buchmacher funktionieren. Betreffend die städtischen Wettbureauz ist noch keine endgültige Entscheidung erlossen.

22. III. 1916

96

* (Preiserhöhung bei den rein natürlichen Heilquellen.)
Am 14. d. fand eine außerordentliche Vollversammlung des Vereines der rein natürlichen Heilquellen Oesterreichs in Wien statt, in welcher beschlossen wurde, bei den rein natürlichen Heilquellen eine Preiserhöhung eintreten zu lassen.

* **Höchstpreise für Eis.** Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung die Höchstpreise für Eis wie folgt festgestellt: bei Abnahme von über 25 Kilogramm an der Verkaufsstelle (Eisfabrik oder Grube) pro 100 Kilogramm S. 2.70, ins Haus gestellt S. 3.70; bei Abnahme von 25 oder weniger Kilogramm an der Verkaufsstelle pro Kilogramm 3 Heller, ins Haus gestellt oder auf der Straße und im Geschäft gekauft pro Kilogramm 4 Heller. Diese Preise werden demnächst mittels Affichen publiziert werden.

Harzgewinnung in Deutschland.

Der Kriegsaussschuß für Oele und Fette teilt uns mit:

Durch die Unmöglichkeit weiterer Importe aus dem Auslande waren im Herbst 1915 die harzverbrauchenden Industrien Deutschlands, zu der die Munition-, Papier-, Seifen-, Lack- und Farben-, Dachpappen-, Schuhkreme-, Harzleim- und Harzöl-, sowie sämtliche Harzproduktfabriken gehörten, vor die läbliche Awanaslage gestellt, ihre Betriebe schließen zu müssen, falls es nicht gelingen würde, Harz auf andere Weise zu beschaffen. Der Reichskanzler vertraute daher durch Erlaß vom 29. Oktober 1915 den Kriegsaussschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette damit, die Harzgewinnung in Deutschland und den okkupierten Gebieten zu betreiben, um die dringendsten Bedürfnisse der notleidenden Industrien befriedigen zu können. Die Generalverwaltung stellte im Hinblick auf den Herdbruch zu erwartenden Erfolge größere auf Stapel genommene Mengen Harz, das für spätere Zeiten vorbehalten war, der Industrie zur Verfügung, um ihr über die Zeit bis zum Sommer 1916 hinweg zu helfen.

Dem Kriegsaussschuß ist es nach mehrmonatlichen gründlichen Vorarbeiten und Versuchen, statistischen Feststellungen und der Untersuchung der östlichen Okkupationsgebiete gelungen, sowohl die Bundesregierungen wie auch die Verwaltungen in den okkupierten Gebieten zu veranlassen, große Bestände über 80jährige, also in den nächsten Jahren schlagbarer Kiefernwaldungen für die Harzgewinnung frei zu stellen. Bei den Versuchen waren sowohl das französische Vecherverfahren, wie auch das amerikanische und das von Oesterreich geübte Verfahren angewandt worden; die Versuche erstreckten sich auch auf ein

von Herrn Forstmeister Dr. B u s s e angewandtes Bohrverfahren. Auf Grund der Erfahrungen kann nunmehr das sogenannte Grandbohrverfahren sowie insbesondere für Privatforstbesitzer das Bohrverfahren empfohlen werden, da letzteres eine hohe Ausbeute bei möglichst geringem Bedarf an Werkzeugen und wenigst kostspieligen Vorarbeiten verspricht. Der Kriegsaussschuß hat bezüglich der Beschaffung der Werkzeuge Abschlüsse mit leistungsfähigen Firmen vorgenommen, die ihn in die Lage versetzen, die Instrumente zu billigsten Einstandspreisen abzugeben. Ein von ihm verfaßtes Merkblatt über die Arten der Harzgewinnung, das jedem Interessenten kostenfrei zur Verfügung gestellt wird, hat in vielen tausend Exemplaren bereits Verbreitung in Deutschland gefunden.

Nach Erlebiana der Vorarbeiten, die bis Mitte April durch Männer erfolgt sein müssen, beschränkt sich die Arbeit der Harzgewinnung auf die Tätigkeit von Frauen und Kindern. Fortwährendes Bearbeiten der Bäume, der frischen Wunde nämlich, ist die erste Hauptbedingung für ein rationelles Arbeiten, da nur dann die deutsche Kiefer zur dauernden Harzabgabe angeregt wird, während anderenfalls der Harzfluß baldigst versiegen würde und die aufgewandten Kosten in einem groben Mißverhältnis zu dem Erlöse stehen würden. Dieses Nachplätzen der Wunden muß nach Möglichkeit alle drei bis vier Tage geschehen. Wird unter Beobachtung dieses Grundsatzes gearbeitet, dann wird auch der Ertrag ein solcher sein, daß die vom Kriegsaussschuß ausgesetzten Preise von 75 M. für Balsambarz und 50 M. für Scharrharz den Waldeigentümern einen guten Gewinn verbürgen dürften. In der Presse veröffentlichte Mitteilungen über bei der Harzgewinnung entstandene Kosten waren nicht ohne weiteres nachzuprüfen; sie haben jedenfalls nur historischen Wert, da es ganz selbstverständlich ist, daß bei der Vornahme von Versuchen im Kleinen in anderer Weise gewirtschaftet wird, als bei einem als zuverlässig erkannten und dann zielbewußt ausgeführten Verfahren. Die Kosten der Versuchsharzungen bei Chorin haben entgegen anderen Mitteilungen nach Angabe des Preussischen Landwirtschaftsministeriums für den Hektar 160 M. bei einer Ausbeute von zwei Doppelzentnern betragen. Diese Versuchsarbeiten hatten aber insbesondere darunter zu leiden, daß mit der Bearbeitung der Bäume nicht sachverständig vorgegangen wurde, und daß infolge dessen der Ertrag an Balsam- und Scharrharz wochenlang ein ganz geringes blieb, bis durch Hinzuziehung von Sachverständigen grundsätzliche Fehler bei der Bearbeitung erkannt wurden und bis von diesem Tage an sich die Erträge um das Vielfache hoben, so daß selbst unter diesen ungünstigen Umständen bei einzelnen Bäumen noch eine Ernte von drei Kilo und mehr erzielt werden konnte.

Die Beteiligung aller Privatforstbesitzer ist notwendig und schleuniges Entschließen und Beginnen der Vorarbeiten erforderlich, um auch auf diesem Gebiete einen wirtschaftlichen Sieg zu erzielen, d. h. um der harzverbrauchenden Industrie Deutschlands, die viele 100 000 von Arbeitern beschäftigt, den festgestellten Kriegsbedarf von etwa 250 000 Doppelzentnern Kiefernholz (Kolophonium) verschaffen zu können.

Der Kriegsaussschuß, Rohharzabteilung, ist zu allen weiteren Auskünften gern bereit, und bittet dringend, daß ebenso wie die Regierungen und die Kommunen in großzügiger Weise ihre sehr umfangreichen Bestände zur Verfügung gestellt haben, auch jeder Privatforstbesitzer in des Vaterlandes Interesse in seinen Beständen harrgen läßt.

Deutschland wird dann wiederum auf einem wichtigen Gebiete völlig unabhängig von der Zufuhr vom Auslande werden, wie es sich während des Krieges auch auf anderen Gebieten durch seine Wissenschaft und Organisationskraft auf eigene Füße gestellt hat.

1. IV. 1916

99

**Beschlagnahme von Altgummi
und Gummiabfällen.**

Mit dem 1. April 1916 ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Altgummi, Gummiabfällen und Regeneraten, in Kraft getreten, durch die eine größere Anzahl in der Bekanntmachung im einzelnen aufgeführter Sorten von Altgummi und Gummiabfällen sowie Regeneraten beschlagnahmt worden ist. Trotz der Beschlagnahme bleibt jedoch ein Verkauf der Gegenstände an die durch schriftlichen Auftrag ausgewiesenen Beauftragten der Kautschuk-Abrechnungsstelle in Berlin statthaft. Die Namen der Aufkäufer werden veröffentlicht werden.

Die beschlagnahmten Gegenstände unterliegen auch einer Meldepflicht. Die erste Meldung hat bis zum 10. April 1916 für den bei Beginn des 1. April d. J. vorhandenen Bestand, unter Benutzung der amtlichen Meldeformulare für Altgummi und Gummiabfälle, zu erfolgen, für die Vorbrücke bei den Postanstalten 1. und 2. Klasse erhältlich sind. Außerdem ist über die Gegenstände ein Lagerbuch zu führen.

Es ist zu beachten, daß von dieser Bekanntmachung alle natürlichen und juristischen Personen betroffen werden, sofern die in Betracht kommenden Vorräte das Gewicht von einem Kilo überschreiten. Die für die Gummiabriken und Regenerierbetriebe durch Einzelverfügungen getroffenen Anordnungen bleiben jedoch unberührt.

Gleichzeitig werden durch eine zweite, ebenfalls am 1. April 1916 erschienene Bekanntmachung, betr. Höchstpreise für Altgummi und Gummiabfälle, für alle durch die oben erwähnte Bekanntmachung beschlagnahmten Arten Höchstpreise festgesetzt, die bei dem Verkauf von Altgummi und Gummiabfällen an die Kautschuk-Abrechnungsstelle eingehalten werden müssen.

Der Wortlaut beider Bekanntmachungen ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Sammelt Altgummi.

Durch die Bekanntmachung Nr. 2354/1. 16 RRM betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Altgummi, Gummiabfällen und Regeneraten vom 1. April 1916 sind sämtliche Altgummis und Gummiabfälle — mit Ausnahme von Gegenständen, die sich noch im Gebrauch befinden — beschlagnehmbar. Da schon Vorräte in Höhe von mehr als 1 Kilogramm beschlagnehmbar und meldepflichtig sind, ist anzunehmen, daß in fast jedem Haushalt, in jedem landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe, diese Mindestmenge in unbrauchbaren Gummischuhen, Fahrraddecken, Fahrradschläuchen, Gaschläuchen, Pumpenkappen und andern Gummiswaren aller Art vorhanden ist. Ratsam ist, daß jeder in seinem Haushalt und Betrieb Umschau hält und allen Altgummi umgehend der mit dem Ankauf betrauten Stelle übergibt. Auf diese Weise wird verhindert, daß Altgummi irgendwo im Winkel verderben, und ihrem Zweck, der gesamten Gummiswirtschaft zu dienen, entzogen werden. Jeder denke daran, daß er hiermit eine vaterländische Pflicht erfüllt. Auch kleinste Mengen werden angekauft. Die für die Abfälle zu gewöhnlichen Preise sind durch besondere Verordnung festgelegt. In kleineren Gemeinden können diese Abfälle gesammelt und in einer Menge der mit dem Ankauf betrauten Stelle übergeben werden. Nach der Beschlagnahme-Bekanntmachung müssen die Abfälle der Kautschuk-Abrechnungsstelle Berlin W 9, Mauerstraße 25, oder deren Beauftragten verkauft werden. Diese Stelle hat die nachstehend aufgeführten Altgummifirmen mit dem Ankauf der Altgummiabfälle in Preußen und den Bundesstaaten (außer Bayern) betraut.

Martin Jacobsohn, Berlin NW, Alimoabit 95.
Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen.

Fr. Walt Müller, Dresden, Leipziger Str. 8. Königreich Sachsen, Sachsen-Weimar-Eisenach, Altenburg, Coburg-Gotha, Meiningen, Neuß, Schwarzburg-Rudolstadt.

Meyer u Co. Lübeck. Schleswig-Holstein, Pommern, West- und Ostpreußen, Posen, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz und Lübeck.

Gebr. Salomon, Hannover. Hannover, Westfalen, Oldenburg, Braunschweig, Waldeck (Pyrmont), Lippe, (Detmold- und Schaumburg-Lippe), Hamburg, Bremen.

S. Salomon, Minden i. Westfalen. Rheinprovinz, Birkensfeld.

H. Herzheimer, Flörsheim a. Main. Großherzogtum Hessen, Elsaß-Lothringen, Württemberg, Baden, Hessen-Nassau, Hohenzollern, Waldeck (Krossen).

Eugen Perle, Breslau, Dessauer Straße 8. Schlesien.

Für das Königreich Bayern werden die Aufkäufer noch besonders benannt.

11. IV. 1916

101

Fichtenharz.

Dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette wird
aus folgendes mitgeteilt:

Nachdem durch Erlaß des Reichskanzlers vom 29. Oktober 1915 dem
Kriegsausschuß die Gewinnung von Harz in Deutschland und
den okkupierten Gebieten übertragen worden war, hat der Kriegs-
ausschuß sofort eine umfangreiche Propaganda zwecks Sammlung von
sogenanntem Wildharz in die Wege geleitet, deren Ergebnisse der
deutschen Industrie bereits zugute kommen könne. Es sind schon be-
trächtliche Mengen aus Fichtenscharharz gewonnenes Kolophonium
verfügbar, weitere Mengen des Produktes fallen dem Kriegsausschuß
laufend an. Das fertige Fichtenharz eignet sich gut für die Seifen-
fabrikation, die Herstellung minderer Papierforten, für die Brauerpech-
Dachpappenindustrie, sowie für sämtliche andere Harzprodukte, und in
beschränktem Umfange für die Lackindustrie. Anmeldungen auf Zu-
teilungen sind an die Harzabrechnungsstelle, Berlin NW 7,
Unter den Linden 68A, zu richten.

Kündigung des Buchbindertarifs.

Stuttgart, 11. April. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Buchbinderverband hat den mit dem Verbanne Deutscher Buchbindereibesitzer geschlossenen, am 30. Juni dieses Jahres ablaufenden Dreistädte-Tarif für Berlin, Leipzig und Stuttgart, unter dessen Bedingungen rund 12 000 Personen arbeiten, gekündigt. In den wegen der Verlängerung des Tarifes gepflogenen Verhandlungen war die vom Buchbinderverbande beantragte Gewährung einer Teuerungszulage auf 15 Proz. für alle Zeitlöhne der Arbeiter und 20 Prozent für Arbeiterinnen sowie eines Aufschlages von 15 Prozent für alle Akkordarbeiter vom Unternehmerverbande als unmöglich bezeichnet und nur die Bewilligung eines Zuschlages von 5 Pfg. auf die Minimallohne der Gehilfen und 3 Pfg. auf die der Arbeiterinnen zugesagt worden.

* (Kühlungsanlagen für Kriegszwecke.) Die Kälteindustrie, deren Ausgestaltung erst in den allerletzten Jahren erfolgte, die sich in eben dieser Zeit immer neue Arbeitsgebiete zu erwerben wußte und die in der Lebensmittelversorgung der kommunalen und staatlichen Organisation der gewichtigste Faktor für den Ausgleich zeitweiliger Störungen in der Zufuhr geworden ist, hat gerade im Kriege ihre Möglichkeiten zu entfalten vermocht. Hier ist vor allem die ganz besondere Inanspruchnahme der Kälteindustrie für Sprengstoff- und Schießpulverfabrikation die Munitionskühlung und für die Einrichtung von Festungen hervorzuheben, die der Kälteindustrie eine erweiterte Bedeutung geschaffen hat. Die bei der Schießpulverfabrikation nötige Verarbeitung der Nitroglycerinsäure verlangt, wie Ludwig Girsch in der „Chemikerzeitung“ ausführt, zur Verminderung der Explosionsgefahr eine Abkühlung auf mehrere Grad unter Null. Der ebenfalls dabei gebrauchte Alkohol und das Azeton müssen schon vorher mit Kälte behandelt sein. Ebenfalls zur Vermeidung der Selbstentzündung, die bei den jetzt meist angewandten rauchlosen Pulverforten sehr leicht eintritt, werden die Munitionskammern der Kriegsschiffe mit Kältemaschinen abgekühlt, wie sie nun auch in den Tropen ein Versagen unmöglich machen und von den gewöhnlichen Kompressionskältemaschinen stark abweichen. Die gleiche Schiffskühlanlage versorgt auch die Provianträume mit den entsprechenden niedrigen Temperaturen, erhält das Trinkwasser frisch und erzeugt Kunsteis für Küchen- und sanitäre Zwecke. Große Anlagen wurden in den letzten Jahren allmählich in den Festungen eingerichtet, die im Falle einer Belagerung mithelfen können, durch Konservierung leicht verderblicher Nahrungsmittel die

Verteidigung zu stärken und die den Bau großer Lebensmittelspeicher erst gestatten. Rußland hatte Grodel, Nowo-Georgijewsk und Brest-Litowsk in dieser Beziehung glänzend ausgestattet und hatte für Romno bei Kriegsbeginn bereits eine große Kälteanlage in Deutschland stehen, die nun die umgekehrte Frontstellung einnimmt. Rumänien konnte die durch mangelnde Ausführungsmöglichkeit aufgestapelten Lebensmittelvorräte ohne seine bedeutenden Gefrieranlagen in Galatz und Turn-Severin nur schwer erhalten. Die gesamten Stappengebiete, die festen und fahrenden Lazarette haben ebenfalls den Bau großer Anlagen für die Eiszeugung veranlaßt, die für die Hygiene im Felde von größtem Einfluß sein können.

Das Waschen der Wäsche wird teurer.

Die Genossenschaft der Wäscher, Wäscheputzer und Wäscherollenbesitzer teilt mit, daß mit diesem Monat bei allen Arbeiten ein Preisaufschlag von 30 Prozent eintritt. Motiviert wird die Maßnahme mit der Preissteigerung aller Reinigungsmaterialien, die zum Beispiel bei den wichtigsten Artikeln, wie Seife, Soda, Borax, Stärke, bis zu 300 Prozent erreicht hat. Die Herstellungskosten konnten bei den bisherigen Preisen nicht mehr erzielt werden, so daß zahlreiche Geschäftsinhaber zur Schließung der Betriebe genötigt waren.

Der Handel mit Gerbstoffen.

Die heutige Nummer des Amtsblattes enthält drei Regierungsverordnungen, welche sich auf den Handel und Verkehr in Gerbstoffen (Eichen- und Fichtenrinde, sowie Knoppeln) und die Festsetzung von Maximalpreisen für diese Artikel beziehen.

In der ersten Verordnung wird ausgesprochen, daß Diejenigen, die Eichen- und Fichtenrinde produzieren oder mit diesen Gerbstoffen handeln, ihre Vorräthe vom 1. Mai angefangen jeden Monat der Ledercentrale zu den festgesetzten Maximalpreisen offerieren müssen. Wenn die Centrale binnen vierzehn Tagen auf die Waare nicht reflektirt, kann über dieselbe frei verfügt werden. Lederfabriken und Gerber können ihre Vorräthe für ihren eigenen Bedarf verwenden.

Die zweite Verordnung verfügt, daß an Lederfabriken und Gerber nur die Ledercentrale Knoppeln verkaufen darf. Die Knoppelnproduzenten dürfen ihre Vorräthe nur an Händler verkaufen. Sämmtliche Vorräthe sind der Centrale anzumelden und haben die Händler ihre Vorräthe vom August an jeden Monat zu den festgesetzten Maximalpreisen der Ledercentrale zu offerieren. Wenn diese innerhalb vierzehn Tagen auf die Waaren nicht reflektirt, können die Eigenthümer darüber frei verfügen. Zur Beförderung von Knoppeln oder Rinden mittels Bahn oder Schiff sind Transportcertifikate erforderlich.

Die dritte Verordnung setzt die Maximalpreise für Rinden und Knoppeln fest, und zwar:

Fichtenrinde prima per 100 Kilogramm:	
in Bündeln	K. 30
gebrosen	„ 36
gemahlen	„ 38

Eichenrinde, mindestens 50 Prozent prima enthaltend

in Bündeln	K. 30
geschnitten	„ 32
gemahlen	„ 34

Knoppeln für ungarische Waare (mit Ausnahme der Komitate Barasb, Zagreb, Modrus, Fiume, Lika-Arbava und Körös)

per 100 Kilogr.

	I	II	III
	55.—	41.—	27.—

für andere Provenienzen 45.— 32.— 23.—

Gerbstoffextrakte nach jedem Prozent Gerbstoffgehalt per 100 Kilogramm:

Eichenextrakt	K. 4.80
Kastaniextrakt	„ 4.80
Fichtenextrakt	„ 5.25

Die zur Beförderung der Knoppeln nöthigen Säcke, sowie bei Expedition in offenen Waggonen die Theerdecken hat auf Wunsch der Verkäufer die Centrale beizustellen. In den Maximalpreisen sind die Zufuhrgebühren zur Aufgabestation, sowie die Einlagerungsspesen mitinbegriffen. Für Fässer dürfen höchstens 30 Kronen, für deren Leihgebühr höchstens 5 Kronen aufgerechnet werden. Sämmtliche Verordnungen beziehen sich auch auf Kroatien-Slavonien.

Ein Komplott gegen die deutsche Autoindustrie.

Die Zentralkstelle für Ausführungsbewilligungen in der Fahrzeug-Industrie, die den gesamten Export in Automobilen, Fahrrädern und Teilen davon kontrolliert, gibt das folgende, beinahe ungläubliche Vorgehen der feindlichen Handelspolitik bekannt, das bestimmt ist, unserer Automobilindustrie die geringen, noch übriggebliebenen Absatzmöglichkeiten in den nordischen Ländern vollständig zu beschränken und sie dort von dem Markt zu verdrängen. Da dieses Vorgehen, wie unsere Feinde den Handelskrieg betreiben, geradezu typisch ist, glauben wir, die Mitteilung der genannten, vom Reichsamt des Innern eingesetzten Zentralkstelle der Deffenlichkeit übermitteln zu sollen:

Englische, französische und — amerikanische Gummifabriken, also reine Privatunternehmen, die vor dem Kriege in Deutschland Niederlassungen besaßen, an Deutsche für viele Millionen verkauften und sicher nach dem Kriege wieder bei uns Geschäfte zu machen gedenken, suchen neuerdings die gesamte neutrale Handelswelt in einer Weise zu knebeln, wie sie rücksichtsloser nicht gedacht werden kann. Ihr Ziel ist, nicht nur die deutsche Reifenindustrie vom Welthandel abzuschließen, sondern auch die deutsche Automobilindustrie lahmzulegen.

So ungläublich dies auch klingen mag, so einwandfrei geht es jedoch aus den im Original vorliegenden Verkaufsscheinen der betreffenden ausländischen Gummifabriken hervor. In diesen werden den Automobilhändlern im neutralen Ausland Bedingungen auferlegt und ihnen über den Weiterverkauf Vorschriften gemacht, die es ihnen bei hoher Strafe (in Dänemark z. B. 5000 Kronen für jeden einzelnen Reifen) unterstagen, an einen Deutschen oder einen Angehörigen der Deutschland verbündeten Mächte weiterzuverkaufen. Ja, noch mehr: auch an jeden Neutralen, der einen deutschen oder österreichischen Wagen führt, darf nicht weitergeliefert werden. Das ist nichts weiter als eine beabsichtigte Lahmlegung des Exportes der deutschen Automobilindustrie nach neutralen Ländern.

Um die Tragweite dieser Handlungsweise richtig beurteilen zu können, bringen wir nachstehend kurz einen Auszug der betreffenden Verkaufsvorschriften, die jeder Händler im neutralen Ausland vor Erhalt eines Reifens unterschreiben muß:

§ 3.

Ich darf weder verkaufen noch zum Verkauf anbieten, sei es direkt oder durch andere, eine Decke oder Schlauch an Personen deutscher, österreichischer, ungarischer oder türkischer Nationalität.

§ 4.

Ich darf keine Decke oder Schlauch auf einen Wagen montieren, der deutschen, österreichischen oder ungarischen Fabrikates ist, falls der Verkauf oder die Lieferung nach dem ersten Mai 1915 stattgefunden hat.

§ 5.

Ich darf weder verkaufen noch zum Verkauf anbieten, sei es direkt oder durch andere, eine Decke oder Schlauch zur Montierung auf einen Wagen deutschen, österreichischen oder ungarischen Fabrikates, falls der Verkauf oder die Lieferung nach dem ersten Mai 1915 stattgefunden hat.

§ 6.

Ich darf weder eine Decke oder Schlauch verkaufen oder zum Verkauf anbieten an Besitzer von Wagen deutscher, österreichischer oder ungarischer Fabrikation, die vor dem ersten Mai 1915 geliefert sind, solange ich nicht die Ansprüche der Besitzer von Wagen aus britischem, französischem, belgischem, italienischem, russischem oder neutralem Fabrikate befriedigt habe.

§ 12.

Falls ich eine Klausel der vorhergehenden Paragraphen übertrete, verpflichte ich mich (z. B. in Dänemark), eine Summe von 5000 Kronen für jede Decke oder Schlauch zu bezahlen, die unter Bruch der vereinbarten Punkte von mir verkauft sind.

Also: die Händler im neutralen Auslande müssen Bedingungen unterschreiben, die in ihrer Schärfe alles in den Schatten stellen, was bisher auf dem Gebiete des Handelskrieges geleistet wurde. Und nicht nur gegen Deutsche richtet sich die Schärfe, sondern auch gegen jeden Neutralen, der einen deutschen Wagen im Besitz hat. Diese Verfehlung soll er büßen, soll im Gebrauch eines Fahrzeuges gehindert werden; denn nach dem Vorlaut und der in obiger Kaufverpflichtung angedrohten Konventionalstrafe von 5000 Kronen für jeden Reifen gibt es keinen einzigen Händler, der ihm auch nur einen Reifen liefert. Und das in neutralen Ländern, wie z. B. Holland, Dänemark, Schweiz usw.

Und wer sind die Gummifabriken, die gegen alles Deutsche in dieser Weise vorgehen?

Die französischen Firmen Michelin und Saulois.

Die englischen Firmen Dunlop und Sirbar.

Die „neutrale“ amerikanische Firma Goodrich.

Viele deutsche Automobilisten führen früher diese Reifen; mancher hat sie noch heute auf seinem Wagen. Es wird eine Zeit kommen, wo wir alle wieder friedlichen Geschäften nachgehen. Dann werden jene Firmen bei uns erscheinen und für gutes deutsches Geld an Deutsche verkaufen wollen. Haben sich die genannten Firmen denn nicht einmal die Frage vorgelegt, ob sie mit einem solchen Vorgehen sich nicht selbst am Ende mehr schädigen als die deutschen Automobilfabriken, an denen sie viele Jahre hindurch einen so guten Abnehmer hatten?

Die böhmische Glasindustrie im Kriege.

Die ausgesprochene Absicht Englands beim Eintritt in den Weltkrieg war vor allem, die wirtschaftliche Macht der Zentralmächte zu brechen. Obwohl es die überseeische Ausfuhr der Zentralmächte größtenteils lahmgelegt hat, vermochte die böhmische Glasindustrie im Absperrungskampf einen beachtenswerten Sieg zu erringen.

Ihre erste und engere Heimat hat die böhmische Glas-erzeugung in dem Glasdorf H a i d a gefunden. Dort wurde schon um das Jahr 1000 herum die erste böhmische Glashütte gegründet. Diese entwickelte sich zu besonderer Blüte und erzielte schon um 1735 einen bedeutenden Export nach allen Ländern der Welt. Die damaligen Glasverleger hatten Niederlagen in allen Handelszentren, in Spanien und Portugal, in Moskau, im Orient u. s. w. Damals entstanden auch alle die künstlerischen Glastechniken, die nun unter dem Sammelnamen „Altböhmische Kunstgläser“ als Egemanns-, Schappers-, Rubin- Gläser zu bewundern gewohnt sind.

Von Generation auf Generation vererbt, umfaßt der Haida-Steinschönauer Glasbezirk heute eine große und vielseitige Heimarbeitindustrie mit mehreren Glashütten, Hunderten von Heimarbeitstätten, die mit Unterstützung der beiden hochentwickelten Fachschulen in Haida und Steinschönau die Arbeit des ganzen Bezirkes zusammenfassen und auf den Weltmarkt bringen. Dank der künstlerischen Grundlage ihres Schaffens, der stofflichen Vollkommenheit ihrer Erzeugnisse und der Erfindung und Anwendung neuer Techniken war die nordböhmische Glaskunst besonders berufen, sich eine achtunggebietende Stellung auf dem Weltmarkt zu erobern. Nichtsdestoweniger spielte sie — wenigstens nach außen hin — nicht immer eine ihrer Bedeutung entsprechende Rolle. Der Gang unseres Volkes nach allem Fremdländischen brachte es mit sich, daß ein erheblicher Teil der böhmischen Kunstgläser unter fremder Marke Absatz fand. Die meisten Gegenstände, die als venezianische Gläser von den deutschen Italienreisenden erworben wurden, insbesondere die Muranogläser, sind in den nordböhmischen Industriedörfern erzeugt. Viele dieser Erzeugnisse des böhmischen Kunstglasgewerbes fanden ihren Weg nach Deutschland erst über Paris oder Brüssel.

Jetzt soll dies anders werden. England hat selbst einen großen Einfuhrbedarf an Glaserzeugnissen. Die französische Produktion ist zum großen Teil infolge der Besetzung eines Teiles Frankreichs durch die Deutschen unterbunden, wie die Fabrik von Baccarat. Auch die belgischen Glasbetriebe liegen bis auf wenige Ausnahmen still.

England war daher gezwungen, zum Teil seinen Glasbedarf in Holland und Skandinavien zu decken. Diese Länder, die an und für sich nicht den Bedarf des eigenen Landes hervorbringen können, haben trotzdem einen erheblichen Teil ihrer Produktion an England verkauft. Der sehr bedeutende Bedarf an Glaserzeugnissen dieser neutralen Länder wird nun zum großen Teil durch die böhmische Glasindustrie gedeckt. Die letzte Leipziger Messe, die geradezu einen wirtschaftlichen Sieg bedeutete, lehrte die Einkäufer aus Holland, Dänemark, Schweden und der Schweiz die Vorzüge der böhmischen Glaswaren von neuem schätzen. Die Bestellungen, die dort gemacht wurden, gehen in die Millionen. Aber auch für die Deutschen ist aller Anlaß vorhanden, die Erzeugnisse der böhmischen Glaskunst von neuem würdigen zu lernen und sie entsprechend zu nützen. Liegt es doch im Interesse Deutschlands, gerade die Hauptindustrien des verbündeten Nachbarlandes in gleicher Weise zu fördern wie die eigenen, um so den wirtschaftlichen Kampf weiter durchzuführen.

Diesem Gedanken hat der Verband der nordböhmischen Glasindustriellen dadurch Rechnung getragen, daß er zurzeit eine Ausstellung seiner Erzeugnisse im Kunstgewerbemuseum in Berlin veranstaltet hat, deren Besuch so stark ist, daß sie bis zum 21. Mai verlängert werden mußte. Ein Rundgang durch die Ausstellungsräume ist überaus lohnend. Die Formgebung der einzelnen Gegenstände zeugt von erlesenem Geschmack und, was vor allem in Betracht kommt: die Preiswürdigkeit gegenüber französischen oder englischen Kunstgläsern ist in vielen Fällen überraschend. Für jeden, der Berlin besucht, wird die Ausstellung ein lehrhaftes Beispiel sein, wie die gegen die Absicht Englands erfolgte Eroberung der Märkte des neutralen Auslandes durch die böhmische Glasindustrie einen Sieg über die Absperrungspolitik des Wienerbundes schon jetzt bedeutet.

G. B r e i n.

18.7.1916

108

* Verkaufsverbot für optische Gläser. Der Oberbefehlshaber in den Marken verbietet auf Grund des § 9b des Befehles über den Belagerungszustand für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg den Verkauf von Prismengläsern aller Art, Ziel- und terrestrischen Ferngläsern, gallileischen Gläsern mit einer Vergrößerung von 4 mal und darüber, sowie von optischen Teilen aller vorgenannten Gläser — auch von den im Privatbesitz befindlichen. Verboten wird ferner der Verkauf von photographischen Objektiven in den Lichtstärken 3, 4 bis 6 und den Brennweiten von mehr als 18 Ztm.

27. 10. 1916

109

Die Lage der Elektrizitätsindustrie

Von sachmännischer Seite erhalten wir folgende Darstellung: Der Geschäftsgang der fabrizierenden Elektrizitätsindustrie im Kriege wird durch drei Erfordernisse beeinflusst: Fortdauer der Arbeit, Anbringung von Ersatzstoffen für die gestreckten Urstoffe an Metallen (Kupfer, Zinn usw.) und Verwertung der Vorräte. Ueber Mangel an Arbeit ist nicht zu klagen; alle Etablissements, ohne Unterschied, ob sie nun Maschinen, Dynamos, Motoren und Transformatoren bauen, oder Triebwerke, Aufzüge und Scheinwerfer herstellen, oder Drähte und Kabel erzeugen, sind voll beschäftigt. Selbst die Spezialfabriken für Lampen, Akkumulatoren, Kohlenstifte bleiben hinter der Friedensarbeit nicht zurück. Der Bedarf der Seeresverwaltung, aber auch der Eingang von zivilen Bestellungen alimentiert die Betriebsstätten, und jene, die sich neben den elektrotechnischen Erzeugnissen auch noch die Fabrikation von Munition und einschlägigen Zubehör beigelegt haben, müssen ununterbrochen, sogar Tag und Nacht, schaffen, um die Orden aufzuarbeiten. Es ist allerdings zumeist Massenarbeit in laufenden Artikeln. Großeinrichtungen hingegen für neue Zentralen fehlen zumeist, bis etwa auf die Ausstattung von Stichtoffwerken, für welche die Fabriken mit ausgiebigen Reinvestitionen bedacht wurden. Die Sorge um Arbeit war also alsbald verschwand, und die meisten Gesellschaften haben ihre Dividende erhöht und Kapitalvermehrungen beschlossen. Die zweite Sorge um die Beschaffung der nötigen Rohstoffe wurde gleichfalls glücklich behoben; verschiedene Legierungen und Anordnungen wurden erfunden, welche die Herstellung und Verwendung von Ersatzstoffen (Ersatzstoffen) ermöglichen, und die Gefahr, mit der Arbeit in den Fabriken zu scheitern und die Verwertung der angewandten Elektrizität zurückzuschrauben zu müssen, wurde gebannt. Die Fortschritte und Errungenschaften, welche auf diesem Gebiete im Elektrizitätswesen erzielt werden konnten, sind derart bemerkenswert, daß der Verband der deutschen Elektrotechniker das Thema der Ersatzstoffe als Hauptpunkt auf die Tagesordnung der diesjährigen, Anfang Juni stattfindenden Hauptversammlung in Frankfurt am Main gesetzt hat, wo, und auch dies sei bemerkt, der 25jährige Gedentag der Frankfurter elektrischen Ausstellung mit ihrer berühmten ersten Fernkraftanlage nach Lauffen begangen werden soll. Was aber das drittgedachte Moment, den Hochnutzen an den Vorräten betrifft, so kommt er in der Ertragsrechnung der Unternehmungen wohl zur Geltung als Ausgleich der gewinnschmälernden Koeffizienten, die sich in den stark erhöhten Löhnen, den Erfordernissen der Kriegsvorsorge und in der Teuerung der neuen Anschaffungen äußern, die wohl auf das neue Produkt umgelegt, aber doch nicht in vollem Maße auf den Abnehmer überwälzt werden können. Eine Unersehbarkeit der Verkaufspreise muß eben verhütet werden. In betreff der Stromlieferung unternehmungen ist zu erwähnen, daß der Mangel an Brenn- und Betriebsstoff, der vorübergehend für einzelne kalorische Erzeugungstätten zu einer Katastrophe ausgeartet war, zumeist gewichen ist; die Kohlenförderung und -beförderung geht viel rascher vonstatten; die Not an Rohöl und Schmierfetten, worunter selbst die hydroelektrischen Anlagen gelitten hatten, hat gleichfalls ein Ende. Freilich bringt der Krieg immer wieder neue Beengungen hervor, und es ist eine Frage, daß die als Kriegsmaßnahme eingeführte Sommerzeit, die als eingestandenem Hauptzweck die Streckung der künstlichen Beleuchtung im Auge hat, auf den Absatz der Elektrizitätswerke zurückwirkt. Immerhin aber gilt dies bloß für den Absatz an Lichtstrom, weniger für die Entnahme von Kraftstrom, was insbesondere für die Ueberlandzentralen mit ihrem hauptsächlich auf das flache Land und auf Industriestätten sich ausdehnenden Versorgungsbereiche ins Gewicht fällt. Die hauptstädtischen Zentralen jedoch dürften über die Einbuße damit hinwegkommen, daß die Erzeugung mit der Verkürzung der Beleuchtungszeit sich regelmäßiger und wirkungsvoller, also wirtschaftlicher gestalten läßt, und überdies, wie das Wiener Beispiel mit der Hinaufsetzung der Zählermieten zeigt, teilweise Tarifierhöhungen zur Verbesserung der Einnahmen eingeführt werden. Das Problem der staatlichen Elektrizitätsversorgung schließlich, über das hier kürzlich mit Hinblick auf die deutschen Aktionen berichtet wurde, hat hierzulande vorläufig noch keine konkreten Tatsachen gezeigt; sie werden aber gewiß nicht ausbleiben. Vorerst erscheint von öffentlichen Plänen wieder das Projekt der Wiener Untergrundbahn auf der Bildfläche, und auch in der ungarischen Hauptstadt wird neben der Vollverstadtlisierung der elektrischen Stromlieferungsunternehmungen auch das städtische Projekt einer Ausnützung des Donauwassers für die Energieerzeugung ernstlich ventiliert.

Daß auch die im Mittelpunkte der Verkehrspolitik stehende Wasserstraßenfrage der Elektrifizierung neue Ziele eröffnet, liegt auf der Hand; die künstlichen Kanäle schaffen die Möglichkeit zur Anlage großer Gefällstufen, Stauwerke, Talsperren usw., so daß auch hierin neue Stützpunkte für die Anwendung der elektrischen Energie, insbesondere auch für landwirtschaftliche Bedürfnisse, gewonnen werden, denen auch sonst durch die fortschreitende Mechanisierung der Arbeitsvorgänge das Elektrizitätswesen eine bessere, vielverheißende Befriedigung bringt. Daß aber auch die Elektrifizierung der Bahnen, und zwar nicht bloß von Straßenbahnen, sondern auch von Hauptbahnen, aus den Zukunftsfragen nicht ausgeschaltet sein werde, versteht sich von selbst. Auch die Bahntraktion wird, so ist die Fachwelt überzeugt, dank ihren Vorzügen, eine Domäne des Elektrizitätswesens bleiben, das übrigens wie im Frieden auch im Dienste des Krieges in allen Zweigen die vollwertigsten Leistungen vollbracht hat.

31. IV. 1916

MO

[Die Lage der deutschen Elektrizitätsindustrie.] Man telegraphiert uns aus Berlin: In der heutigen Generalversammlung der Bergmann-Elektrizitätswerke machte Generaldirektor Bergmann davon Mitteilung, daß vom Gesamtumsatz mehr als die Hälfte auf Friedensartikel entfielen, der übrige Teil stelle Kriegslieferungen dar. Durch Beschlagnahme von Metallen habe sich die Gesellschaft auf Herstellung von Ersatzmitteln einrichten müssen, so daß es ihr dadurch gelungen sei, auch Friedensartikel herzustellen. Diese Tatsache sei auch wichtig für die Zeit nach dem Kriege. Bezüglich des laufenden Geschäftsjahres wurde mitgeteilt, daß das Unternehmen überbeschäftigt sei. Die Aussichten seien sehr gute. Wenn auch der derzeitige Umsatz nicht so hoch sei wie zur entsprechenden Zeit des Vorjahres, sei immerhin noch volle Beschäftigung für das ganze Jahr vorhanden. Die Gesellschaft arbeite nicht mehr mit drei Schichten, wohl aber mit zwei bis eineinhalb Schichten. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß sich alle Beteiligungen in angemessener Weise verzinsen.

Kein Leinöl für Glaserkitt. Durch Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916 ist die Verarbeitung von Leinöl zu Glaserkitt verboten. Fabriken haben mehrfach versucht, die Bundesratsverordnung dadurch zu umgehen, daß sie für die Herstellung von Kitt Leinölfirnis verwendeten. Aber Leinölfirnis darf ebensowenig wie Leinöl zur Herstellung von Kitt verwendet werden. Leinölfirnis ist nichts anderes als Leinöl und kann jeden Augenblick durch Zusatz geringer Prozente Trockenmittel aus rohem Leinöl hergestellt werden. Der Kriegsausschuß für Oel und Fette wird in jedem Fall der Umgehung der Bundesratsverordnung die Bestrafung des betreffenden Betriebsinhabers herbeizuführen wissen.

Die Regelung des Papierverbrauchs.

N. Berlin, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Die Bekanntmachung über Drudpapier vom 3. Juni 1916 hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der „Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe“ wird ein Beirat beigegeben, der aus Vertretern der beteiligten Gewerbe besteht und über grundsätzliche Fragen, die den Papierverbrauch der beteiligten Gewerbe betreffen, zu hören ist. Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung des Beirats und die Bestellung der Mitglieder trifft der Reichskanzler. Die Mitglieder des Beirats sind verpflichtet, über Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die durch die Ausübung ihrer Befugnisse zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsverhältnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 2. Die kostenlose Abgabe von Sonderblättern (sogenannten Extrablättern), abgesehen von solchen, deren Ausgabe die Oberste Heeresleitung ausdrücklich als erwünscht bezeichnet hat, wird verboten.

§ 3. Die Zahl der Zeitungsbeilagen, die auf anderem als maschinenglattem, holzhaltigem Drudpapier gedruckt und einer Zeitung, Zeitschrift oder sonstigen periodisch erscheinenden Druckschrift kostenlos beigelegt werden, darf vom heutigen Tage ab nicht vermehrt werden. Die Beifügung einzelner Prospekte, Reklamen und ähnlicher Beilagen wird von diesem Verbote nicht berührt. Der Seitenumfang von Zeitungsbeilagen der in Absatz I genannten Art darf vom heutigen Tage über den Seitenumfang hinaus, den die Beilagen in der zweiten Woche des Monats Mai 1916 gehabt haben, nicht vermehrt werden.

§ 4. Zeitungsbeilagen, die in dem verwendeten Papier und der Ausstattung mit der Ausstattung der Zeitung übereinstimmen, dürfen vom heutigen Tage ab auf anderem als maschinenglattem, holzhaltigem Drudpapier nicht gedruckt werden. Zeitungen, Zeitschriften und sonstige periodisch erscheinende Druckschriften, die bis zum 19. April 1916 auf maschinenglattem, holzhaltigem Drudpapier gedruckt worden sind, dürfen von heutigem Tage ab nur auf solchem Papier gedruckt werden.

§ 5. Der „Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe“ sind auf deren Ersuchen unverzüglich alle Auskünfte zu erteilen, die erforderlich sind, um die Durchführung der vorliegenden Bestimmungen (§§ 2 bis 4) zu überwachen.

§ 6. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafen bis zu 10 000 Mark wird bestraft: 1. wer den Bestimmungen der §§ 2, 3 und 4 zuwiderhandelt; 2. wer die ihm nach § 5 obliegenden Auskünfte nicht erteilt oder wissenlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

5. Juni 1916

MB

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger zur Steigerung der Papierpreise.

Berlin, 4. Juni. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hielt heute im Herrenhause unter dem Vorsitz von Dr. Faber (Mägdeburgische Zeitung) seine 21. Hauptversammlung ab. Die aus allen Teilen des Reiches überaus zahlreich besuchte Versammlung beschloß zunächst an den Kaiser ein Huldigungstelegramm abzulassen.

In Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten gaben die durch den Krieg hervorgerufenen Schwierigkeiten, die neuerdings zu einer ungeheuren die Existenz zahlreicher Zeitungen bedrohenden Anspannung der Papierpreise geführt haben, Anlaß zu einer lebhaften Debatte, deren Ergebnis in der nachstehenden Entschliebung Ausdruck fand: Die am 4. Juni im Sitzungssaale des Herrenhauses tagende, von mehreren hundert Zeitungsverlegern aus allen Teilen des Deutschen Reiches besuchte ordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger faßt folgende Entschliebung:

„Die dem deutschen Zeitungsgewerbe angekündigte weitere Steigerung des Papierpreises stellt eine ungeheuerliche Verteuerung der Herstellungskosten dar, die weder auf die Öffentlichkeit abgewälzt, noch von dem durch den Krieg wirtschaftlich schwer geschädigten Zeitungsgewerbe aus eigenen Mitteln getragen werden kann. Die weitere Steigerung des Papierpreises muß zur Folge haben, daß viele Zeitungen gezwungen werden, ihr Erscheinen einzustellen. Hierin besteht eine schwere Gefahr für unser ganzes politisches und nationales Leben, da gerade viele in ihrem Wirkungskreise bodenständige Heimatblätter von dem Zusammenbruch ereilt würden.“

Die Versammlung ermächtigt daher den Vorstand, den Herrn Reichskanzler unter Hinweis auf die hohe Bedeutung der Presse für die siegreiche Durchführung des Krieges dringend zu bitten, unverzüglich alle Maßnahmen veranlassen zu wollen, die geeignet sind, durch Eingreifen der Staatsgewalt die drohende Katastrophe vom deutschen Zeitungsgewerbe abzuwenden.“

Die statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes, D. Klotz („Fränkischer Kurier“, Nürnberg), Dr. A. Krumpholtz („Biegnther Tageblatt“), Dr. W. Wolf („Schwarzwälder Bote“), wurden wieder, Kommerzienrat A. Neven-Dumont („Rölnische Zeitung“) an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Reichardt-Dresden neu gewählt.

14

Die erweiterte Interessengemeinschaft in der deutschen Farbenindustrie.

Von
Prof. Dr. H. Großmann.

Die letzten Mitteilungen auf den Generalversammlungen der führenden deutschen Farbenfabriken, über die in Nr. 278 der „Vossischen Zeitung“ vom 31. Mai 1916 bereits eingehend berichtet wurde, lassen noch deutlicher, als die ersten authentischen Ankündigungen über wirtschaftliche Zusammenschlußbestrebungen in der deutschen Teerfarbenindustrie erkennen, daß man sich für den künftigen Frieden so gut als nur irgend möglich rüsten will, mag nun dieser zukünftige militärische und politische Frieden auch wirtschaftlich zu einer wesentlichen Milderung der Gegensätze unter den Weltmächten führen oder nur den Auftakt zu neuen wirtschaftlichen Kämpfen bilden. Wer die wirtschaftlichen Erörterungen hüben und drüben verfolgt, kann es verstehen, daß viele kritische Beurteiler des deutschen Wirtschaftslebens fest davon überzeugt sind, daß die künftigen Zeiten des „Krieges nach dem Kriege“ nach englischer Auffassung oder l'autre guerre, wie man in Frankreich sagt, dem deutschen Ausfuhrhandel keine geringen Schwierigkeiten bringen werde. Wieweit allerdings diese mehr pessimistisch gerichtete Auffassung, die der Verfasser in vollem Umfange nicht zu teilen vermag, auch auf dem Gebiet deutscher Qualitätswaren recht behalten wird, läßt sich heute natürlich noch nicht mit voller Sicherheit beurteilen. Immerhin kann man es durchaus verstehen, daß die weltwirtschaftlich geschulten geistigen Leiter der deutschen Teerfarbenindustrie keine rein optimistische Vogel-Strauß-Politik treiben und die Dinge gehen lassen, wie sie wollen, sondern daß sie mit den veränderten Verhältnissen auf dem Weltmarkt nach Beendigung des Krieges rechnen und auch für einen der wichtigsten Zweige der deutschen chemischen Industrie zu Maßnahmen gegriffen haben, die für die gesamte Entwicklung der chemischen Industrie Deutschlands und der Welt als höchst bedeutungsvoll bezeichnet werden müssen.

Schon heute läßt sich aus den eingehenden Ausführungen der englischen und der übrigen neutralen Presse, und vor allem aus den Fachzeitschriften erkennen, wie tief der Eindruck dieser neuen Defensivmaßnahmen der deutschen Farbenindustrie gewesen ist. Natürlich fehlt es dabei auch nicht an den üblichen Angriffen gegen den deutschen „Farbentrust“. Die Ansicht, daß die deutsche Teerfarbenindustrie in ihrer Organisation übrigens durchaus den amerikanischen Trusts ähnele, kann jedoch nicht als zutreffend bezeichnet werden. Bei den amerikanischen Trusts besteht bekanntlich eine wirtschaftliche und technische Zentraleitung, der die einzelnen Werke nur Objekte bedeuten, die keinen eigenen Willen haben dürfen. Bei dem neuen wirtschaftlichen Zusammenschluß der deutschen Farbenfabriken handelt es sich aber keineswegs um ein vollständiges Aufgeben der Selbständigkeit der einzelnen Werke. Vielmehr sind diese Unternehmungen auch weiterhin in bezug auf Einkauf, Fabrikation und Verkauf als selbständige Größen anzusehen, und es ist ja auch in dem neuen Verträge, der auf 50 Jahre abgeschlossen worden ist, ausdrücklich betont worden, daß von den einzelnen Unternehmungen bestimmte Fabrikationszweige nicht nur unabhängig wie bisher weitergeführt werden sollen, sondern daß sie auch für die Ausschüttung der Gewinne der neuen erweiterten Interessengemeinschaft, die nach einem neuen Verteilungsschlüssel erfolgen wird, nicht in Betracht kommen. Das gilt besonders für die synthetische Ammoniakgewinnung der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik nach dem Prinzip von Haber herrührenden Verfahren für die Karbid- und Kalkstickstofffabrikation des Konzerns Höchst-Casella, und auch für die bedeutenden anorganischen Abteilungen der Chemischen Fabrik Griesheim Elektron Akt.-Ges. Diese Tatsachen aber lassen sich nicht mit dem Begriff des Trusts vereinen. Man operiert mit diesem Begriff naturgemäß im Ausland sehr gern und häufig gegen die deutsche Farbenindustrie, um die populären Vorurteile der großen Menge aufzustacheln, die Neidgefühlens stets besonders zugänglich ist und über eine nähere Sachkenntnis nicht verfügt, die aber in erster Reihe an den hohen Dividenden der deutschen Fabriken Anstoß nimmt und sich daher vielfach als „ausgebeutet“ bezeichnet. Mit diesen Schlagworten der Interessenten hat man naturgemäß auf die nicht immer sachverständigen Regierungen vieler Länder Eindruck machen können.

Da der neue Vertrag, außer dem alten Dreibund Ludwigshafen, Leverkusen und Treptow, den Zweibund Höchst-Mainkur (Casella & Co.) mit dem diesem Konzern nahestehenden Gesellschaften in Biebrich (Akt.-Ges. Kalle & Co.) und Mühlheim (Farbwerk vorm. Leonhard), jetzt noch die Werke der Akt.-Ges. Weiler-ter Mer, die Farbenabteilung der Griesheim Elektron Akt.-Ges. und die Gesellschaft Wülfig Dahl & Co. in Barmen umfassen soll, so erscheint allerdings der Ring der deutschen Teerfarbenindustrie ziemlich geschlossen, zumal die außerhalb dieser Interessengemeinschaft stehenden Werke an Bedeutung nicht entfernt an diese weltbekanntesten Fabriken heranreichen können. Als leistungsfähigsten Konkurrenten im Ausland muß man auch jetzt wie schon seit Jahren die Farbenindustrie der Schweiz bezeichnen. Die vier größeren Farbenfabriken in Basel und Umgebung haben im Kriege trotz erheblicher Schwierigkeiten im Bezug von Rohmaterialien doch nicht unerheblich dazu beitragen können, die Entente-Länder mit Farbstoffen zu versorgen, deren Menge allerdings den großen Ansprüchen nicht zu entsprechen vermochte. Auch für die Zukunft hofft man im feindlichen und im neutralen Ausland besonders auf die Hilfe der schweizerischen Industrie und ihrer tüchtigen Chemiker. Auch die schweizerische Industrie hat übrigens schon seit Jahren im Auslande Filialfabriken errichtet, vor allem in England, Rußland und Amerika.

In England steht gegenwärtig an der Spitze der dortigen Teerfarbenindustrie das aus der Fabrik von Read Holiday in Huddersfield hervorgegangene und staatlich unterstützte Unternehmen der British Dayes Ltd. Außer diesem großen Werke gibt es noch einige kleine Anlagen, unter denen die Fabrik von Levinstein in Manchester ein besonderes Interesse bietet. Der Gründer dieser Gesellschaft, der vor wenigen Wochen dahingegangen ist, Dr. Ivan Levinstein, hat sich leider als fanatischer Feind der deutschen Industrie jahrzehntelang hindurch dauernd bemüht, diese Industrie zu schädigen, und ihm ist ja auch die Einführung des englischen Patentgesetzes im Jahre 1907 wesentlich zuzuschreiben, das die deutsche Farbenindustrie dazu nötigte, auch in England Filialfabriken zu errichten.

Allerdings hat sich in der Folge auch dieses Patentgesetz nach englischem Urteil als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Die Firma Levinstein aber vermochte im Kriege aus der günstigen Preisgestaltung für Farbstoffe, die zu einer 10–20 fachen Steigerung führte, großen Nutzen zu ziehen und nicht nur eine erhöhte Dividende zu verteilen, sondern auch ihre seit Jahren nicht bezahlten Obligationszinsen auf einmal auszuschütten.

Nach dem Tode Levinsteins ist übrigens ganz neuerdings der tüchtige Farbstoffchemiker A. Green technischer Leiter des Unternehmens geworden, nachdem er seinen Lehrstuhl für Färbereiche in Leeds aufgegeben hatte.

In Frankreich gibt es, von deutschen Filialfabriken abgesehen, eigentlich nur zwei größere Anlagen, in St. Denis und Lyon. Naturgemäß ist auch hier die Versorgung des Landes mit Farbstoffen im Kriege durchaus unzureichend gewesen, wie man besonders aus einem sehr sachverständigen Vortrag von Professor M. Wahl, der gleichzeitig Leiter der Poirrier-Werke in St. Denis ist, ersehen kann. Dieser objektive Vortrag, der am 8. Mai 1915 zu Paris in der Gesellschaft zur Förderung der nationalen Industrie gehalten wurde, ist übrigens auch in deutscher Sprache im Aprilheft der als Beilage zur „Chemischen Industrie“ erscheinenden „Dokumente zu Englands Handelskrieg“ veröffentlicht worden. (Schluß folgt.)

(Gummiproduktion und Gummipreise.) Die Weltgummiproduktion hat sich während des Krieges fortdauernd erhöht. Sie belief sich im Jahre 1913 auf 108.000 Tonnen, um im Jahre 1914 auf 120.000 und im Jahre 1915, nach maßgebenden Schätzungen, bereits auf 134.000 Tonnen zu steigen. Für das Jahr 1916 wird sogar eine Gesamtgewinnung von 165.000 Tonnen angenommen. Von den Produktionen der Jahre 1914 und 1915 entfallen 70.000, beziehungsweise 90.000 Tonnen auf Pflanzungsgummi und 50.000, beziehungsweise 44.000 Tonnen auf wilden Gummi. Trotz dem Umstand, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland vollständig und Rußland in erheblichem Maße vom überseeischen Markt abgeschnitten waren und als Konsumenten für die Welterte des Gummis kaum in Betracht gekommen sind, läßt sich doch während des ganzen abgelaufenen Jahres eine steigende Tendenz der Gummipreise auf dem Londoner Markt feststellen. Dessen Notierungen sind, da London eines der Hauptgummimärkte darstellt, von

maßgebender Bedeutung. Es notierten im Jahre 1915 (für ein englisches Pfund) Best Cope Plantation: höchster Preis 3 Schilling 14 Penny, niedrigster Preis 1 Schilling 11¼ Pence, Durchschnittspreis 2 Schilling 5 Pence, und Fine Hard Para: höchster Preis 2 Schilling 11 Pence, niedrigster Preis 2 Schilling 4½ Pence.

118

Papier.

Aus Fachkreisen wird uns gemeldet: Eine neue beträchtliche Erhöhung der Preise besonders für Druckpapier mußte vorgenommen werden, um die Erzeugung zu ermöglichen. Denn nicht nur die Preise für Zellstoff, sondern auch die aller anderen Produkte, welche zur Papiererzeugung benötigt werden, sind sehr stark gestiegen und steigen weiter. Zeitungsrattonspapier hat bereits eine Höhe erreicht, welche die Existenz mittlerer und kleinerer Betrieben besonders in der Provinz außerordentlich erschweren. Denn nebst dem Papier sind auch alle Druckmaterialien enorm gestiegen. — Aus Leipzig wird uns berichtet: Die Konvention für Lichtpauspapier erhöhte den Feuerungsauflage bei Negativ und Positiv auf 50 Prozent, bei Braun auf 25 Prozent. Die Preise für Durchschreibpapier wurden um 100 Prozent erhöht.

Glas.

Aus Fachkreisen wird uns gemeldet: Während alle Mittel infolge des Krieges sich riesig verteuert haben, blieb Glas die längste Zeit vernachlässigt und einzelne Sorten waren sogar billiger als sonst. Durch die enorme Steigerung der Arbeitslöhne und aller Rohprodukte, von denen einzelne kaum mehr beschaffbar sind und durch den eingeschränkten teilweise stillgelegten Betrieb haben sich die Vorräte allgemein aufgebraucht, so daß der jetzige Bedarf ganz ungenügend und oft gar nicht befriedigt werden kann. Die Preise für Fenster- und Spiegelglas sind sprunghaft in die Höhe gegangen, auch Wirtschaftsgläser kosten heute doppelt so viel und darüber als in Friedenszeiten. In den letzten Tagen wurden die Preise für Flaschen neuerdings erhöht, wobei die Hütten erklärten, daß damit die Grenze der Preissteigerungen noch nicht erreicht wurde. Die polnische Glasindustrie beginnt zwar wieder ihre Betriebe aufzunehmen, für den momentanen Bedarf muß aber Ware aus Oesterreich, Ungarn und aus Deutschland bezogen werden.

19. VII. 1916

M4

Vorschlag zur Behebung des Papiermangels.] Wir erhalten folgende Zuschrift: Die in Ihrem geschätzten Blatte erwähnte Steigerung der Papierpreise, mehr wohl noch der knappe Vorrat an Rohmaterial für die Papierfabrikation bedeuten auch eine Gefährdung des zeitungslesenden Publikums. Eine wenigstens teilweise Abhilfe erblicke ich in der Sammlung der Vorräte an Altpapier in Wohnungen, Geschäften, Kellern usw. Diese Vorräte könnten — ähnlich wie das Altmetall — eingesammelt und der Erlös einem patriotischen Zwecke zugeführt werden. Das Material selbst wird von den Papierfabriken zum Einstampfen gern aufgenommen und entsprechend bezahlt werden. Sehr viele Leute würden es begrüßen, sich ihres Ballastes an altem Makulaturpapier auf bequeme Weise entledigen zu können. Der Ertrag, der sich wohl auf Hunderttausende von Zentnern schätzen läßt, wird allerdings zum größten Teil nicht für Druck- und Schreibpapier verwendbar, jedenfalls aber als wichtige Entlastung für das vorhandene Rohmaterial von Bedeutung sein. Ich habe diese Anregung an kompetenter Stelle vorgebracht, doch müßten, glaube ich, auch die Zeitungen selbst sich der Sache annehmen in ihrem eigenen und im Interesse ihrer Leser. Mit vorzüglicher Hochachtung Ingenieur B. R.

Neuregelung des Verkehrs in Harz und Harzprodukten.

Der Verkehr in Harz und Harzprodukten, für den bisher die im Dezember v. J. erlassenen Vorschriften galten, erfährt eine vollständige Neuregelung durch zwei Verordnungen, die in dem heute erschienenen Reichsgesetzblatt enthalten sind. Die einheitliche Beschaffung von Rohharz, insbesondere aber von Harzprodukten, erfolgt durch eine neuerrichtete Einkaufs- und Betriebsgesellschaft, die Harzzentrale, Ges. m. b. H., in Wien (3. Bezirk, Schwarzenbergplatz Nr. 4). Die Verteilung an die verarbeitenden Betriebe ist der vom Handelsministerium ernannten „Harzkommission“ übertragen, die aus Vertretern der beteiligten Industrien und Gewerbe und aus Vertretern des Handels neben solchen der Kriegsverwaltung und der übrigen beteiligten Ministerien zusammengesetzt ist. Für die Waldbesitzer sind jene Vorschriften von Wichtigkeit, die sich auf die Verpflichtung zur Vornahme der Harznutzung beziehen. Die Verordnung schreibt nämlich vor, daß die Harznutzung in jenen Waldgebieten, in denen sie bereits bisher stattgefunden hat, soweit auszuweiten ist, wie die forstpolizeilichen Vorschriften, die Wirtschaftsziele des einzelnen Betriebes und besondere Rechtsverhältnisse nicht entgegenstehen. Unter den gleichen Voraussetzungen sind in Gebieten, in denen die Harzgewinnung bisher noch nicht stattgefunden hat, die innerhalb der nächsten fünf Jahre zur Holznutzung bestimmten Waldteile neu auf Harz zu nutzen. Der vollständige Ausfall des amerikanischen Imports in Harzprodukten, der die Inlandserzeugung weitaus überwog, macht es notwendig, daß auf die Steigerung der heimischen Harzgewinnung mit allen Mitteln hingewirkt werde; denn eine ganze Reihe großer Industriezweige, darunter auch solche, die wichtigen Kriegsbedarf herzustellen haben, ist auf die Verwendung natürlicher Harzprodukte unbedingt angewiesen. Der Reichtum Oesterreichs an Waldbeständen, die sich insbesondere bei den gegenwärtigen Preisen zum Vorteile der Waldbesitzer zur Harzgewinnung heranziehen lassen, macht es nun glücklicherweise möglich, den Ausfall in der Einfuhr von Rohharz zu einem guten Teile wettzumachen.

18 Gegen die Papierverschwendung in den Aem-
tern. Der Minister des Innern Johann S a n-
d o r hat die ihm untergeordneten Behörden und
Amtsstellen mittels Zirkularverordnung ange-
wiesen, mit dem Papier äußerst sparsam umzu-
gehen und durch Vereinfachung des Verfahrens
bei der Erledigung der Aktenstücke die Papiervers-
schwendung hintanzuhalten. Zur Erreichung die-
ses Zieles werden folgende Verfügungen getrof-
fen: Anstatt der schriftlichen soll womöglich die
mündliche, eventuell die telephonische Erledigung
angewendet werden; tritt in einer Angelegenheit
die Notwendigkeit einer Anfrage ein, so ist der
betreffenden Behörde das Originalstück einzusen-
den, damit die gewünschte Aufklärung auf dem
Akt selbst verzeichnet werde, desgleichen ist bei
Mangel an Kompetenz der Akt mit einem Ver-
merk auf der Rückseite an die zuständige Stelle zu
leiten; die Bescheide sind mit der möglichsten Prä-
zision und Kürze abzufassen und jede Umständ-
lichkeit und überflüssige Bemerkung zu vermei-
den; über den Vollzug der den unteren Behörden
erteilten Weisungen ist nur in den seltensten und
in unumgänglich notwendigen Fällen ein Bericht
abzuverlangen, negative Berichte sind überhaupt
zu vermeiden; für Konzepte ist auch die vierte Sei-
te der Referentenbögen, für Einlage und Rein-
schrift womöglich nur ein halber Bogen zu ver-
wenden; wenn gleichzeitig mit der Erledigung
auch eine Kopie zu senden ist, sind hiezu die leeren
Seiten des Aktenstückes zu verwenden, ein separa-
ter ganzer oder halber Bogen ist nur dann zu ge-
brauchen, wenn die Abschrift auf dem Akt selbst
keinen Raum findet; sollen an eine Behörde zu
gleicher Zeit mehrere Aktenstücke abgesendet wer-
den, sind alle in ein gemeinsames Couvert zu
verschließen. Schließlich wird den Amtsstellen ein-
geschärft, mit dem Papier und übrigen Materia-
lien (Drucksorten, Blanke, Bindfaden usw.)
möglichst sparsam umzugehen und sie für andere
Zwecke, als für welche sie bestimmt sind, keines-
falls zu verwenden.

Zum Papierpreisaufschlag

Es wurde kürzlich schon mitgeteilt, daß die Papierfabrikanten am 1. April für Lagerpapier einen neuen Preisaufschlag von 25 Prozent eintreten ließen und daß am 1. Juli auch der Zeitungspapierpreis um 23 Prozent in die Höhe schnelle; weitere Preiserhöhungen seien vorbehalten. Für Zeitungspapier betrage die Verteuerung gegenüber normalen Verhältnissen 33 Prozent, für Lagerpapier aller Art schon 50 Prozent. Aus verschiedenen mehr oder weniger deutlichen Mitteilungen, die uns zu gehen, ist nun zu entnehmen, daß ein Aufschlag von insgesamt 50 Prozent auf Zeitungspapier und von 100 Prozent auf anderem Papier bei dem Ring der Papierfabrikanten längst beschlossene Sache ist. Offenbar will man aus tattischen Gründen den Konsumenten diese geradezu ruinöse Verteuerung pillenweise — allerdings in mächtigen Pillen — zu schlucken geben. Kommen wird sie und zwar bald, wenn nicht der Bundesrat rechtzeitig mit Höchstpreisen und andern Maßnahmen eingreift.

Der einheimischen Papierindustrie die Existenz zu erleichtern, wurden seinerzeit hohe Schutzzölle für unbedrucktes Papier eingeführt. Der Dank dafür wird heute in etwas sonderbarer Münze erstattet.

Einschränkungen des Druckpapierverbrauchs.

Im „Reichsgesetzblatt“ werden jetzt die Ausführungsbestimmungen über die Einschränkung des Verbrauches von Druckpapier veröffentlicht. Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 18. April wird danach in § 1 bestimmt:

Verleger und Drucker von Zeitungen, die auf maschinenglattem holzhaltigen Druckpapier gedruckt werden, sowie alle sonstigen Personen, die unbedrucktes Papier der genannten Art beziehen, dürfen in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 31. August 1916 solches Papier nur in den Mengen beziehen, die für sie von der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin festgesetzt werden. Dies gilt auch, soweit es sich um die Erfüllung bereits abgeschlossener Lieferungsverträge handelt.

Es folgen dann die Einzelanordnungen, die den Papierverbrauch den Zeitungen um 5 bis 17 Prozent einschränken.

Alle übrigen Bezahler von unbedrucktem maschinenglattem holzhaltigen Druckpapier dürfen nur 85 vom Hundert derjenigen Menge von solchem Papier beziehen, die sie im Jahre 1915, berechnet auf einen Zeitraum von zwei Monaten, bezogen haben.

Bei Festsetzung der Menge werden Bestände an unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier, nach Abzug einer dem Verbrauch des vergangenen Monats entsprechenden Menge, die als Reserve anzusehen ist, angerechnet.

Nach § 2 unterliegen diesen Bestimmungen nicht die Verleger von Zeitungen, deren Ausgaben in einer Woche nicht mehr als 7 Bogen zu je 4 Seiten umfassen und die nicht öfter als einmal täglich erscheinen.

Aus den weiteren Bestimmungen sei folgendes wiedergegeben:

Bei Eingehen von Zeitungen und sonstigen Druckschriften hat der Verleger dies der Kriegswirtschaftsstelle unverzüglich anzuzeigen. Ebenso ist von jeder Änderung in der Erscheinungsweise der Kriegswirtschaftsstelle unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Die Lieferung von Frei- und Werbeexemplaren ist verboten, gleichgültig ob die Lieferung auf längere oder kürzere Zeit, ob sie durch Verleger oder durch Mittelspersonen erfolgt. Die Lieferung von Pflichtexemplaren an Behörden wird von dieser Bestimmung nicht berührt, ebenso ist die Abgabe von Freieigenplaren an Mitarbeiter, Bazarlette und Soldatenheime, jedoch nicht mehr als ein Exemplar, und die Abgabe von Belegeexemplaren an Inserenten gestattet.

Wer unbedrucktes, maschinenglattes, holzhaltiges Druckpapier im Besitze hat, hat es der Kriegswirtschaftsstelle auf deren Verlangen käuflich zu überlassen, außer solchen Mengen, die nach § 1 als Reserve des Besitzers anzusehen sind. Dem Besitzer ist für die überlassenen Mengen ein angemessener Uebernahmepreis zu bezahlen, der ebenfalls von der höheren Verwaltungsbehörde des Wohnorts des Besitzers endgültig festgesetzt wird.

Der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe sind auf Verlangen alle Auskünfte, die sich auf die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen beziehen, unverzüglich zu erteilen.

Den Bestimmungen dieser Bekanntmachung unterliegen nicht die Behörden des Reichs, der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens.

Die Kriegswirtschaftsstelle kann Ausnahmen von den Bestimmungen zulassen, gegen deren Veranlassung nach Einspruch an das Reichsamt des Innern entscheidet ein Ausschuß, dessen vom Reichskanzler ernannte Mitglieder dem Beirat der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe angehören.

Leim schwaches Schreibpapier.

II. Der Unterrichtsminister macht bekannt, es seien Schulhefte mit nicht ganz leimfestem Papier von Lehrern beanstandet und von den Schülern den Papierhändlern zurückgegeben worden. Die nicht genügende Leimfestigkeit des Papiers habe ihren Grund in den jetzigen Schwierigkeiten der Herstellung. Da sich die Papierindustrie in einer Zwangslage befinde, so müßten sich die Papierverbraucher den neuen Verhältnissen anpassen, ihre Ansprüche an die Leimfestigkeit von Schreibpapier herabsetzen und geringes Auslaufen und Durchschlagen der Tinte mit in den Kauf nehmen. Die königlichen Provinzial-Schulkollegien und Regierungen werden deshalb ersucht, hierauf aufmerksam zu machen. Der Minister zweifelt nicht, daß die Lehrerschaft den Umständen gern Rechnung tragen und Hefte wegen schwachen Auslaufens der Tinte während des Krieges nicht zurückweisen werde.

Bekanntmachung über Druckpapier.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Druckpapier vom 18. April 1916 wird bestimmt, daß Verleger und Drucker von Zeitungen, die auf maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier gedruckt werden, sowie alle sonstigen Personen, die unbedrucktes Papier der genannten Art beziehen, in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 31. August 1916 solches Papier nur in den Mengen beziehen dürfen, die für sie von der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin festgesetzt werden. Dies gilt auch, soweit es sich um die Erfüllung bereits abgeschlossener Lieferungsverträge handelt. Die Festsetzung geschieht nach Grundsätzen, wonach Zeitungen, je nach ihrer Quadratmeterfläche im Jahre 1915 eine Einschränkung von 5 vom Hundert bis 17 vom Hundert erfahren; Zeitungen, deren Quadratmeterfläche sich im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 verringert hat, erhalten 1 bis 3 vom Hundert über diejenige Menge hinaus, zu deren Bezug sie berechtigt sind. Zeitungen, deren Quadratmeterfläche sich im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 vermehrt hat, erhalten 4 bis 12,5 vom Hundert unter derjenigen Menge, zu deren Bezug sie berechtigt sind. Alle übrigen Bezahler von Druckpapier dürfen für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 31. August 1916 nur 85 vom Hundert derjenigen Menge von solchem Papier beziehen, die sie im Jahre 1915, berechnet auf einen Zeitraum von zwei Monaten, bezogen haben. Bei Festsetzung der Menge, die bezogen werden darf, werden Bestände an unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier, nach Abzug einer dem Verbrauch des vorangegangenen Monats entsprechenden Menge, die als Reserve anzusehen ist, angerechnet. Der Bestimmung unterliegen nicht die Verleger solcher Zeitungen, deren Ausgaben in einer Woche nicht mehr als sieben Bogen zu je vier Seiten umfassen und die nicht öfter als einmal täglich erscheinen. Die Verleger dieser Zeitungen haben der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe auf ihre Kosten ein Pflichtexemplar jeder Ausgabe durch die Post regelmäßig zu überweisen. Bei der Einreichung der Bestellungen (Abrufe) an die Kriegswirtschaftsstelle ist der Zweck anzugeben, zu dem das Druckpapier Verwendung finden soll. Ein Anspruch an die Kriegswirtschaftsstelle auf Lieferung besteht nicht. Alle Bezahler von Druckpapier haben der Kriegswirtschaftsstelle bis zum fünften Tage eines jeden Monats anzuzeigen, welche Mengen (in Kilogramm) sie im vergangenen Monat veräußert oder verbraucht haben. Druckpapier darf ohne Genehmigung der Kriegswirtschaftsstelle nicht verkauft oder sonstwie weitergegeben, auch nicht zu einem andern als dem in der Bestellung (Abruf) angegebenen Zwecke verwandt werden. Zum Weiterverkauf einzelner Rollenreste im Gewichte bis zu 10 Kilogramm für jeden Rollenrest bedarf es der Zustimmung der Kriegswirtschaftsstelle nicht. Von jeder Änderung in der Erscheinungsweise von Zeitungen, Zeitschriften ist der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe unverzüglich Anzeige zu erstatten. Die Lieferung von Frei- und Werbeexemplaren von Zeitungen, Zeitschriften und periodisch erscheinenden Druckschriften ist verboten. Die Lieferung von Pflichtexemplaren an Behörden wird von dieser Bestimmung nicht berührt, ebenso ist die Abgabe von Freiexemplaren an Mitarbeiter, Lazarette und Soldatenheime, jedoch nicht mehr als ein Exemplar, und die Abgabe von Belegexemplaren an Inserenten gestattet. Wer Druckpapier im Besitze hat, hat es der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe auf deren Verlangen käuflich zu überlassen. Dies gilt nicht für Mengen, die als Reserve des Besitzers anzusehen sind. Erfolgt die Überlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe durch die zuständigen Behörden auf die Kriegswirtschaftsstelle übertragen.

Die Schonung des Papiervorrats.

Wie die „Bud. Korr.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, haben mehrere Minister Verordnungen bezüglich der Sparsamkeit mit Papier und Schreibmaterialien erlassen. Zuletzt ermahnt der Minister des Innern in der mit 16580/1916 bezeichneten Zirkularverordnung die ihm unterstellten Behörden, Ämter und Institutionen zur Sparsamkeit. Der Minister verordnet, daß, wo nur irgend möglich, schriftliche Verfügungen vermieden und der Verkehr mündlich oder telephonisch aufrecht erhalten werden sollen. Die offizielle Korrespondenz soll tunlichst nicht auf besonderen Bogen, sondern auf der Rückseite der Akten selbst erledigt werden. Man stilisiere kurz und präzis und verlange keine überflüssigen Berichte. Neben dieser mittelbaren Art der Sparsamkeit muß auch unmittelbar auf Schonung des Papiervorrats geachtet werden. Demzufolge muß auf dem Konzeptbogen der ganze Raum ausgenützt werden. Zur Reinschrift gebrauche man halbe Bogen. Es wird also mit der Gepflogenheit gebrochen, nach der für offizielle Berichte und Zuschriften ganze Bogen gebraucht wurden, auch wenn man nur wenige Zeilen schrieb. Folglich wird es keine Behörde als Unehreverbietigkeit betrachten, wenn ihr auf halben Bogen geschrieben wird. Der Minister des Innern betont in seiner Verordnung, daß mit Papier und Schreibmaterialien überhaupt aufs sparsamste umgegangen werden muß und diese zu anderen Zwecken als denen ihrer Bestimmung nicht gebraucht werden dürfen. Diese Mahnung gilt auch dem großen Publikum, denn Sparsamkeit auf diesem Gebiete ist Pflicht nicht nur des Beamten, sondern auch der Privaten. Die Auffassung, daß Briefe, Gesuche oder andere Zuschriften nur auf ganzen Bogen geschrieben werden dürften, muß jetzt aus allgemeinem Interesse fallen gelassen werden. Wer seinen Brief auf zwei Seiten fertig bringt, der möge das andere Blatt des Briefpapiers abreißen und für eine andere Gelegenheit aufbewahren. Auch der Schreiber eines Gesuches tue desgleichen. Er schreibe es ruhig auf einen halben Bogen, falls der Raum ausreicht. Auch die subalternen Behörden schreiben ihre Berichte an den Minister auf halben Bogen. Folglich werden es unter den heutigen Verhältnissen vom Minister angefangen alle Behörden nur gutheißen, wenn Private dasselbe tun. Auf diese Art kann jeder den wichtigsten Interessen dienen, die an die Schonung des Papiervorrats knüpfen.

(Zusammenschluß der österreichischen Lackfabriken.) Im Industriehaus in Wien fand vor kurzem unter dem Vorsitz des Kommerzialrates Artur Wittner bei überaus reager Beteiligung die gründende Versammlung des Verbandes der Lackfabrikanten Oesterreichs statt. Nach Konstituierung des neuen Verbandes wurde einstimmig der Beitritt zum Zentralverband der Industriellen Oesterreichs beschlossen, worauf der Präsident des Zentralverbandes, Sektionschef Dr. Brosche, die Lackindustrie zur vollzogenen Organisierung in warmen Worten beglückwünschte und dabei auf die wichtigsten Aufgaben hinwies, deren Erledigung dem neuen Verband schon für die nächste Zukunft bevorstehe. Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurde zum Präsidenten Herr Karl Marx, zum geschäftsführenden ersten Vizepräsidenten Kommerzialrat Artur Wittner und zum zweiten Vizepräsidenten Herr Julius Maas gewählt. Mit Rücksicht auf das rege Interesse, das allseits der Frage der Rohstoffbeschaffung entgegengebracht wird,

wurde neben dem Verbandsausschuß auch ein eigener Rohstoffbeirat gewählt. Das Bureau des neuen Verbandes, dessen Geschäftsführung dem Zentralverband der Industriellen Oesterreichs übertragen wurde, befindet sich im Industriehaus.

* **Höchstpreise für Spirituosen.** Eine im Amtsblatt veröffentlichte Regierungsverordnung verfügt über die Feststellung von Höchstpreisen für den Ausschank oder Kleinverschleiß von gebrannten Spirituosen. Demgemäß sind die Verwaltungsbehörden über Ansuchen der kompetenten Finanzdirektion verpflichtet, jenen Höchstpreis festzustellen, der beim Ausschank oder im Kleinverschleiß von gebrannten Spirituosen gefordert werden darf. Diese Höchstpreise sind unter Zugrundelegung der für Spiritus festgestellten Preise (laut Regierungsverordnung Zahl 30.500) festzustellen, wobei die Verwaltungsbehörde und die Finanzdirektion einverständlich vorgehen. Auf gebrannte Spirituosen feinerer Qualität, die in verschlossenen und etikettierten Flaschen verkauft werden, bezieht sich diese Verordnung nicht, doch dürfen diese nur in solchen Geschäften verkauft werden, die sich auch bisher mit diesem Verkauf beschäftigt haben. Die Verwaltungsbehörde kann auch für den Alkoholgehalt eine Minimalgrenze feststellen. Zur Feststellung der Höchstpreise sind berufen: in Budapest der hauptstädtische Magistrat, in Komitatsmunicipien der Vizegespan, in Städten der Büroermeister, in Fiume der Magistrat, in Kroatien-Slavonien die vom Banus bezeichneten Verwaltungsbehörden. Die festgestellten Höchstpreise sind in ortsüblicher Weise zu verlautbaren; der Finanzminister kann die Höchstpreise überprüfen und nach Bedarf auch abändern. Auwiderhandlungen unterliegen den üblichen Strafen. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft und ihre Wirksamkeit erstreckt sich auf das ganze Landesgebiet.

3./VII. 1916

129

[Altpapiersammlung in Preßburg.] Wir erhalten folgende Zuschrift: Zu der in der Abendausgabe Ihres geschätzten Blattes vom 28. v. M. gebrachten Notiz über eine Papieraktion in Teschen möchte ich mir als frühere Schriftführerin der „Unitas“, Pozsony (Preßburg), erlauben, Ihnen, beziehungsweise Ihrem weitverbreiteten Leserkreis zur Kenntnis zu bringen, daß eine ähnliche Aktion auch in Preßburg, unserer ungarischen Nachbarstadt, besteht. Diese Aktion wurde bereits im April dieses Jahres eingeleitet, und zwar durch den dortigen Hausfrauenverein „Unitas“, dessen überaus rührige Präsidentin Frau Jenny Scorlich den Gedanken anregte und sogleich auch mit aller Energie zur Ausführung brachte. Der Erlös, welcher sich aus dem Verkauf des gesammelten Papiers und ähnlicher Abfälle im Haushalt ergibt, ist in Preßburg zu dem Zweck verwendet worden, beziehungsweise wird noch verwendet, bedürftige Schulkinder mit gutem Schuhwerk zu versehen, zu welchem Zweck von der gleichen tatkräftigen Dame und dem genannten Verein schon lange Zeit vorher eine Sammlung sonst nicht mehr verwendeter Schuhe mit ebenfalls sehr erfreulichem Resultat veranstaltet worden war. Ergebenst Fr. Anny Schöne.

Die Papierersparnis.

Bei den Behörden und in Geschäftsunternehmungen.

Mit der immer längeren Dauer des Krieges haben alle Papierforten eine ganz außerordentliche Preissteigerung erfahren, die — obwohl sie für Konzept-, Kanalei- und Ministerpapierforten die Höhe von 110 Prozent erreicht hat — noch nicht auf dem Kulminationspunkt angelangt ist. Diese fortgesetzte enorme Preissteigerung, die hauptsächlich auf die Schwierigkeiten der Holz- und Schwefelbeschaffung sowie auf den Arbeitermangel in den Papierfabriken zurückzuführen ist, hat alle Anstaltungen, und zwar sowohl die der Ministerien, sowie der ihnen unterstehenden Behörden und der Gemeinde Wien, veranlaßt, Weisungen an die Beamtschaft ergehen zu lassen, die darauf abzielen, mit dem amtlich verwendeten Papier in allen Formen nach Möglichkeit zu sparen. Namentlich nach den großen Preissteigerungen der Papierforten im Herbst vorigen Jahres setzte die Papierersparnis bei unseren Behörden allgemein ein. In Deutschland hat der Ruf nach Papierersparnis in allen Ämtern mit vielen Gepflogenheiten aufgenommen. Das Rubrum der Aktenstücke wurde als überflüssig und papierverschwendend beseitigt, der Amtsstil vielfach auf die größte Kürze des Ausdruckes beschränkt. Was man früher mit verwirrend kunstvoll gebauten Satzgefügen auf mehreren Bogen mitgeteilt, wird jetzt mit einigen kurzen Sätzen viel rascher und klarer gesagt. Daß dieser neue, knappe Amtsstil nicht nur den Vorteil größerer Deutlichkeit, sondern auch den einer großen Ersparnis an Zeit und Papier mit sich bringt, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

In den österreichischen Ministerien wird die Einführung der Papierersparnis, die der Krieg gezeitigt hat, wohl auch nach Friedensschluß weiterbestehen, denn sie hat sich nicht nur wegen der Verminderung der Papierkosten, sondern auch in manch anderer Beziehung als sehr vorteilhaft erwiesen. Statt des Rubrums, das die vorderste Seite eines ganzen Aktenbogens beanspruchte, wird jetzt auf den halben Bogen, die zur Verwendung kommen, bloß oben links die Aktenzahl sowie der „Betreff“, das heißt die Bezeichnung des Gegenstandes des Aktes, vermerkt. Man erspart also mit zwei kurzen Zeilen in der oberen linken Ecke des Aktenblattes eine ganze Seite, die bereits zur Mitteilung verwendet werden kann. Die Einführung, bloß halbe Bogen zu benutzen, kommt auch bei solchen Akten zur Anwendung, die mehrere Beilagen mit sich führen. Früher hat man die Beilagen in den Aktenbogen hineingelegt. Jetzt werden sie mit einer kleinen Hefklammer aus Draht an den Halbbogen viel sicherer und einfacher befestigt. Durch die Benützung der ersten Seite des Halbbogens und Weglassung des sogenannten Respektblattes wird, wie uns von einer ministeriellen Materialverwaltung mitgeteilt wird, eine Papierersparnis erzielt, die ungefähr ein Drittel des Verbrauches in Friedenszeiten beträgt.

Natürlich ist auch die Gepflogenheit, die Rückseite eines Blattes unbeschrieben zu lassen, aufgelassen worden. Ja, die Ersparnis geht so weit, daß man in Fällen, in denen von den zwei Seiten nur mehr vier, fünf Zeilen frei bleiben, die Erledigung oder eine Nachtragsbemerkung nach vorgenommenen Kommissionen, die früher regelmäßig auf einen eigenen Bogen oder zumindest auf ein eigenes Blatt geschrieben wurde, wenn möglich, noch in dem freien Raum der zweiten Seite anbringt.

Als ein wichtiges Mittel, Papier zu sparen, wird natürlich auch eine nicht allzu große und breite Schrift empfohlen. Es gibt Leute, die sich darin gefallen, übermäßig groß und weit auseinandergezogen zu schreiben, und daher für eine verhältnismäßig kurze Mitteilung viel Papier brauchen. Solche Handschriften sind jetzt nicht zeitgemäß. Uebrigens können sie bei den Behörden und in den Geschäftsbetrieben ihren papierverschwendenden Einfluß nur wenig ausüben, da sie durch die Maschinenschrift ersetzt wurden, durch die eine nicht geringe Papierersparnis erzielt wird.

Auch hinsichtlich der Qualität des Papiers wird sowohl in den Ämtern als auch in den Geschäftsbetrieben gespart. Statt der teureren starken Papierforten (Ministerpapier), die früher vielfach verwendet wurden, kommen dünnere, billigere Papierforten, wie Konzept- und einfache Kanaleipapierforten, in Gebrauch.

Interessant ist, wie in vielen Unternehmungen, ja sogar bei den Ministerien und öffentlichen Ämtern, mit den Briefumschlägen gespart wird. Man wählt nämlich für Briefumschläge (Kuberte) lieber besseres, festeres Papier, verwendet sie aber zweimal. Der von der Post zugestellte Briefumschlag wird — besonders wenn er offen einlangt — umgekehrt und auf der Rückseite für die Antwortadresse verwendet. Bei leicht zugelebten Kuberten wird das Auseinanderlegen von einem kunstfertigen Amtsdieners mit einem feinen Papiermesser sehr geschickt gemacht. Der Adressat bekommt also die Antwort in seinem eigenen Kubert.

Natürlich gibt es auch manche Methoden der Papierersparnis, die hier nicht erwähnt werden können, die aber, wenn sie nicht nur von den Ämtern und Geschäftsbetrieben, sondern auch im privaten schriftlichen Verkehr achtsam durchgeführt werden, mit beitragen, eine große Masse von Papier, die sonst überflüssigerweise verbraucht oder verwüftet wurde, zu ersparen oder einer zweckmäßigen Verwendung zuzuführen und so beizutragen, in dem Ringen mit den Feinden, die uns wirtschaftlich niederringen wollen, durchzuhalten.

Im Zeichen der Papiernot.

Wir erhalten von einem Reichsdeutschen, der sich zurzeit in Wien aufhält, folgende Zuschrift: „In der ‚Zeit‘ las ich während der letzten Tage mehrfach von der sich auch hier in Oesterreich bemerkbar machenden Papiernot. Man will also sparen — weil man muß! Zu den verschiedenen Vemtern, den bisherigen größten Papierverschwendern, ist der Hochstuf des unnützen Verbrauchs ein Kegel vorgeschoben worden, in den Trassen bekommt man weder Zigarren noch Zigaretten eingepackt, der Obsthändler wird einen demnächst fragen, ob man sich die paar sündhaft teuren Kirschen, die man sich vielleicht doch einmal kauft, nicht freundlicher Weise in den Gut schütten lassen möchte. So geht es weiter; alles, um Papier zu sparen. (Dabei legt man aber in den Kaffeehäusern zu jeder Tasse Kakao eine Papierserviette, jedenfalls auch um zu sparen.) Wo man aber wirklich sparen könnte: bei den Straßenbahnkarten, da denkt man nicht daran, den Anfang zu machen. Und doch wäre es so einfach. Die nächsten Fahrkarten, die man zum Druck gibt, läßt man nur halb so groß machen. Sicherlich würde es ganz gut gehen, denn die heutigen Niesenkarten sind ja im Mittelstück sowie oben und unten ein ausgesprochenes Linienverzeichnis aller Verkehrs-möglichkeiten der Wiener städtischen Straßenbahnen. Dazu kommt an den beiden Seiten noch ein langatmiger Wochenkalender. Warum das alles? Jedem Fahrgast sind die einzelnen ausführlichen Linienbezeichnungen vollständig gleichgültig. Wer nach Grinzing fährt, für den ist doch beispielsweise die Linie nach Schwchat ohne Belang und umgekehrt. Auf den Fahr-scheinen der Elektrischen in den deutschen Großstädten werden wohl auch alle Linien genannt, jedoch in gekürzter Form. Die Wochentage sind gleichfalls mit den Zeitangaben von 6 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts aufgedruckt, jedoch in sieben engen, lang über die Karte laufenden, untereinanderstehenden Linien. Um jeden Betrug zu unterbinden, hat man sogar noch die Monatsdaten vom 1. bis 31. eingestellt, und doch sind die Karten nur halb so groß wie die Wiener Fahr-scheine. Sollte es der Wiener Straßenbahn-direktion wirklich unmöglich sein, im Zeichen der Papiernot und der damit verknüpften Notwendigkeit des Sparens einen ähnlichen Fahr-schein herzustellen?“

[Der Geschäftsgang der Waggonfabriken.]
Die Waggonfabriken, denen im vorigen Jahre und auch heuer große Bestellungen der Staatsbahnen zugekommen sind, liefern jetzt fortlaufend fertiggestellte Wagen ab. Dadurch, daß den Fabriken die Aufträge bis in das nächste Jahr hinein bekanntgegeben worden sind, gestaltete sich für sie die Arbeitseinteilung etwas leichter und sie konnten die entsprechende Rücksicht auf das vorhandene Material und die verfügbaren Arbeitskräfte nehmen. Da die Fabriken durch staatliche Bestellungen stark in Anspruch genommen sind, so werden private Aufträge nur mit mehrmonatiger Lieferungsfrist entgegengenommen, und auch in den letzten Monaten ist keine wesentliche Verkürzung dieser Lieferungsstermine zu beobachten gewesen. Die Preise der Waggonen haben sich nicht unerheblich erhöht, und namentlich sind Spezialwagen, für die sich von mehreren Seiten Nachfrage zeigte, im Preise stärker gestiegen. Die Verteuerung von Waggonen veranlaßt private Besteller sowie die Waggonleihanstalten zu einer gewissen Zurückhaltung, weil sie mit Rücksicht auf die für sie bedingte Rentabilität der Waggonen dieselben nicht zu teuer bezahlen

4. Juni 1916

133

[Der Absatz der Emailierwerke.] Die Emailwarenfabriken sind gegenwärtig einerseits mit der Herstellung von Erzeugnissen beschäftigt, welche die Heeresverwaltung bedarf, anderseits gibt ihnen die im Zuge befindliche Erzeugung von Gebrauchsartikeln, die aus Kupfer und anderen zur Ablieferung bestimmten Metallen hergestellt waren, durch Blech- und Eisenwaren entsprechende Arbeit. Der Inlandsbedarf ist infolgedessen ein anhaltend reger und der Rückgang im Export, der seit Ausbruch des Krieges begonnen hat, wird weniger stark empfunden. Das große überseeische Exportgeschäft hat vollkommen aufgehört und einzelne kleinere Sendungen können naturgemäß hiefür keinen Ersatz bieten. Für die Ausfuhr kommt gegenwärtig Bulgarien und das besetzte serbische Gebiet in Betracht. Auch nach Rumänien werden Emailwaren ausgeführt, dagegen stockt der Absatz nach Griechenland und der Türkei.

Sammlung von Altpapier in den Schulen.

Voraussichtlicher Reingewinn mehrere hunderttausend Kronen.

Der n.-ö. Landesschulrat hat in den letzten Tagen an die Direktionen aller dem Landesschulrate unterstehenden Lehr- und Erziehungsanstalten und an alle Bezirksschulräte nachstehenden Erlaß gerichtet: Infolge Erlasses des Unterrichtsministeriums hat das Kriegshilfsbureau, um der offiziellen Kriegsfürsorge neue Mittel zuzuführen, zugleich aber auch, um durch Herbeischaffung von der Erzeugung von Papier und Pappendeckel dienenden Alt- und Skartpapieren dem empfindlich werdenden Papiermangel zu steuern, eine eigene Betriebsstelle ins Leben gerufen, deren Aufgabe es ist, die Sammlung des erwähnten, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr wertvollen Rohmaterials der Papiererzeugung, sowohl an amtlichen Stellen, als auch bei Privaten in die Wege zu leiten, und für den Verkauf der auf diese Weise zustande gebrachten Quantitäten an Papierfabriken Sorge zu tragen.

Da bei den Schulbehörden und Schulleitungen, abgesehen von den skatierten Akten, deren Skatierung bei dem gegenwärtigen Personalmangel gewiß weniger intensiv erfolgen dürfte, naturgemäß ein großer Vorrat an Abfallpapier, verbrauchten Kuverts, Zeitungen usw., teils vorhanden ist, teils sich ansammelt, würde das Kriegshilfsbureau auf den unentgeltlichen Erwerb dieses Materials besonderen Wert legen, es würde sich aber auch gerne bereit finden, so viel dies seitens der berufenen Stellen als angemessen betrachtet werden sollte, die bisher von diesen Stellen für das skatierte Material zugunsten des Amtspauschales eingenommenen Beträge zu bezahlen. Bemerkt wird, daß das Kriegshilfsbureau unter günstigen Einkaufsverhältnissen von der ganzen Aktion einen Reingewinn von einigen Hunderttausend Kronen erwartet. Der Ertrag der Aktion wird in Wien dem k. k. österreichischen Militärwitwen- und -waisenfonds, im übrigen Oesterreich u. d. Enns dem Kriegshilfsbureau zufließen. — Für die Sammlung, bezw. den Ankauf des zustandekommenen Alt- und Skartpapiers ist folgender Vorgang in Aussicht genommen: Die betreffende Abgabestelle (Behörde usw.) bringt mit einer Korrespondenzkarte der „Betriebsstelle des Kriegshilfsbureaus des Ministerium des Innern für die Sammlung von Skartpapieren in Wien, 3. Bezirk, Auenbruggergasse 2“ die beabsichtigte Abgabe des Skartmaterials, den etwa verlangten Preis, sowie die ungefähre Menge zur Kenntnis. Für die Abfuhr wird dann die erwähnte Betriebsstelle, welche kronlandsweise vorgeht, ohne weiters allmählich Sorge tragen. Bei Uebernahme des Materials

durch einen Angestellten der Betriebsstelle ist an diesen von der Abgabestelle behufs Kontrolle eine Quittung über den eventuell ausbezahlten Einkaufspreis auszufolgen. Diese Angestellten werden mit einer Legitimation (dunkelgrünes Wägel mit dem Emblemen der offiziellen Kriegsfürsorge auf dem Umschlage, goldener Adler mit rotem Kreuze) versehen werden, deren Vorweisung von den Abgabestellen unbedingt verlangt werden sollte. Die Direktionen und Bezirksschulräte werden im Interesse des kriegshumanitären Zweckes sowie der Behebung des Papiermangels ersucht, das weitere zu veranlassen.

Die Einschränkung der Papier- erzeugung.

Die im Morgenblatt angekündigte Kundmachung des Handelsministers vom 11. d. betreffend Einschränkung der Papiererzeugung wird in der heutigen „Wiener Zeitung“ veröffentlicht. Die Publikation hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des § 3 der Ministerialverordnung vom 23. Mai 1916 untersage ich die Erzeugung von holzhältigen Schreib- und Druckpapieren sowie von Packpapieren aller Art, zu deren Herstellung Zellulose in einem Ausmaß verwendet wird, das 50 Prozent der gesamten Papiermasse überschreitet.

Weiter untersage ich die Erzeugung von Affichen- und Dünndruckpapieren sowie von Chrompapieren und -kartons, zu deren Herstellung Zellulose in einem Ausmaß verwendet wird, das 40 Prozent der gesamten Papiermasse überschreitet.

Weiter ordne ich an, daß für die Erzeugung holzstofffreier Papiere die nachstehenden Bestimmungen zu gelten haben:

I. Ohne Einschränkung dürfen erzeugt werden:

- a) holzstofffreie Papiere mit einem Hadernzusatz, der 50 Prozent der gesamten Papiermasse überschreitet;
 - b) Spinnpapiere aus reiner Natronzellulose;
 - c) holzstofffreie Papiere, welche unmittelbar an militärische Behörden und Anstalten, an staatliche, kommunale oder öffentliche Ämter und Anstalten und an öffentliche Verkehrsunternehmungen zu liefern sind.
- II. Die Erzeugung sonstiger holzstofffreier Papiere ist auf das Ausmaß von 75 Prozent der durchschnittlichen Erzeugung solcher nicht nach Punkt I ausgenommener Papiere in den Monaten Jänner bis einschließlich Juli 1916 einzuschränken.

Diese Anordnungen treten sofort in Kraft.

Jene Unternehmungen, welche holzstofffreie Papiere der in Punkt II gedachten Art im eingeschränkten Umfange weiter zu erzeugen beabsichtigen, haben dies binnen acht Tagen nach Kundmachung dieser Verfügung dem Handelsministerium anzuzeigen und hierbei anzugeben: 1. die Gesamtmenge der Erzeugung aller Arten holzstofffreier Papiere in jedem der Monate Jänner bis einschließlich Juli 1916, 2. die Papierforten und Mengen, welche an jede einzelne der in Punkte I, lit. c. angeführten Stellen geliefert wurden.

In Gemäßheit des § 4 der Ministerialverordnung vom 23. Mai 1916 stehen bestehende Schlüsse der Erfüllung der vorstehenden Verfügungen nicht entgegen.

Auf Uebertretungen dieser Verfügungen finden die Strafbestimmungen der obangeführten Ministerialverordnung Anwendung.

Spitzmüller m. p.

(Die Höchstpreise für Harz und Harzprodukte.) Die kaiserlichen Verordnungen vom 16. Juni 1916 haben Höchstpreise für Harz und Harzprodukte festgesetzt. Durch eine heute publizierte, sofort in Kraft tretende Verordnung vom 4. d. wird unter Aufrechterhaltung der übrigen Bestimmungen der kaiserlichen Verordnungen vom 16. Juni angeordnet: Lärchenterpentin („Tiroler Terpentin“) unterliegt nicht den Vorschriften der Ministerialverordnungen vom 16. Juni 1916, RGW. Nr. 184 und 185. Um bei der Erzeugung von Kolophonium in Retorten u. dgl. mit direkter Feuerung (Neustädter Kolophonium) die Gewinnung reinerer Ware zu fördern, wird der Höchstpreis für feinst gesiebtes, leicht abgehobenes Kolophonium mit dem erhöhten Betrage von 200 K. für 100 Kilogramm festgesetzt. Der Höchstpreis für Kolophonium, das aus Fichtenharz gemäß einer von der Harzkommission auf Grund des § 5 der Ministerialverordnung vom 16. Juni 1916, RGW. Nr. 184, erteilten Bewilligung erzeugt wird, wird mit 310 K. für 100 Kilogramm festgesetzt.

Der Papiermangel.**Einschränkung der Zelluloseerzeugung.**

Der in neuester Zeit aufgetretene Mangel an Schwefelkies läßt eine Einschränkung der Zelluloseerzeugung, für welche dieses Material ein nur in gewissen engen Grenzen erzielbares Betriebserfordernis bildet, voraussehen. Mit einer Kundmachung des Handelsministers wurden deshalb Anordnungen getroffen, welche die tunlichst sparsame Verwendung der Zellulose zum Zwecke haben.

Zunächst ergab sich die Notwendigkeit, den zulässigen Zellulosegehalt der holzhaltigen Schreib- und Druckpapiere sowie der Packpapiere auf 50 Prozent, jener der Afischen- und Dünndruckpapiere sowie der Chromopapiere- und Kartons auf 40 Prozent der gesamten Papiermasse herabzusetzen. Bezüglich der holzstofffreien Papiere mußte auf das Mittel einer Herabsetzung der Produktion auf 75 Prozent des Normalquantums gegriffen werden.

Von dieser Produktionsbeschränkung werden aus Rücksichten des öffentlichen Interesses einerseits gewisse Papiersorten ausgenommen (Hadernpapiere, Natronzellulose-Spinnpapiere), andererseits bezieht sich die Einschränkung nicht auf Lieferungen an staatliche, militärische und sonst öffentliche Ämter und Anstalten.

Angeichts der eine ausreichende Papiererzeugung gegenwärtig hindernden Verhältnisse obliegt der Bevölkerung die patriotische Pflicht, einerseits nach Möglichkeit an Papier zu sparen, andererseits aber zur Deckung des unumgänglichen Bedarfes vorübergehend mit weniger guten Papiersorten vorlieb zu nehmen.

18. VII. 1916

1738

Preiserhöhung für sämtliche Erzeugnisse der Tapezierer und Dekorateurs. Die Genossenschaft der Tapezierer in Wien und der Landesverband Niederösterreich der Vereinigung der Tapezierer Österreichs gibt bekannt, daß infolge der fortgesetzten Preissteigerung aller Rohmaterialien, sowie der neuerlich gewährten Lohn-erhöhung für die Gehilfenschaft, für sämtliche Erzeugnisse der Tapezierbranche eine abermalige namhafte Preissteigerung eintrete.

Radsahrverbot und Herrschaftswagen. Man schreibt uns: Das Radsahrverbot und die Beschlagnahme der Gummibereifungen der Fahrräder war eine in die Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten vieler Menschen tief eingreifende Maßregel. Doch wenn das Vaterland es fordert, ist kein Opfer zu groß, darum werden die vielen Betroffenen auch dieses Opfer gern bringen. Um so erstaunter aber war ich, als mich während einer Reise, die mich in mehrere Großstädte führte, zahllose Herrschaftswagen auf Gummirädern fahren sah. Ist es da nicht natürlich, daß man sich fragt, warum dürfen denn die vornehmen Herrschaften auf vier dickbelegten Gummirädern durch Parks und Straßen fahren, während man selber seine zwei Gummireifen nicht benutzen darf, sondern abliefern muß? Wieviel Fahrradbereifungen müssen schon beschlagnahmt werden, wieviel Menschen ihre bescheidene Freude opfern, um so viel Gummi von den dünnen Belägen der Reifen zusammenzubringen, wie ein einziger Herrschaftswagen, der einem einzelnen zum Vergnügen dient, bringen würde! Zudem würde ein solcher Wagen sicherlich mit einem Metallreifen versehen und weiterhin gebraucht werden können, so daß für die Betroffenen keine Einbuße, sondern nur eine, sagen wir, Qualitätsänderung des Vergnügens eintreten würde, während das seiner Gummireifen beraubte Fahrrad völlig unbrauchbar ist. Die Gerechtigkeit und das Interesse der Allgemeinheit fordern daher, daß auch die Gummibereifungen der Wagen, die doch viel ausschließlicher dem Vergnügen des Besitzers dienen als die Fahrräder, beschlagnahmt und Heereszwecken dienstbar gemacht werden.

Die Pflicht gegen sich selbst.

In industriellen Kreisen hat eine Flugschrift der Pariser Firma Roger & Gallet, in der die Armeen und die Industrie der Mittelmächte auf das gräßlichste herabgesetzt und verkleinert werden, unliebsames Aufsehen erregt. Die Firma Roger & Gallet hat für ihre Parfümerieerzeugnisse viele Millionen von dem Publikum der Zentralstaaten gezogen; ihr Fabrikat war keineswegs besser als unser Erzeugnis, aber der Name Paris wirkt in der Damenwelt nach immer wie ein Zauber, und im Vertrauen auf diesen Zauber wagen es die beiden Franzosen, die Industrie der Mittelmächte zu schmähen. Wir büßen also unsere Vorliebe für das Ausland immer mit Undank und die Erfahrung macht uns nicht klüger. Der Krieg, als Auslösung eines Jahrzehnte alten Hasses, ermuntert unsere Feinde zu Schlichkeiten jeder Art; militärisch ohnmächtig gegenüber der Kraft der Mittelmächte und gegenüber der tadellosen Organisation, der wir unsere Erfolge verdanken, suchen sie durch billige „wirtschaftliche“ Vorstöße die Volkswirtschaft ihrer Gegner zu treffen. Es ist hier nicht der Ort, die Veröffentlichung der Firma Roger & Gallet durch sachliche Argumente zu bekämpfen. Unser bestes Argument ist allezeit das Fabrikat selbst, in unserer Tüchtigkeit liegt immer wieder der wirksamste Widerstand, aber es gibt ein kräftiges Mittel der Abwehr, feste Organisation des Willens. Anzeichen sprechen dafür, daß eine Aktion dieser Art geplant wird. Nicht nur bei uns und im Deutschen Reiche, sondern auch in Ungarn, und namentlich in Budapest hat sich die Frauenwelt zusammengefunden, um die Unabhängigkeit vom Auslande in sichere Wege zu leiten.

Mit Zwangsmitteln irgendwelcher Art kann eine Organisation dieser Art schwerlich arbeiten. Das Wichtigste an Unternehmungen, die gleichsam ein ethisches Moment zum Ausdruck bringen, ist die Wachrufung des Gewissens. Der Standpunkt dessen, der das Gewissen seiner Kompatrioten aufrütteln will, stützt sich auf ganz einfache Argumente. Hauptsächlich besinne dich deiner eigenen Kraft! Ich störe die schädlichen Vorurteile, leite die anderen an, unbefangene Urteile zu prüfen, ehe sie handeln! Das unbefangene Urteil stellt fest, daß unsere heimische Industrie in allen Berufen der Konkurrenz des Auslandes nicht nur gewachsen, sondern überlegen ist. Ihr Nachteil liegt bloß darin, daß der Prophet nichts gilt in seinem Vaterlande. Kein Mensch von Verantwortungsgesühl wird es in diesen Zeiten auf seine Schultern nehmen wollen, dem Feinde indirekt zu nützen. Kein Mensch würde dem, der ihn eben mit Fußtritten regalisieren wollte, noch Geld in die Hand stecken oder bitten, daß er ihn auch weiterhin gewogen bleibe. Es ist eine Sache des Charakters, und der Charakter zeigt sich vor allem in der Uebereinstimmung von Wort und Tat. Ein Patriot, dessen Mund beredtes Zeugnis für die edle Sache des Vaterlandes gibt, und dessen Hand dabei vom Feinde dieses Vaterlandes Ware empfängt, die er daheim eben so gut und preiswürdig beziehen kann, wird nichts weniger als ein Charakter sein. In vielen Fällen ist es freilich nicht so schlimm; in vielen Fällen handelt eher die Unbedachtsamkeit als der böse Wille. Die Leute sind sorglos und denken nicht gerne nach, wo es sich um alte Gewohnheiten handelt. Sie lieben ihr Vaterland sehr, aber sie sind zu schwach, ihren lieben Gewohnheiten zu entsagen. Sonst opferfähig, sind sie zu bequem, das Opfer zu bringen, wo es sich um so „geringsfügige“ Dinge handelt wie die Frage: Woher beziehst du, was du brauchst? Aus Frankreich? Wer sind die Leute, die dir liefern? Und man zeigt dem Sorglosen die Flugschrift der Firma Roger & Gallet und bittet ihn um sein Urteil darüber. Er wird sicherlich entrüstet sein. Nun heißt es dafür Sorge zu tragen, daß diese Entrüstung nicht nutzlos verlauche. Dazu wird eine Organisation, wie beispielsweise die der Budapester Frauen, von großem Nutzen sein; sie wird die Frage nicht einschlafen lassen, ob es nicht lächerlich im höchsten Grade ist, dem abzukaufen, der uns beschimpft. Wenn die vielen Millionen, die Roger & Gallet von uns bezogen haben, im Vaterland geblieben wären, hätte die heimische Industrie sicherlich in ihrem Aufschwung noch rascher fortschreiten können. Der Krieg muß auch auf diesem Gebiete wie ein reinigendes Gewitter wirken. Ihr müßt euch besinnen! Müßt aufhören, das Ausland zu bevorzugen, nur weil es Ausland ist! Es ist damit wahrhaftig kein ungebührliches Verlangen gestellt: nichts soll entbehrt, nichts soll aufgegeben werden, man soll es nur vom Inlande beziehen, dessen Erzeugnisse gar oft ins Ausland wandern, um als englisches oder französisches Fabrikat bei uns auf den Markt zu kommen. Es gibt Pflichten gegen das Vaterland, die genau so viel wiegen wie die Pflicht gegen sich selbst.

Ein Universalersatzmittel.

Vegetabilischer Ersatz für Federn, Garn, Scharpie und Mehl.

Eine Pflanze, welche noch sehr wenig ausgenutzt wird und doch jetzt besonders unsere volle Aufmerksamkeit verdient, ist der Rohrkolben. Herders Konversationslexikon sagt über diesen: „Typha Tourn., Rohr- oder Rieskolben, einzige Gattung der Typhaceen (Familie der Monokotyledonen, Reihe Pandanalen); 9 Arten, in Sümpfen der warmen und gemäßigten Zonen, Stauden mit kriechendem Rhizom, linealen Blättern und zylindrischen, unten weiblichen, oben männlichen Blütenkolben (für Windbestäubung eingerichtet). Die bis 2 Meter hohen Typha latifolia L., Nordhalbkugel, und Typha angustifolia L., auch Südafrika, liefern Nahrung (stärkemehlreiche Wurzelstöcke), Flecht- (Blätter) und besonders Polstermaterial (Fruchtwolle), auch Bierpflanzen.“

Manchem Städter werden die hübschen braunen Kolben vielleicht noch aus den ehemals so beliebten Makartbuketts erinnerlich sein. Als ich voriges Jahr eine Probe der Fruchtwolle an Hofrat Professor Sothenegg in Wien sandte, antwortete er mir: „Der Versuch mit der allerdings kleinen überschiedenen Probe ergab, daß die übersendeten Pflanzenfasern im chirurgischen Betriebe sich vielfach sehr vorteilhaft verwenden lassen, so daß ich sehr bitte, nun an meine Klinik direkt ein größeres Quantum zu überlassen. . . . wir könnten, wenn Sie uns durch die Zusendung der Pflanzenfasern behilflich werden, vielfach diese statt der Scharpie zur Füllung von Wundbäuschchen, Polstern der Schienen usw. verwenden und so den Scharpieverbrauch sparsamer gestalten.“ Später schrieb Hofrat Professor Sothenegg nochmals: „Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir möglichst viel von Ihren Pflanzenfasern einsenden würden. Ich bitte Sie daher, auch in den Ihnen zugänglichen Kreisen um das uns sehr wertvolle Material zu werben.“

Ich weiß nun allerdings nicht, ob sich das Material für Wundbäuschchen bewährt hat, aber jedenfalls ist es außerordentlich brauchbar für alle Polsterungen — ich selbst habe es vielfach für Kissenfüllungen verwendet — und ohne Zweifel jetzt, wo vielfach nur mehr Stroh oder Holzwolle in den Spitälern für Kopfpolster verwendet werden kann, viel zu kostbar, um zugrunde zu gehen.

Jeder Grundbesitzer sollte es sich zur Pflicht machen, die auf seinem Boden wachsende Typha schon jetzt zu schützen (da die Kolben mit den Blättern von den Leuten abgeschnitten und anstatt Stroh als Streu usw. verwendet werden) und später den Spitälern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, denn wer sonst hätte vor allem das Recht weich zu liegen als die Soldaten, die von uns das härteste Leben haben.

Der Rohrkolben, welcher nicht nur in Sümpfen, sondern auch an Bach- und Teichufern vorkommt, wird am besten im November, Dezember, frühestens im Oktober geerntet, wenn die Früchte zu fliegen beginnen, denn dann erst ist der Pappus, welcher der Wolle die Flaumigkeit verleiht, voll entwickelt. Um die Polsterung schon gebrauchsfertig zu machen, müssen die Früchte von den Stengeln gestreift und, wenn sie feucht sind, gut getrocknet werden. Zusammengedrückt verlieren die Früchte ihre Flaumigkeit, was vielleicht ein Vorteil, denn sie sind zu „flüchtig“. Das Sammeln und Abstreifen ist eine unangenehme und schmutzige Arbeit, da die Samen an Kleidern und Möbeln hängen bleiben und Nase und Mund verkleben; aber es lohnt sich der Mühe. Uebrigens lassen sich Kleider und Möbel sehr leicht mit einem Luche oder Bürste reinigen. Zum Ablösen der Kolben benütze man, außer man hat einen Rahn zur Verfügung, einen langen Obstpflock; ein Saß ist das geeignetste Behältnis.

Ich habe auch in verschiedenen Spinnereien angefragt, ob die Fruchtwolle spinnbar sei; man hat mir geantwortet, daß Maschinen speziell dafür gerichtet werden müßten und große Mengen dazu nötig wären, damit sich dies rentiere. Ich bin überzeugt, daß sich sehr große Mengen davon im Lande befinden und hoffe, daß die

Grundbesitzer, nicht die Händler, sie ausnützen werden.

Was nun den stärkemehlreichen Wurzelstock betrifft, habe ich aus dem gründlich getrockneten Mehle eine Miniaturfemmel backen lassen; diese war genießbar, „schlammelte“ aber bedeutend, welchem Uebelstande sicher durch Wässern leicht abzuhelfen wäre. Ich werde später über die von einem Chemiker angestellten Versuche näheres berichten.

Dora Stenger.

Die Lage der Elektrizitätsindustrie.

Von Dr. Heinrich Schreiber.

Die wirtschaftliche Lage der Elektrizitätsindustrie ist fortwährend günstig zu beurteilen. Die Beschäftigung der elektrotechnischen Fabriken läßt an Intensität nichts zu wünschen übrig. Sie arbeiten nach wie vor für Heeresbedarf, zum Teil auch für private Investitionen, insbesondere jener Industrien, die ihrerseits wieder unter Verwertung der elektromotorischen Arbeit mit militärischen Lieferungen befaßt sind. Vielfach sind die Fabriken aber auch zur Erzeugung von sonstigen Heeresartikeln übergegangen, wie insbesondere von Munitions- und sonstigen Kriegsausrüstungsgegenständen. Das gilt gleichermaßen für die Etablissements, die für Starkstrom, wie für jene, die für Schwachstrom (Telephon- und Telegraphenbau) produzieren; es gilt aber auch für die unterschiedlichen Spezialfabriken von Kabel- und Drahtleitungen, Lampen, Kohlenspitzen, Akkumulatoren usw. Die anfänglichen Beschränkungen, ob es möglich sein werde, während des Krieges die Fabriken ausreichend auszunützen, insbesondere infolge des Arbeitermangels, der durch Einrückungen hervorgerufen wurde, infolge der Beengung in den Rohstoffen, die mit der Unterbindung der ausländischen Einfuhr und der behördlichen Requirierungen eingetreten ist, haben sich glücklicherweise als unbegründet erwiesen. Die Leutenot wurde beseitigt durch Einstellung von Frauenarbeit, die Beschränkung in den Rohstoffen wurde behoben durch die Einführung von zweckdienlichen Ersatzstoffen. Freilich, ohne Ausfälle geht es auch auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens nicht ab. Diese trafen aber mehr die deutsche, für den Weltmarkt arbeitende Elektrizitätsindustrie, als die heimische, obgleich auch hier die Exportziffern beträchtlicher Weise einen starken Rückgang erlitten haben. Im großen ganzen ist es jedoch den Unternehmungen gelungen, die Schwierigkeit der Verhältnisse ohne einschneidende Einbuße zu überwinden, ja im Gegenteil, mannigfach sogar die Rentabilität zu steigern.

Allerdings in neuen Projekten, wie in der Herstellung großer Zentralen und Ueberlandwerke, dem Bau elektrischer Bahnen, ist naturgemäß eine Stodung eingetreten. Der hierdurch entstandene Abgang wurde zum Teile hereingebracht

durch Neuanlage von Städtischen zwecks Erzeugung künstlicher Düngemittel.

Sind die wirtschaftlichen Sorgen der Elektrizitätsindustrie, die mit Kriegsausbruch bestanden hatten, somit größtenteils verflüchtigt, so sind immerhin andere Probleme aufgetaucht, die ihre Existenzbedingungen nicht unwesentlich berühren. Dazu zählt vor allem die Stellungnahme zu jenen Bestrebungen, welche darauf abzielen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den verbündeten Zentralmächten zu verinnerlichen. Es konnte nicht ausbleiben, daß angesichts dieser Tendenzen sich die maßgeblichen sachtechnischen Korporationen mit diesem Probleme beschäftigen mußten. Natürlich, politisch ist der Wunsch ein einmütiger, das Band, welches die Waffenbrüderschaft geschmiedet hat, auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Tätigkeit zu festigen und dies womöglich auch in der Elektrizitätsindustrie zu bekunden. Immerhin ist für die Elektrizitätsindustrie das Bedenken nicht abzustreifen, daß die überragende und vermöge ihrer Leistungen weltbeherrschende deutsche Elektrizitätsindustrie auf die heimische Entwicklung drücken und unsere Konkurrenzfähigkeit schwächen könnte. Man glaubt wohl dagegen noch immer einen entsprechenden Schutz in den Zollschranken zu finden. Freilich ist es der Statistik seither gelungen (vergl. insbesondere die aufklärenden Daten von Emil H o n i g m a n n), nachzuweisen, daß der Zollschutz in den verschiedensten elektrotechnischen Bedarfsartikeln eine Steigerung der Einfuhr nicht aufgehalten hat, was aber keineswegs seine Ursache in der Unzulänglichkeit des inländischen Fabrikats, sondern lediglich darin hat, daß der Inlandsbedarf, aber auch unsere sonstigen Absatzmöglichkeiten zugenommen haben. Man darf auch nicht übersehen — und dies ist der heimischen Industrie vor allem gegenwärtig — daß die Relationen zwischen ihr und dem Deutschen Reiche seit jeher eng verschlungen waren. Die deutschen Elektrizitätskonzerne sind größtenteils die Mitbegründer unserer vornehmsten inländischen Etablissements, ja einzelne von ihnen sind unmittelbare Zweiganstalten, und auch sonst

findet ein ständiger Austausch von Fachmännern, Ideen und Erfindungen zwischen den zwei Reichen statt. Mögen sich daher auch hierzulande Erzeugung, Absatz und Expansion mit den deutschen Verhältnissen nicht messen können, weil diese sich zu einer, allerdings durch den Krieg gehemmten Weltstellung entwickelt haben, so nimmt doch die Kapazität und das Leistungsvermögen der inländischen Elektrizitätsindustrie bereits eine zu hohe Stufe ein, als daß sie sich deshalb ängstlich zurückziehen müßte. Man möchte im Gegenteil meinen, daß sich unsere und die deutsche Elektrizitätsindustrie zu einer wünschenswerten Vervollkommnung ergänzen. Die Selbständigkeit der heimischen Produktion ruht auf genügend festen Weilern, so daß von dem wirtschaftlichen Zusammenschlusse eine Erschütterung kaum zu befürchten ist, vielmehr umgekehrt die Großzügigkeit der deutschen Organisation auch unsere Industrie zu neuen Aufgaben aufmuntern wird.

Bei dieser Sachlage kann es auch sonst nicht wundernehmen, daß die Elektrizitätspolitik haben wie drüben von den gleichen Richtlinien geleitet wird, die aber — und da gelangen wir zu dem zweiten gewichtigen, die Elektrizitätsindustrie betreffenden zeitgenössischen Probleme — in den Formen ihrer bisherigen Betätigung eine grundsätzliche Veränderung herbeizuführen trachten. Diese Bestrebungen gehen darauf hinaus, den staatlichen Einfluß auf die Elektrizitätswirtschaft zu steigern und ihn möglicherweise zu einem ausschließlichen zu gestalten. Die Bewegung stützt sich auf die Annahme, daß der privatwirtschaftliche Elektrizitätsbetrieb den Anforderungen auf weitestgehende Verallgemeinerung der Energieverteilung minder zuträglich ist als der Staatsbetrieb, der allein berufen und fähig sei, für die Beschaffung von Licht und Arbeit in allen Teilen des Staatsgebietes Sorge zu tragen. Man arbeitet also auf das elektrische Staatsmonopol hin und diese Idee ist natürlich auch von der Hoffnung getragen, damit dem Staate neue Einkünfte zu sichern, deren er — besonders unter den jetzigen Verhältnissen — je mehr je besser nicht entzaten kann.

Die Fabrikationsfirmen sind von diesen Bestrebungen weniger betroffen, daher sie ihnen gerne zuneigen, weil sie sich von einer umfassenden staatlichen Investitionstätigkeit neue und ausgiebige Beschäftigung erwarten. Betroffen sind davon die bestehenden zahlreichen Elektrizitätswerke, und zwar ohne Unterschied die Gemeinde- und privaten Elektrizitätswerke, die damit der Einstellung, bezw. Ablösung anheimfallen sollen und natürlich auch alle Zukunftschancen der Unternehmertätigkeit, die damit begraben wäre. Auf dieser Seite ist allerdings ein Widerstand zu gewärtigen, der sich zunächst darin beseitigt, Abschwächungen und Auskunftsmitel gegenüber einem starren Staatsmonopol vorzuschlagen, wie insbesondere, daß bloß die Erzeugung staatlich vorbehalten, hingegen der Absatz der Stromlieferungsunternehmungen freigegeben werde. In Deutschland hat diese Bewegung bereits sichtbare Formen angenommen. In verschiedenen Bundesstaaten (Bayern, Sachsen, Baden) steht die staatliche Elektrizitätswirtschaft auf der Tagesordnung, ja ist mannigfach bereits in der Realisierung begriffen, und auch bei uns hat der Gedanke des obrigkeitlichen Elektrizitätswesens offenkundig Raum gewonnen.

Wie aber auch immer dieser Kampf der Ansichten und Bestrebungen ausfallen mag, sicher ist, daß es Aufgabe aller beteiligten Faktoren ist und bleiben wird, der wirtschaftlichen und technischen Überlegenheit der Elektrizität, die sich auf fast allen Gebieten bei Beschaffung von Licht und Kraft erprobt hat, jene Vorbedingungen zu schaffen, deren sie zum Nutzen der allgemeinen Wohlfahrt und der Volkswirtschaft bedarf. Daß in dieser Richtung die Elektrifizierung der Bahnen nicht zurückbleibt, versteht sich bei der großen Bedeutung des Verkehrs für das moderne Wirtschaftsleben von selbst. Hier freilich hätte unbestreitbar der Staat die ausgreifenden Schritte zu tun, zumal sich ihm vor allem für diese Traction in der Erschließung und Ausnützung der in den öffentlichen Gewässern nutzbaren hydraulischen Kräfte die wirksamsten Belege darbieten.

Erzeugungszwang für Papier in Ungarn. Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung über die Erzeugung des zum öffentlichen Bedarf notwendigen Papiers. Danach ist der Handelsminister, falls irgend ein Papierfabrikat in einer zur Deckung des öffentlichen Bedarfs nicht entsprechenden Menge zur Verfügung steht, ermächtigt, einzelne Papierfabrikunternehmen zu verpflichten, Papierfabrikate in vom Handelsminister vorgeschriebenen Mengen und Qualitäten zu erzeugen.

*** Preiserhöhung der Schreib- und Zeichenhefte.**
Der niederösterreichische Landesschulrat hat an sämtliche Bezirksschulräte eine Vorschrift gerichtet, in der es u. a. heißt: „Der Landesschulrat gestattet in teilweiser Abänderung der Vorschriften vom 15. Juli 1915, daß mit Rücksicht auf die neuerliche bedeutende Steigerung der Papierpreise die Einzelpreise für Schreib-, Sprach-, Rechen- und Zeichenhefte für die Dauer der herrschenden außergewöhnlichen Verhältnisse abermals erhöht werden, und zwar im nachstehenden Ausmaße: Kleinformat, 6 Blatt, Preis 7 Heller (früher 6 Heller); Kleinformat, 12 Blatt, Preis 14 Heller (früher 12 Heller); Großformat, 6 Blatt, Preis 8 Heller (früher 7 Heller); Großformat, 12 Blatt, Preis 16 Heller (früher 12 Heller); Zeichenhefte, Kleinformat, 6 Blatt, perforiert oder unperforiert, Preis 12 Heller (früher 9 Heller); Zeichenhefte, Großformat, 8 Blatt, Preis 32 Heller (früher 24 Heller). Außerdem wird gestattet, daß bis zum Eintritte normaler Erzeugungsverhältnisse von der Angabe der Blattzahl und des Verkaufspreises auf den Titelschildern abgesehen werden kann. Die Unterscheidung in Hefte für Schul- und Hausarbeiten und Hefte für Übungen hat zu entfallen, es sind nur einerlei Hefte für alle schriftlichen Übungen eines Unterrichtsgegenstandes in Gebrauch zu nehmen und diese sind voll und ganz auszunützen. Es sind auch die Rückseiten und die leeren Teile der bereits im Vorjahre abgegebenen Zeichenblätter zu verwerten. Auch kann statt des teureren Zeichenpapiers für verschiedene Aufgaben Packpapier genommen werden. Für Übungen von vorübergehenden Werte sind Schiefer- und Pappdeckeltafeln auf allen Unterrichtsstufen zu verwenden.“

1. IX. 1916

125

*** Einschränkung des Wachsverbrauches in den Kirchen.** Wie das Diözesanblatt mitteilt, hat das Wiener fürsterzbischöfliche Ordinariat die Kirchenvorsteher angewiesen, mit Rücksicht auf die dermaligen Verhältnisse den Wachsverbrauch beim Gottesdienst in den Kirchen möglichst einzuschränken. Nur in ganz außergewöhnlichen Fällen soll in Zukunft über die vorgeschriebene Anzahl von Wachskerzen hinausgegangen werden. Das Brennen von Opferkerzen auf Altären außer den liturgischen Handlungen oder vor Heiligenbildern und auf eigenen Kerzenständern ist hintanzuhalten. Bezüglich solcher Opferkerzen wären die Gläubigen in geeigneter Weise, auch von der Kanzel, darauf aufmerksam zu machen, die Kerzenspende für den liturgischen Gebrauch zu widmen.

1. IX. 1916

146

*** Einfache Möbel für die kriegsbetroffenen Gebiete.** Die Ausstellung des vom Ministerium für öffentliche Arbeiten zur Erlangung musterhaltiger Möbel für die kriegsbetroffenen Gebiete angeordneten und vom Oesterreichischen Museum durchgeführten Wettbewerbes ist noch bis Ende September in den Räumen des Museums (L. Stubenring 5) an allen Wochentagen, ausgenommen Montags, und an allen Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. An diesem Wettbewerb haben sich 60 genossenschaftliche Vereinigungen, Einzelfirmen und Fachschulen aus Wien und den Kronländern mit rund 260 Objekten beteiligt, von welchen 118 mit Preisen (16 mit dem ersten großen, 4 mit dem ersten kleinen, 48 mit dem zweiten großen und 50 mit dem zweiten kleinen Preise) ausgezeichnet worden sind. Auch die aus der Kunstgewerbeschule hervorgegangenen Entwürfe, nach welchen gearbeitet worden ist, sind im Säulenhofe des Museums ausgestellt. An jedem der Möbel ist der Verkaufspreis angebracht, die Geschäftskarten der Aussteller sind in der Museumskasse erhältlich.

1. / ~~III.~~ 1916
IX.

157

Gründung einer ungarischen Munitionsfabrik.
Zwischen der Dr. Liptak & Co. A.G. in Budapest und einer Gruppe, der die Enzesfelder Munitions- und Metallwerke A.G. angehört, ist eine Vereinbarung zustandekommen, wonach sich diese Gruppe an der Dr. Liptak & Co. A.G. in Budapest durch Uebernahme von Aktien beteiligt. Gleichzeitig gründen die letztgenannte Gesellschaft gemeinschaftlich mit der Enzesfelder Munitions- und Metallwerke A.G. ein neues Unternehmen in Budapest, welches sich unter dem Namen „Ungarische Munitionsfabriks-Aktiengesellschaft“ mit der Herstellung fertiger Munition beschäftigen wird. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft beträgt 2.500.000 Kronen.

1. / 1916
IX.

148

— (Die neue britische Farbenindustrie.) Vor dem Kriege hat England jährlich rund 24 Millionen Kronen für Farbstoffe ausgegeben, wovon nur ein knappes Sechstel in England selbst erzeugt, während der größte Teil aus Deutschland geliefert wurde. Mit Kriegsausbruch wurde zur Abhilfe von dieser Abhängigkeit von Deutschland bekanntlich unter Intervention der britischen Regierung die British Dyes Ltd. als nationale Farbenindustrie begründet, die nicht nur den laufenden Bedarf während des Krieges decken, sondern England vom Import überhaupt unabhängig machen sollte. In diese Versorgung mit britischen Farbstoffen soll auch Indien einbezogen werden, das jährlich um rund 50 Millionen Kronen gefärbte Baumwollgarne und um rund 900 Millionen gefärbte Artikel überhaupt importiert. Um diesen fetten Bissen den englischen Produzenten zu sichern, wurde am 5. Juli 1915 die erwähnte Farbenindustrie-A. G. gegründet, die durch Subskription 20 Millionen Kronen und als Darlehen der Regierung 25 Millionen Kronen erhielt und somit ein Gesamtkapital von 45 Millionen Kronen hat. Die Regierungskontrolle dieser neugegründeten Gesellschaft wird durch zwei von ihr ernannte Mitglieder der Direktion ausgeübt. Der Aufsichtsrat besteht aus Koryphäen der Textil- und Färbindustrie, und der Vorsitzende ist das Parlamentsmitglied James Kiner, der den Ruf eines ausgezeichneten Chemikers besitzt. Zur Etablierung der neuen Gesellschaft wurden die großen Farbwerke von Reed, Holliday & Sons in Yorkshire akquiriert, wo nicht nur die laufenden Arbeiten ausgeführt, sondern auch für den zukünftigen Kon-

kurrenzkampf berechnete Experimente vorgenommen werden sollen. Hierbei rechnet man auf die Mitwirkung der neubegründeten Farbenindustrie Frankreichs, die im geschlossenen Vorgehen mit der englischen die gegenwärtige deutsche Suprematie auf diesem Gebiete brechen soll. Der nunmehr vorliegende Rechenschaftsbericht des ersten Geschäftsjahres ist vom 1. August datiert und führt als bisherige Leistungen der jungen Gesellschaft aus: 1. Daß ein Direktorenkomitee sich gebildet habe, das seine ganze Aufmerksamkeit den Tendenzen und der Geschäftsführung der Gesellschaft widmet; 2. daß ein technisches Komitee sich gebildet habe, das die wissenschaftliche und technische Leitung besorgt; 3. daß ein Untersuchungs- und Experimentierkomitee unter Vorsitz des Prof. W. G. Perkin gebildet wurde, das seine Tätigkeit auf die chemischen Laboratorien sämtlicher englischer Universitäten erstreckt und hierbei von den Professoren der organischen Chemie unterstützt wird; 4. daß ein Beratungskomitee von zwölf Hochschulpromotoren gebildet wurde, das sich mit Experimenten der organischen Chemie im allgemeinen und der Kohlenstofffarben insbesondere befaßt. Um das Zusammenwirken mit Frankreich zu sichern, hat man mit der unter den Auspizien der französischen Regierung begründeten analogen Farbindustrievereinigung Frankreichs einen Wechselvertrag geschlossen, der eine gegenseitige weitgehende Unterstützung garantiert, und der ein Heranziehen der einschlägigen Industrien in den alliierten Ländern und bei den freundlich gesinnten Neutralen bezweckt.

Die Glaserzeugung und der Krieg.

Auch die Glasindustrie und mit ihr der Handelsverkehr, die Glaswaren und das Glasergerbe sind durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden. Material und Arbeitsmangel haben auf diesem Gebiet nicht nur die überall eingetretene Teuerung verursacht, sondern die namhaften Firmen und Fabriken zeitweilig gezwungen, ihre Betriebe gänzlich einzustellen. Vor allem der Mangel an Rohstoffen ist es, der den Glasfabriken größte Einschränkung in der Erzeugung gebietet. Das hauptsächlichste Rohprodukt, der Sand, wird aus Deutschland bezogen und hat infolge der Steigerung der Valuta eine außerordentliche Preissteigerung erfahren. Verschiedene Chemikalien, wie Oxide und Farbstoffe, sind überhaupt nicht zu bekommen, andere wieder, wie Soda und Pottasche, nur zu ganz bedeutend höheren Preisen. Hierzu kommt noch eine Reihe von Hilfsstoffen (Stroh, Benzin, Gummi), deren Preise um 400 bis 500 Prozent emporgeschwollen sind. Große Schwierigkeiten bringt auch der allgemeine Kohlenmangel mit sich, der einer der altberühmten nordböhmischen Glasfabriken einen dreimonatigen Stillstand auferlegt hatte. In gleicher Weise hemmend wirkte bei dem gleichen Unternehmen der Arbeitermangel; es arbeiten in Friedenszeiten stets mehr als dreihundert Schleifer, jetzt kaum dreißig. Selbstredend richtet man in der Glasindustrie nun sein Hauptaugenmerk auf die Erzeugung von Gebrauchsartikeln. Auf Glasgegenstände für die Haushaltung und allerhand für die Approvisionierung wichtige Konservengläser wird in erster Linie Bedacht genommen. Ferner werden medizinische Bedarfsgegenstände, Retorten und Whiolen für den Chemiker und Apotheker, schließlich die für die Beleuchtung notwendigen Glasartikel mit dem entsprechenden Vorrecht in der Erzeugung behandelt. Doch besteht an manchen unter den genannten Gegenständen trotz des Arbeitseifers der Fabriken ausgesprochene Not; so an Lampenzylindern, zu deren Herstellung es an geschulten Arbeitern fehlt. Ähnlich sind die Verhältnisse auch in der Tafel- und Flaschenglasindustrie. Fensterglas wird in Friedenszeiten aus Belgien bezogen. Wohl hat man, um dem Bedarf mit inländischen Erzeugnissen einigermaßen zu genügen, eine Vereinfachung des Betriebes eingeführt, indem man allgemein nur zwei Millimeter starkes Fensterglas erzeugt. Aber da stößt man wieder auf den Widerstand der Glasermeister, die, wie früher, die billigeren anderthalb Millimeter starken Fensterscheiben haben wollen. Was den Glasflaschenmangel betrifft, so werden zunächst die Flaschenbierhändler in Mitleidenschaft gezogen, diese haben sich nämlich verpflichtet, ihren Bedarf nur bei einer bestimmten Firma zu decken, die nicht alle ihre Kunden gleichzeitig bedienen kann. An den Ankauf von alten Flaschen andere Formen können die Bierhändler deshalb nicht denken, da sie ihre Waren in der gewohnten Ausstattung dem Verkehr übergeben wollen. Selbstredend leiden auch die Weinhändler unter ähnlichen Verhältnissen, doch werden alte Flaschen, so namentlich die grünen Bitterflaschen ohne Schriftguß, von diesen gekauft. Der Lumpensammler ist es, der hier sein Geschäft macht, indem er die Flaschen billig einkauft und dann in großen Partien an den Weinhändler zu Kriegspreisen weitergibt. Dem Apotheker ist gegenwärtig aus hygienischen Gründen verboten alte Flaschen von der Partei zurückzunehmen. Bedeutend größer sind die Preise, die für all Arten Glaswaren gezahlt werden müssen. Sie betragen bei Gläsern und Nutzgegenständen aus Glas 100 Prozent mehr. Kunstglas hat sich um 200 Prozent verteuert. Wie von Glasfabriken mitgeteilt wird, dürfte auch eine weitere Teuerung von Glas zu erwarten sein.

Erhöhung der Uhrenreparaturpreise.

Die Wiener Uhrmachergenossenschaft hielt vorgestern abends im neuen Rathhaus ihre Generalversammlung, die zum Teil dem Andenken des Ehrenmitgliedes der Körperschaft, der verstorbenen Dichterin Marie v. Ebner-Eschenbach, gewidmet war, der Genossenschaftsvorsitzer Gemeinderat Banosch eine Gedenkrede widmete. Im geschäftlichen Teil der Versammlung wurde die Erhöhung der Reparaturpreise sowie der Einfluß der Sommer- und Winterszeit auf das Uhrmachergewerbe besprochen. Schließlich fand noch eine Debatte über das Verhältnis zu den Schweizer Uhrenfabriken statt.

(Die nordböhmische Glasindustrie im Kriege.) Eine Abordnung von Vertretern der nordböhmischen Glasindustrie, bestehend aus dem Obmann des Nordböhmischen Glasindustriellenverbandes Fr. Friedrich Palme aus Steinschönau und dem Haidaer Glasindustriellen Bornemann, sprach dieser Tage unter Führung des Reichsratsabgeordneten Baurat Heine in den Ministerien vor, um die Wünsche der Glasindustrie in der jetzigen Kriegszeit und für den Zeitpunkt des Friedensschlusses vorzubringen. In erster Linie galt die Aktion der wirtschaftlichen Fürsorge zugunsten der notleidenden Glasindustrie im Steinschönau-Haidaer Bezirke. Insbesondere soll durch die geplanten Maßnahmen diese Industrie, welche durch den Krieg ganz besonders hart getroffen ist, befähigt werden, im Zeitpunkte des Friedensschlusses sofort wieder in vollem Umfang den Export nach dem Auslande aufzunehmen. Die Aktion wird von der Regierung verständnisvolle Förderung und materielle Unterstützung erfahren. Im Handelsministerium wurde von der Abordnung auf die Lebensinteressen unsres Glasindustrieexports nach der Türkei hingewiesen. Ministerialrat Dr. Glück erklärte der Abordnung,

daß alles vorgekehrt werde, um zu einem befriedigenden Abschlusse der Zollverhandlungen zu gelangen, und daß in diesem Sinne auch im vollen Einvernehmen mit Deutschland eine Aktion bei der türkischen Regierung im Zuge sei.

26./IX. 1916

153

[Der Geschäftsgang in der Elektrizitätsindustrie.] Die elektrotechnische Starkstromindustrie ist gegenwärtig mit direkten und indirekten Kriegslieferungen stark in Anspruch genommen. Zu den direkten Kriegslieferungen gehören nebst der Munitionserzeugung, für welche der Maschinenpark der Fabriken ohne weiteres verwendet, beziehungsweise erweitert werden konnte, elektrotechnische Fabrikate aller Art zum Gebrauche an der Front und im Hinterlande, zum Beispiel Stromerzeugungsanlagen für Beleuchtungs- und Kraftübertragungszwecke, Maschinen und Apparate für drahtlose Telegraphie, Scheinwerfer, Kabel usw. Ferner werden ausgedehnte Einrichtungen für die verschiedensten Betriebe der Heeresverwaltung hergestellt. Mittelbar gehören zu den Kriegslieferungen die Arbeiten, welche die Elektrizitätsindustrie für Fabriken ausführt, die ihrerseits einen erheblichen Bedarf für die Kriegführung zu decken haben. Es sind das Hüttenwerke, Waffen- und Munitionsfabriken, Lederindustrien usw. In allen Betrieben, die neu errichtet oder erweitert wurden, ist die Elektrotechnik mit ihren zahlreichen Anwendungen vertreten. Dementsprechend sind die elektrotechnischen Firmen, an ihrer Spitze die großen Elektrizitätsgesellschaften, für geraume Zeit voll beschäftigt.

Vereinigung der Wäschewarenfabrikanten Oesterreichs.

Vorgestern fand unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches die konstituierende Generalversammlung der Vereinigung der Wäschewarenfabrikanten und Konfektionäre Oesterreichs statt. Der Vorsitzende kais. Rat Friedrich Manschburg legte in kurzer Rede die Aufgaben und Ziele der neuen Vereinigung dar. Er betonte die Notwendigkeit der Bildung dieser Branchenorganisation wie die Schaffung von Konditionskonventionen. Es wurde angeregt, gegen die Postbestimmung bezüglich der Frankierung der eigenen gegenüber den ararischen Postarten mit 10 Heller Stellung zu nehmen, weiter wegen der enormen Verteuerung des Papierspagats die Bestimmung von Höchstpreisen an kompetenter Stelle vorzuschlagen. Die erste Aktion der Vereinigung betrifft ihren einstimmigen Beschluß, ab 15. d. für jedes Fünftelopalet 50 Heller für Emballage und Fakturstempel, für Bahnsendungen die Selbstkosten der Emballage zu berechnen und nur unfrankiert zu expedieren, beziehungsweise die Frankaturkosten in Rechnung zu stellen. Hierauf wurden einstimmig kais. Rat Friedrich Manschburg zum Obmann, Kommerzialrat Heinrich Kunz zum Obmannstellvertreter, Max Werner zum Schriftführer, Leopold Bernhardt zum Kassenverwalter, Kommerzialrat Jakob Fleischmann, Karl Landeis, Emil Schönfeld, Henri S. Girsch und Ignaz Kopias zu Ausschußmitgliedern, Jakob Unger und Josef Steiner zu Revisoren sowie Samuel Bachrich, Josef Breitenbach, Siegfried Glas, Max Quittner, Julius Steiner und Wilhelm Stöckler zu Beiräten gewählt.

17. / 8. 1916

155

Verbot des Verkaufs von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion. Der stellvertretende Kommandierende General des 9. Armeekorps erläßt eine Verordnung über das Verbot des Verkaufs von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion, der wir nachstehendes entnehmen: Verboten ist der An- und Verkauf, Tausch sowie jede andere entgeltliche oder unentgeltliche Uebereignung von Prismenfernrohren aller Art, Ziel- und terrestrischen Ferngläsern aller Art, Galileischen Gläsern mit einer Vergrößerung von viermal und darüber sowie der optischen Teile aller vorgenannten Gläser, auch wenn sie im Privatbesitz sind. Verboten ist der Verkauf von Objektiven für Photographie und Projektion, deren Lichtstärke bei einer Brennweite von mehr als 18 Zentimeter größer oder gleich 1:6,0 ist, auch wenn sie im Privatbesitz sind. Die vorerwähnten Ferngläser dürfen an Heeresangehörige veräußert oder sonstwie entgeltlich oder unentgeltlich übereignet werden gegen Vorlage einer mit Stempel und Unterschrift versehenen Bescheinigung ihres Truppenteils, daß die Ferngläser zum Dienst bei der Truppe bestimmt seien. Die Uebereignung der Ferngläser kann ausnahmsweise gestattet werden, falls ihre Vergrößerung die sechsmalige nicht übersteigt. Ebenso kann die Uebereignung der Objektive für Photographie und Projektion ausnahmsweise gestattet werden. Bezügliche Anträge sind von dem Erwerber an die „Beschaffungsstelle für Lichtbildgerät beim Allgemeinen Kriegs-Departement“, Abteilung H, Berlin W 57, Bülowstraße 20, portofrei zu richten, und zwar in doppelter Ausfertigung unter Beifügung eines nicht portofrei gemachten Briefumschlages mit der Adresse des Antragstellers. Im einzelnen sei auf die im Amtsblatt Nr. 250 veröffentlichte Verordnung, die sofort in Kraft tritt, selbst verwiesen.

Die Druckpapierpreise.

Berlin, 20. Oktbr. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung über Druckpapierpreise. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsanwalters betr. die Reichsstelle für Druckpapier vom 18. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1174) wird folgendes bestimmt:

1. Auf die Preise (sogenannte Friedenspreise), die am 30. Juni 1915 für maschinenglattes, holzhaltiges Druckpapier, das zum Druck von Tageszeitungen bestimmt war, zu bezahlen waren, ist a) für Rollenpapiere ein Aufschlag von fünfzehn Mark, b) für Formatpapiere ein Aufschlag von sieben Mark für einhundert Kilogramm maschinenglattes, holzhaltiges Druckpapier zu zahlen. Die Lieferung hat im übrigen zu denjenigen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen zu erfolgen, die im zweiten Vierteljahr 1916 Geltung gehabt haben.
 2. Erfolgt die Lieferung von Druckpapier vom Lager eines Papierhändlers, so kann der Händler auf den auf Grund der Ziffer 1 zu zahlenden Betrag einen weiteren Aufschlag von fünf vom Hundert berechnen.
 3. Bei allen Lieferungen durch Papierhändler hat der Händler auf den Rechnungsbetrag (abzüglich Fracht und Verpackung) einen Rabatt von zwei vom Hundert zu gewähren, wenn die Bezahlung der Rechnung durch den Verleger bis zum 30. Tage nach Eingang der Rechnung erfolgt. Wird die Rechnung an den Händler bis zum 30. Tage bezahlt, so kann der Händler die Bezahlung ohne Abzug vom Rabatt verlangen. Erfolgt die Bezahlung nach dem 30. Tage, so ist der Händler berechtigt, auf den Rechnungsbetrag (einschließlich Fracht und Verpackung) zwei vom Hundert aufzuschlagen. Weitere Aufschläge als die vorstehend unter Ziffer 2 und 3 genannten darf der Händler auf die nach Ziffer 1 zu zahlenden Preise nicht fordern.
 4. Die Preisfestsetzungen der vorstehenden Ziffern 1 bis 3 gelten für den Monat Oktober 1916.
- Alle Zuschriften sind an die Reichsstelle für Druckpapier, Berlin C 2, Breite Straße 8/9, zu richten.
- Berlin, den 19. Oktober 1916.
- Reichsstelle für Druckpapier.
 Mühe, Geheimer Regierungsrat.

27./X. 1916

158

Die Papiernot.

Wien, 26. Oktober.

Wir lesen im „Berliner Tageblatt“ die folgende bemerkenswerte, auch für die österreichischen Verhältnisse und auch für die österreichischen Zentralstellen sehr lehrreiche Darstellung über die Papierfrage im Kriege.

Man erinnert sich noch der ungeheuren Preissteigerungen für alle Arten Papier, die vor einigen Monaten unter den beweglichen Klagen der Papierfabrikanten über ihre Mehrkosten und die ihnen erwachsenden Schwierigkeiten durchgedrückt wurden. Inzwischen haben zahlreiche Papierfabriken ihre Abschlüsse veröffentlicht und fast überall waren Dividendensteigerungen zu verzeichnen. Nun aber hat das große Wehklagen der Papierfabrikanten von neuem begonnen, nur in umgekehrter Richtung: Erklären sie vordem, sie könnten wegen Arbeiter-, Zellstoff-, Kohlen- und Waggomangels kein Papier liefern — die Folge war die Einschränkung der Zeitungen mit all ihren unangenehmen Erscheinungen — so sind sie jetzt auf einmal in der Lage, soviel Papier zu liefern, wie gebraucht wird. Die Ursache für diesen plötzlichen Umschwung geht deutlich hervor aus einem Rundschreiben, das der Verband sächsischer Papierfabrikanten am 20. Oktober versandt hat. Es heißt darin:

Bei vielen Behörden im Reiche, auch bei den sächsischen, sowie anderen Papier verbrauchenden Stellen ist die Ansicht verbreitet, daß wir unter einer Papiernot leiden und daß daher mit Papier überall im weitesten Sinne gespart werden müsse. Diese Ansicht entspricht keineswegs den Tatsachen, denn die Papierindustrie ist auch heute noch sehr wohl in der Lage, alles benötigte Papier zu liefern. Sollten sich zeitweise hier und da einmal während der vergangenen Monate kleine Störungen bei den Papierlieferungen gezeigt haben, so sind darin durchaus nicht irgendwelche Anzeichen einer Papiernot zu erblicken gewesen da nur die übermäßigen Deckungsläufe diese Störungen hervorgerufen haben. Seit längerer Zeit aber ist dies ausgeglichen, und die Papierfabrikation ist nun wieder in der Lage, allen Anforderungen zu entsprechen. Deshalb sollte nicht aus einem Extrem ins andere verfallen und nun der Papierverbrauch übermäßig eingeschränkt werden. Man muß auch dagegen launetwas einzuwenden sein, daß während des Krieges auf allen Seiten eine gewisse Sparsamkeit geübt wird, sie darf aber auch nicht übertrieben und vor allem nicht auf solche Verbrauchsartikel ausgedehnt werden, die, wie das Papier, in genügenden Mengen vorhanden sind. Man würde dadurch den betreffenden Unternehmungen den Absatz ihrer Erzeugnisse nur unnötigerweise erschweren, während doch die volle Aufrechterhaltung auch dieser Betriebe zum wirtschaftlichen Durchhalten unbedingt nötig ist. Wir bitten daher dringend, in Ihrem Bereiche einer übermäßigen Sparsamkeit im Papierverbrauch entgegenwirken und alle Kreise, auch durch die Presse, darüber aufklären zu wollen, daß eine Papiernot im Deutschen Reiche, von der immer berichtet wird, in Wirklichkeit gar nicht besteht.

Verein sächsischer Papierfabriken.

Wenn der Verein Sächsischer Papierfabriken den künstlich herabgedrückten Zeitungspapierkonsum heben will, so gibt es dafür ein sehr einfaches Mittel: Herabsetzung der unerträglich hohen Preise. Die jetzigen Papierpreise machen eine erhebliche Steigerung des Papierverbrauches seitens der Zeitungen einfach unmöglich. Wir zweifeln nicht, daß das Reichsamt des Innern und die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe aus dem Rundschreiben des Vereines sächsischer Papierfabriken die notwendigen Folgerungen ziehen und bei neuer Festsetzung der Preise die gegenwärtige Marktlage, bei der ersichtlich das Angebot die Nachfrage bedeutend übersteigt, in entsprechende Berücksichtigung ziehen werden. Es ist hohe Zeit, daß endlich einmal wieder das Interesse der Papierverbraucher entsprechend in Berücksichtigung gezogen wird; denn die Existenz der Zeitungen und Zeitschriften scheint uns nicht weniger wichtig zu sein als das Gedeihen der Papierfabriken.

*** Neuerliche Erhöhung der Kistenpreise.**

Von der Genossenschaft der Tischler in Wien erhalten wir die folgende Zuschrift: Die Genossenschaft der Tischler Wiens gibt bekannt, daß die Kistentischler Wiens durch die neuerliche hohe Preissteigerung der Holzpreise sich gezwungen sehen, ab 1. November eine neuerliche 20prozentige Erhöhung der Kistenpreise vorzunehmen.

Die Blechemailgeschirr-Industrie im Jahre 1914.

Von Kommerzialrat Julius Angel.

Das Inlandsgeschäft war im ersten Halbjahr ein normales. Mit Kriegsbeginn trat eine vollständige Stodung ein infolge der seitens eines Teiles der Kunden versuchten und erlangten Stornierung ihrer Bestellungen und der Unmöglichkeit der Eisenbahntransporte. Diese Verhältnisse besserten sich erst im Herbst dieses Jahres. Um diese Zeit wurde auch die Nachfrage wieder etwas reger, so daß gegen Ende des Jahres der Umsatz ungefähr die halbe Höhe des normalen Absatzes erreichen konnte. Es sieht zu erwarten, daß diese, wenn auch eingeschränkte Geschäftstätigkeit weiter anhält. Das Geschäft in den vom Feinde besetzten Gebieten hat naturgemäß aufgehört, so daß also die großen Absatzgebiete Galizien und Bukowina entfielen. Das Geschäft in Südungarn und Bosnien wurde ganz unbedeutend. Trotz aller Schwierigkeiten war das Inlandsgeschäft verhältnismäßig kluglos.

Was das Auslandsgeschäft anbelangt, so hielt die durch den verlossenen Balkankrieg herbeigeführte Verschlechterung desselben auch im ersten Semester des Jahres 1914 an. Die Schwierigkeiten, welche für die österreichische Industrie durch Schaffung von Emailwarenfabriken an überseeischen Plätzen entstanden, verschärften sich im Jahre 1914 weiter. Die ungünstige Lage in den verschiedenen Absatzgebieten und der dadurch gesteigerte Wettbewerb der außerhalb des Verbandes europäischer Emailierwerke befindlichen Konkurrenzwerke machte beträchtliche Herabsetzungen der Verkaufspreise notwendig. Insbesondere zu erwähnen wäre das Erscheinen der japanischen Konkurrenz auf dem asiatischen Markte. Dort selbst verschaffte sich diese Konkurrenz durch Bewilligung außerordentlich niedriger Preise allenthalben Eingang. Das Geschäft in Serbien ließ sich zu Anfang des Jahres etwas lebhafter an, ebenso war es möglich, in Bulgarien das Geschäft wieder in stärkerem Umfange zu beginnen.

Der Ende Juli ausgebrochene Krieg war für das Exportgeschäft ein harter Schlag; das überseeische Exportgeschäft ist vollständig zusammengebrochen und das kontinentale Geschäft wurde in schwachem Maße nur aufrechterhalten, soweit es sich um neutrale Länder handelte. Jeder Geschäftsverkehr mit den gegen uns Krieg führenden Ländern ist seit Anfang August d. J. gänzlich unterbrochen, die Zahlungen gehen nicht ein und ergeben sich dadurch für die Produzenten große Schwierigkeiten, schon weil ziemlich bedeutende Beträge ausständig sind und andererseits Waren für diese Länder angefertigt wurden, welche vorläufig nicht oder nur mit großem Verlust abgesetzt werden können.

Dem Export nach neutralen Staaten, wie Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Spanien sind besonders die Transportschwierigkeiten sehr hinderlich. Bestellte Waren konnten nur unter bedeutenden Frachtmehrkosten abgefordert werden. Nach Italien entwickelte sich das Geschäft nach einer kurzen Unterbrechung gleich nach Beginn des Krieges wieder normal, wenngleich die Preise in diesem Absatzgebiet noch wie vor unauskönnlich sind. Bezüglich des überseeischen Exportgeschäftes wäre zu erwähnen, daß in jüngerer Zeit einzelne Verladungen fertiger Ware über neutrale Häfen versucht wurden und daß auch neue Bestellungen in ganz geringem Maße einlaufen. Das, was von den Exporteuren abgenommen wird, ist selbstverständlich ein verschwindend geringer Teil dessen, was sich bei den einzelnen Fabriken an bestellten und nicht übernommenen Waren auf Lager befindet. Aus dem Erlaß von Moratorien in den neutralen Staaten ergaben sich auch beträchtliche Schwierigkeiten und die zweifellos prekäre Situation der Exporteure wirkt auf die Lage der exportierenden Emailindustriellen in ungünstigster Weise.

Infolge der Einberufungen zum Militärdienst besteht ein sehr bedeutender Mangel an geübten Arbeitern. Aus dem Mangel an Absatz ergab sich die Notwendigkeit einer bedeutenden Betriebseinschränkung. Die Werke arbeiten, soweit sie nicht gezwungen waren, den Betrieb vorübergehend ganz einzustellen, höchstens mit einem Drittel ihrer Leistungsfähigkeit.

Hierzu kommt, daß die Produktionsregien durch die Betriebseinschränkungen eine enorme Steigerung erfahren haben. Die meisten Werke arbeiten heute nur, um ihre Arbeiter nicht ganz zu verlieren und hroßlos werden zu lassen.

In den ersten Monaten nach Beginn des Krieges war ein ordnungsgemäßer Transport der Waren ganz ausgeschlossen, da die Mehrzahl der Transportmittel durch die Militärverwaltung in Beschlag genommen wurde. Auch jetzt sind die Transportschwierigkeiten noch ganz außerordentlich. Der Beschaffung der Rohmaterialien, wie Kohle, Eisenblech u. s. w. stehen aus denselben Ursachen große Schwierigkeiten entgegen.

Zusammenfassend kann nur gesagt werden, daß der Zustand unserer Industrie durch den Krieg sehr traurig geworden ist. Es wird außerordentlicher Anstrengungen bedürfen, um nach dem Kriege die besonders im Export teilweise vollständig unterbrochenen Beziehungen wieder neu aufzunehmen.

8.7.1916

M6

Die Kriegsverordnung über die Papier- und Zelluloseindustrie.

Von Herrn Dr. Wilhelm Ritter v. Wymetal, Generalsekretär des Vereines der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten und Direktor der Schwefelkiesgesellschaft m. b. S., gehen uns zur neuerlichen Verordnung betreffend die Papier- und Zelluloseindustrie die nachstehenden Ausführungen zu:

Auf den ersten Blick erscheint die Verordnung vom 23. Mai 1916, RSV. 154, über Herstellung und Lieferung von Erzeugnissen der Zellulose-, Holzstoff- und Papierindustrie ziemlich tief eingreifend und daher recht scharf und schmerzhaft. Wenn man aber den Text der Verordnung genau nachprüft und wenn man überdies ein wenig über die Entstehungsgeschichte der Verordnung unterrichtet ist, so ist zu sagen, daß die Verordnung in der Praxis nicht so drohend und gefährlich auftreten wird, wie sie dem plötzlich erschrocken vor ihr stehenden Beteiligten erscheint.

Zunächst sei erwähnt, daß die Regierung an den Verein der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten als die Vertretung der einheimischen Zellulose-, Holzstoff-, Pappen- und Papierindustrie geraume Zeit vor Herausgabe der Verordnung das Ersuchen gerichtet hat, ihr einen Beirat aus fünf oder sechs Herren für solche Angelegenheiten namhaft zu machen, die die vier genannten Industriezweige betreffen. Und die Regierung hat dann auch die in der Komiteefitzung des Vereines der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten vom 18. März d. J. gewählten Vertreter stetig zur Mitarbeit herangezogen.

Die Verordnung vom 23. Mai bedeutet wohl schon aus diesem Grunde keinen Angriff und keine Gefahr, sondern bloß eine Vorsorge für den äußersten Fall.

Gleich der § 1 der Verordnung darf nur in diesem Sinne ausgelegt werden. Im Zusammenhalt dieses Paragraphen mit dem § 2 und dem § 3 kann der Handelsminister die Produzenten der genannten vier Industrien dazu zwingen, bloß das herzustellen, was er als Staatsnotwendigkeit ansieht, und er kann die Produzenten auch nötigen, eine solche Produktion aufzugeben, die er unter den gegenwärtigen Verhältnissen als überflüssig betrachtet und die ihm als eine Ver-

bindungsfähiger Stoffe erscheint. Wenn das ist

[Der Geschäftsgang in der Elektrizitätsindustrie.] Mit den Kriegsjahren, die sie anfänglich beschleichen mußten, ist die Elektrizitätsindustrie wohl glücklich fertig geworden: Die Frage, wie geht es der Elektrizitätsindustrie weiterhin im Kriege? kann unverändert mit den zufriedenstellendsten Ausweisen beantwortet werden. Freilich macht die Elektrizitätsindustrie sich jetzt andere, sozusagen Friedenssorgen, die allerdings in der allgemeinen, durch den Krieg geschaffenen Wirtschaftslage wurzeln und sich demgemäß von ihr herleiten. Daß es mitten im Kriege der *f a b r i z i e r e n d e n* Elektrizitätsindustrie nicht an Beschäftigung fehlt, liegt auf der Hand; die große Rolle, welche die Elektrotechnik auch im modernen Kriege spielt, bringt es mit sich, daß die Etablissements an der Fabrication von Dynamos, Elektromotoren, Umformern, Scheinverfern, die Spezial- und Materialfabriken an der Erzeugung von Lampen, Kohlenstäben, Akkumulatoren u. dgl., aber auch die Kabel- und Drahtfabriken an den Leitungen, die Telephon- und Telegraphenwerke an ihren Fernapparaten intensiv für Heeres- und ärztlichen Bedarf zu schaffen haben. Hier handelt es sich zumal nicht allein um die Befriedigung des Bedarfszuwachses, sondern auch um die Auffrischung und den Ersatz abgenutzter und zugrundegegangener Bestände. Dem entgegengehalten steht zwar die private Investitionstätigkeit stark zurück. Allein auch sie stockt nicht völlig; viele Betriebs- und Werkstätten, die in ihrer Branche den Kriegsbedarf zu versorgen haben, mußten sich erweitern und bei der gebotenen Raschheit der Effeitueung und der Leutenot sich immer umfangreicher der elektrischen Arbeit zuwenden. Auch dies hat den elektrotechnischen Anstalten ausgiebige Aufträge zugebracht. Sie haben allerdings die Lücke nicht ganz ausgefüllt, die, von einzelnen hydroelektrischen Triebwerken, im besonderen für künstlichen Dünger abgesehen, die außergewöhnliche Rötigung zur Zurückhaltung im Baue neuer Elektrizitätsanlagen und elektrischer Bahnen, gleichermaßen auf Seiten der öffentlichen Verwaltungen und privaten Unternehmen, in die normale Betätigung der großen Fabriken und Installationsfirmen gerissen hat. Allein auch dafür wurde ein Ausgleich gefunden, indem es zur Ausnützung der vorhandenen Kapazität in geschickter Anpassung unternommen wurde, Munitions- und sonstige verwandte Kriegsbedarfsartikel in die Erzeugung einzubeziehen. So wurden die Schwierigkeiten überwunden und der Erfolg der Arbeit, der sich in den Erträgen offenbarte, blieb nicht aus. Es hat zwar münfter im Gefolge der Eindrückungen an geschulten Arbeitern gefehlt; auch die Rohstoffe wurden knapp und immer teurer. Allein auch diese Hemmungen wurden dank der Heranziehung von weiblichen Arbeitskräften und der technischen Findigkeit, welche billige und ausreichend beschaffbare Ersatzstoffe ersann, überwunden. Die gleichen Verhältnisse, welche die Fabrication beeinträchtigten, machten sich naturgemäß auch bei den stromliefernden Werken fühlbar; auch hier Arbeitsmangel; auch hier Beengung in Betriebsstoffen (Kohle, Schmiermaterial usw.); hier zudem noch die gebotene Enthaltbarkeit und Sparbarkeit in der Verwendung der Beleuchtung, die im früheren Lebenslauf und in der Einführung der neuen Tageszeit eine weitere Streckung erfuhr. Dafür hat indessen im Energievertriebe die Anwendung der elektrischen Arbeit, wie bereits hervorgehoben wurde, allgemein zugenommen, so daß im Stromkonsum belangreiche Rückbildungen gewiß nicht zu verzeichnen sind. Es entwickelt sich also auch der Stromabsatz in durchwegs regulärem Fortschritte. Weiderlei Produktionszweige jedoch, und zwar die elektrischen Fabriken sowohl wie die Stromwerke, versehen die im und durch den Krieg für sie gereiften Probleme in lebhafter Schwingung. Auf die elektrotechnischen Fabriken nämlich hat zum Teile der Kartellgedanke besondere Anziehung gewonnen, weil sie dadurch der Regelmäßigkeit in Preis und Konditionen ein Ziel zu setzen, damit aber auch die Idee des wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit den deutschen Firmen und Konzernen zu stärken erachten, um so den Bestrebungen auf Herstellung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zwischen den Zentralmächten auch auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens den Weg zu glätten. Sie stützen sich hierbei, gewiß nicht ganz mit Unrecht, auf die Wahrnehmung, daß die geistige und technische Arbeit ohnehin seit jeher zwischen ihnen und drüben die innigsten Berührungspunkte zeigt, während die Bedeutung der Zollschranken für die Entfaltung der heimischen Elektrizitätsindustrie, wie statistisch von G. Honigmann nachgewiesen wurde, mannigfach überschätzt ist. Freilich gehen auch hier die Auffassungen auseinander; es gibt immerhin auch eine Reihe bedeutender Firmen, die dem widerstreben und sich an der geistigen Gemeinschaft genügen lassen möchten in der Sorge, von der machtvoll an der Spitze schreitenden deutschen Elektrizitätsindustrie übertrumpft zu werden. Noch einschneidender wirkt das auf den ersten Anschein verlockend ausgegebene Schlagwort der staatlichen Großwirtschaft, weil sich vermeintlich für sie vor allem die Stromerzeugung und Verteilung empfehle, einestheils, da sich die Energieverwertung die Bereiche der produktiven Tätigkeiten und der häuslichen Einrichtungen immer nachhaltiger erobere und sie andernteils die Voraussetzungen für eine bespaders unter den jetzigen Verhältnissen anstrebenswerte Mehrung der staatlichen Einkommensquellen in sich schließt. So wird denn der Gedanke des staatlichen Elektrizitätsmonopols, ferner das Projekt von Elektrizitätssteuern und was drum und dran hängt, recht ernsthaft ausgerollt. Bemerkenswert dabei ist, daß solche staatsfinanzielle Pläne nicht etwa bloß von staatlichen Fiskalisten, sondern fast ebenso eindringlich von diepräzistenten privatwirtschaftlichen Unternehmern propagiert werden, offenbar weil sie glauben, es sei besser, statt fatalistisch ein unabwendbares Geschick abzuwarten, ihm beizutreten eine möglichst abschwächende *S* zu geben. Und doch scheint es, als ob alle insgesamt die Besonderheiten, ja Absonderlichkeiten übersehen, welche der elektrischen Energie anhaften und die sie als Verkehrsgut für die staatliche *W* machen. Die Besteuerung von Licht und Kraft wieder scheint, von allen sonstigen Bedenken abgerechnet, in ein Programm der Friedenswirtschaft schon gar nicht zu passen. Ist einmal der Friede da, dann stehen der elektrischen Energie viel zu bedeutende Aufgaben bevor, als daß es gutzuheißen wäre, sie in ihrer Beweglichkeit vorzeitig und vorzeitig mit lästigen Aufgaben zu beschweren. Aber noch eine dritte Existenzfrage für die Entwicklung des Elektrizitätswesens harret ihrer Lösung; es ist die Elektrifizierung der Bahnen. Alles scheint gelöst, technisch und wirtschaftlich die Realisierung vorbereitet, als der Krieg dazwischentrat und mit seiner natürlichen Hemmung dunkle Zweifel nährte, ob strategische Erwägungen nicht gegen die Zweckdienlichkeit solcher Pläne zeugten. Diese Unterrufe erwecken Vorurteile und ihnen daher an den Leib zu rücken, wenn nicht unwiderbringlicher Schade heraufbeschworen werden soll, ist Aufgabe und Pflicht der beruflichen Fachkreise. Die Bahntraktion ist ein zu kostbares Angebinde der Elektroindustrie, als daß sie leicht hin kühlen Ablehnungen und Aufseindungen preisgegeben werden dürfte; sie im Verein mit den Großschöpfungen für die stetig ausgiebigere Verzweigung

Mel

1877, No. 1877, 1877, 1877

ung

Zeitung.)
er 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 J. Abendbl. 75 J.
Reklamen 42 - Abendbl. 50.
Familienanzeigen 41. - zuzügl.
10 % Krieg-zuschlag, Platz- und
Daten-vorschriften ohne Verbind-
lichkeit. - Anzeigen nehmen zu
Unsere Expeditionen in Frankfur
z. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37
Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3
Berlin: Manorastraße 16/18, Dresden:
Waisenhausstr. 25, München: Pera-
astr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34,
Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-
straße 62. Uns. übrige Agentur.
u. d. Annonc.-Expod. Forner in
New York: 21 Broad Street
Verlag u. Druck der Frankfurter
Sozial-Druckerei G. m. b. H.
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430

Staat und Elektrizitätswirtschaft.

Von Emil Schiff, Grunewald.

I.

Die Frage staatlicher Eingriffe in die Elektrizitätswirtschaft wird neuerdings wieder eingehend erörtert. Dem Fernstehenden sei bemerkt, daß es sich hierbei nicht um Eingriffe in warenzeugende Betriebe, sondern lediglich um die Regelung der Gemeinverförgung mit elektrischer Arbeit handelt. Nachdem in der neuerlichen Erörterung bisher im wesentlichen nur Anschauungen des beteiligten privaten Unternehmertums und der Standpunkt der Stadtgemeinden vorgebracht worden sind, sei die Angelegenheit hier unter volkswirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt.*)

Wir befinden uns schon jetzt in einem Abschnitte der Elektrizitätswirtschaft, in dem nicht nur Selbstverwaltungskörper höherer Ordnung, selbst Provinzialverbände, sondern auch Staaten beträchtlich mitwirken. Bayern hat eine Reihe von Verträgen mit Elektrizitätsunternehmen abgeschlossen, um sich Einfluß auf die Versorgung großer Landesteile und die Möglichkeit späteren Erwerbes der Anlagen zu sichern; es plant ferner den Bau eines Großkraftwerkes am Walchensee und den Zusammenschluß vorhandener Unternehmen durch ein gemeinsames Fernleitungsnetz zu gegenseitiger Ergänzung. Baden nimmt unter Ausnutzung von Wasserkraft tätigen Anteil an der Versorgung des Landes. Preußen hat im Zusammenhange mit der Regelung von Wasserläufen einige größere Kraftwerke geschaffen, die elektrische Arbeit verlaufen; außerdem sucht es seit einigen Jahren einen regelnden Einfluß auf das Unternehmertum auszuüben. Man stützt sich hierbei auf die begrenzten und gelegentlichen Möglichkeiten, die der Besitz an Wegen, Eisenbahndämmen, Forsten, Krongütern und Flußläufen gewährt, und mitunter auch auf das Enteignungsrecht; Unternehmern, die staatliches Eigentum berühren oder ein Enteignungsrecht erwirken wollen, werden Bedingungen auferlegt, die das öffentliche Wohl, den Standpunkt der Verbraucher und den berechtigten Vorteil des gesamten elektrotechnischen Gewerbes wahren. Endlich ist Sachsen kürzlich in einem weitergehenden Sinne an die Aufgabe herangetreten. Allerdings steht zunächst nur der Erwerb und - geeigneten Falles - der Neubau einzelner Elektrizitätswerke und der Bau gewisser Fernleitungen auf dem Arbeitsplan; es ist aber beabsichtigt, allmählich die gesamte Versorgung des Landes in die Hände des Staates zu leiten, ohne die Einzelverteilung an die Verbraucher grundsätzlich auszuschließen. Gesetzliche Einriffe sind bisher nicht angekündigt, sondern man will im Wege des Privatvertrages unter Ausnutzung der Wegerechte, die das staatliche Grundeigentum gewährt, vorgehen. Ob die Aufgabe auf diese Weise ausreichend zu lösen sein wird, erscheint zweifelhaft; es ist aber anzunehmen, daß man nötigen Falles weitere Handhaben heranziehen wird.

Die bestehende Sachlage zeigt kein befriedigendes Bild. Es wird - wieder einmal - starke Sondertümelei getrieben, und diese erstreckt sich bis auf das Machtgebiet der einzelnen Gemeinde und des einzelnen Landrats hinab. Um aber eine gesündere Gestaltung der Elektrizitätswirtschaft zu erreichen, wäre es unerlässlich, daß der Eingriff der öffentlichen Kräfte planmäßig und einheitlich vollzogen würde. Die Möglichkeit hierzu wäre am ehesten gegeben, wenn das Reich eingriffe. Das Reich vertritt das Gesamtgebiet Deutschlands und ist daher grundsätzlich zur wirtschaftlichsten Lösung der Aufgabe befähigt, denn diese Lösung liegt aus technischen Gründen in einer Zusammenfassung der Versorgungsgebiete, die auf einzelstaatliche Landesgrenzen und sonstige Hemmnisse keine Rücksicht nimmt. Das Reich wird ferner durch seine ungeheure Verschuldung gezwungen sein, sich auch aus der Elektrizitätswirtschaft Einnahmen zu schaffen; dies dürfte aber nur dann ohne schädlichen Druck auf die Volkswirtschaft möglich sein, wenn technisch und verwaltungsmäßig der möglichst wirtschaftliche Grad der Zusammenfassung erreicht wird. Mit der Regelung der Elektrizitätswirtschaft geht endlich die Frage der Verdrängung des unwirtschaftlichen Leuchtöls, das uns eine ungeheure Abgabe an das Ausland auferlegt, Hand in Hand; für das Reich aber bedeutet die Abwehr des Leuchtöls zunächst einen Ausfall an Zöllen und damit die erhöhte Notwendigkeit, Einnahmen zu schaffen. Endlich ist auch die wirtschaftspolitische Einzelstaalerei dem Reichsgedanken nicht zuträglich.

Leider beansprucht jedoch, von anderen Hemmnissen abgesehen, der Krieg die geistigen und greifbaren Kräfte des Reiches und des größten Bundesstaates zu sehr, um von ihnen ein halbwegs schöpferisches Eingreifen in die Elektrizitätswirtschaft zu erwarten, und dieser Umstand begünstigt

*) Die vorliegende, von der Schriftleitung angeregte Darstellung findet eine wesentliche Ergänzung in der Veröffentlichung „Staatliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft“, die in Band 43, Heft 2, des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik und als Sonderdrift bei J. C. B. Mohr.